

P R O T O K O L L

über die 36. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 23. November 1989, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:

Leopold Wippersberger

Karl Holub

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Rudolf Pimsi

Erich Sablik

Ing. Othmar Schloßgangl

Rudolf Steinmaßl

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Roman Eichhübl

Franz Enöckl

Walter Hahn

Karl Hochrath

Oskar Holub

Mag. Gerhard Klausberger

Herbert Lang

Johann Manetsgruber

Günther Mayrhofer

Rudolf Pickl

Erna Probst

Franz Rohrauer

Gertrude Schreiberhuber

Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck

Franz Steinparzer

Franz Straßer

Hubert Sturmberger

Leopold Tatzreiter

Otto Tremi

Christine Wieser

Wolfgang Wieser

Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:

Magistratsdirektor OSR.

Dr. Franz Knapp

Magistratsdirektor-Stellvertreter

OSR. Mag. Johann Rabl

SR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

MR. Dr. Kurt Schmidl

Direktor TOAR. Ing. Wolfgang Wein

Direktor OAR Helmut Riedler

OAR Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.

Dr. Gerhard Alphasamer

Gerda Gugenberger

Tagesordnung

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Angelobung des neuen Gemeinderatsmitgliedes OSKAR HOLUB

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

Bau2-5079/85	Museum Industrielle Arbeitswelt; Subvention.
Ha-5869/89	Sonderausstellung im Museum Industrielle Arbeitswelt -
Ha-4996/89	Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Steyr-Stadt; Subvention.
Ge-4953/89	Gründlers Söhne Eisenhandlungs GesmbH & Co KG - Subvention.
Bau5-3270/89	
Pol-6953/88	Österreichischer Zivilschutzverband, Subvention.
Erlaß	
Ha-5678/80	Gewährung eines Gemeindedarlebens an den GWG-Mieter Melitta Wagner, 4400 Steyr, Bergerweg 6/12, für den Grundkostenbeitrag.
En-939/89	Ankauf von Erdkabeln.
Ha-5121/89	Ausstellung "Formen - Farben Live", Subvention.
Ha-7627/86	3. Subventionsrate aufgrund der Verlängerung des am 12. 1. 1978 abgeschlossenen Vertrages über das Nominierungsrecht der Heimplätze der WIST in Wien.
Ha-6195/89	Pfadfinder Österreichs, Gruppe Steyr 1; Subvention.
GHJ2-2927/87 ff	Abschreibung bzw. Ausbuchung uneinbringlicher Forderungen.
Bau3-4511/89	Grundeinlöse für Straßen- und Gehsteigverbreiterungen; Mittelfreigabe.
Bau3-4512/89	
En-6778/85	Ankauf eines Mobilfunkgerätes Elin 850-160; Mittelfreigabe.
Bau6-646/88	Kanlisation Taschlried - Resthof, NS A 1, 2. Teil; Nachtragsangebot - Auftragsvergabe.
Bau5-3523/87	Ersatzschaffung von Garagen im Stadtteil Wehrgraben, Abschnitt II, Gaswerksgasse.
GHJ2-5868/89	Baugebrechen - Stützmauer Grundstück 1393/1, KG. Steyr, Fabrikstraße 16 - 18.
GHJ2-6616/83	Volkshochschule - Vergabe von Arbeiten und Mittelfreigabe.
K-2584/84	Schloßmuseum - Phase 2; Einbau einer Stahlbetontreppe zwischen unterstem und mittlerem Geschoß des ehemaligen Speichergebäudes Schloß Lamberg; Mittelfreigabe.
Ha-6181/89	Steyr-Daimler-Puch AG, Lehrlingskapelle; außerordentliche Subvention.
Ha-6418/89	Stadtpfarre Steyr; Fornleichnamsfeier, außerordentliche Subvention.

Ha-6437/89	Museum Industrielle Arbeitswelt; Ausstellung "Kultursprung", Subvention.
Ha-5692/89	Varroatosebekämpfung; Subvention.
Ha-6159/89	Österreichischer Zivilinvalidenverband, Bezirksgruppe Steyr, Subvention.
Ha-6163/89	Gründung einer Selbsthilfegruppe "Hilfe für Epilepsie", Subvention.
Ha-6479/89	Kleingartenverein Resthof, außerordentliche Subvention.
Ge-6559/89	Gewerbeförderung Uhrenfachgeschäft Widgruber; Subvention.
Bau6-2370/87	Kanalisation Reichenschwall-Pyrach; Verschleißschicht, Auftragserweiterung und Mittelfreigabe.
GHJ1-6711/89	Ankauf eines Plattenkopiergerätes für die Hausdruckerei.
Ha-766/89	Verein Steyr-Notruf für vergewaltigte, mißhandelte und bedrohte Frauen, Subvention.
Bau6-1110/89	Kanalisation Pfarrgasse; Auftragserweiterung zur Kanalneuerstellung Stadtplatzquerung Pfarrgasse - Eisengasse.
GHJ2-6836/89	Ankauf von Einrichtungsgegenständen für MA I und MA XII, Proemende 9.
GHJ2-6542/89	HS Promenade; Außenmauer sanieren.

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- | | |
|-----------------|--|
| 1) Präs-742/89 | Änderung der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse. |
| 2) Präs-754/89 | Ministerialrat Dr. Siegfried Becker; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr. |
| 3) Sport-434/89 | Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr an Funktionäre. |
| 4) Bau2-6446/86 | FAZAZ Steyr, Umbau des Direktionsgebäudes im Wehrgraben, Honorarforderung Architekt Falkner. |

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- | | |
|-----------------------------------|--|
| 5) Ha-3344/89 | Freizeitzentrum Steyr, Helmut Glaser; Subvention. |
| 6) Bau6-1782/76
GemVII-3922/89 | Mülldeponie der Stadt Steyr, Antrag auf Änderung der Tarifordnung und der Müllabfuhrgebührenordnung. |
| 7) Ha-4000/88 | Nachtragsvoranschlag 1989. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

- | | |
|---------------|--|
| 8) SH-3073/89 | Ausspeisungsbeiträge in städtischen Kindertagesheimstätten und Horten. |
|---------------|--|

- 9) Bau5-5453/88 Zentralaltersheim Steyr; Vergabe von Schlosserarbeiten;
Aufstockung der Baumeisterarbeiten für die Heizungsanlage.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

- 10) Forst-7506/88 Baumpflanzaktion.
11) VerkR-4056/89 Erstellung eines Generalverkehrsplanes für die Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

- 12) Bau4-5240/85 Neubau der Schloßstiege.
13) En-6735/89 Ankauf eines Ersatzfahrgestelles für den Leiterwagen der
städtischen Elektriker.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 14) Bau6-6481/87 Kanalisation Schlüsselhofsiedlung; zusätzliche Vergabe
des NK. Gürtlerstraße im Zuge der Errichtung der Kanali-
sation Schlüsselhofsiedlung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 15) ÖAG-6235/89 Stadtwerke Steyr, Jahresbilanz 1988.
Stadtwerke
16) ÖAG-5948/89 Städtischer Verkehrsbetrieb - Ankauf eines Stadtlinien-
ÖAG-6083/89 omnibusses sowie eines neuen Fahrgelderhebungssystems und
Stadtwerke Fahrscheinentwertungssystems - Gewährung einer Kapital-
einlage.
17) ÖAG-6056/87 Städtisches Gaswerk - Erdgasabgabepreis für Tarifabnehmer;
Stadtwerke preisbehördliche Gutschrift für das Jahr 1989.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 18) Bau2-85/70 Übernahme des Grundstückes 1757/7, KG. Steyr, in das öf-
fentliche Gut.
19) Bau6-5381/87 Ankauf der Grundstücke 400/36, 400/37 und 400/38, KG. Hin-
terberg, für das Pumpwerk Forelle.
20) ÖAG-404/88 Ankauf eines Gewerbegrundstückes hinter dem Gußwerkareal
von der Steyr-Daimler-Puch AG.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich eröffne die heutige Sitzung und darf feststellen, daß sie ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Entschuldigt für die heutige Sitzung ist Herr Stadtrat Zöchling und die Gemeinderäte Vorhauer, Brandstötter und Wallner.

Ich ersuche die Gemeinderäte Mag. Klausberger und Herrn Gemeinderat Spöck um Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir haben zu Beginn der Sitzung die Angelobung eines neuen Gemeinderatsmitgliedes vorzunehmen, und zwar die Angelobung des Herrn Oskar Holub.

Es hat sich Herr Ing. Karl Pragerstorfer entschlossen, sein Mandat zurückzulegen und es ist daher notwendig, eine Ergänzung des Gemeinderates vorzunehmen. Seitens der GAL wurde Herr Oskar Holub als neuer Gemeinderat nominiert. Ich heiße ihn herzlich in unserer Mitte willkommen. Bevor ich zur Angelobung des neuen Gemeinderates komme, möchte ich nicht verabsäumen, Herrn Gemeinderat Ing. Karl Pragerstorfer für seine verdienstvolle Mitwirkung im Gemeinderat aufrichtig zu danken. Gemäß § 9 des Statutes für die Stadt Steyr haben später eintretende Gemeinderatsmitglieder das Gelöbnis in der ersten Gemeinderatsitzung, an der sie teilnehmen, zu leisten. Dieses Gelöbnis ist vor dem Gemeinderat mit folgenden Worten abzulegen:

"Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern."

Herr Gemeinderat Holub ich darf Sie bitten, sich vom Platz zu erheben und mit den Worten "Ich gelobe" das Gelöbnis abzulegen.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich gelobe.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Ihnen und darf Sie herzlich in unserer Mitte willkommen heißen.

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, ich darf Sie bitten, sich von den Sitzen zu erheben.

Meine Damen und Herren, ich habe die traurige Verpflichtung zu berichten, daß Herr Franz Enge, Nationalrat a. D., Landesrat a. D., Gemeinderat und Stadtrat der Stadt Steyr a. D., Ehrenbürger und Ehrenringträger der Stadt Steyr, Inhaber des Großen Ehrenzeichens und Träger des Großen Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich, am 16. November im 77. Lebensjahr verstorben ist. In seiner Eigenschaft als Gemeindepolitiker der ersten Stunde der Zweiten Republik vertrat Franz Enge von August bis Dezember 1945 als Gemeinderat und von Dezember 1945 bis Juni 1965 als Stadtrat, zuständig für das Schul- und Sportwesen sowie für den städtischen Wirtschaftshof, die Interessen der Bürger der Stadt im Gemeinderat und Stadtsenat. Von 1953 bis 1965 vertrat Franz Enge gleichzeitig die Interessen der Stadt im österr. Nationalrat und von 1965 bis 1973 in der Oö. Landesregierung. Sowohl als Gemeindepolitiker, wo er viele Initiativen zum Wiederaufbau der in Mitleidenschaft gezogenen Stadt setzte, als auch als Politiker auf Bundes- und Landesebene genoß der Verstorbene höchste Wertschätzung in allen Kreisen der Bevölkerung aufgrund seiner grundsätzlichen Toleranz in den zwischenmenschlichen Beziehungen.

Wir sehen Franz Enge als Vorbild eines Menschen, der als Lebensaufgabe den Dienst an der Gemeinschaft sah und offen die Zusammenarbeit aller suchte.

Franz Enge hat sich um Oberösterreich und speziell um Steyr verdient gemacht. Wir werden seiner stets ehrend gedenken. Ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben und im Gedenken an den Verbliebenen eine Trauerminute einzuhalten.

Trauerminute

Ich danke Ihnen.

Zur Behandlung von allfälligen Anfragen darf ich mitteilen, daß solche nicht vorliegen. Damit gilt dieser Punkt als erledigt.

Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich Ihnen zunächst über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage berichten. Nach dem letzten Bericht des Arbeitsamtes Steyr stellt sich für den Monat Oktober die Arbeitsmarktlage insgesamt nicht ungünstig dar. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wurde von vielen positiven Impulsen beeinflusst, nämlich Hockhonzunktur, Wirtschaftswachstum, Investitionsbereitschaft der Betriebe und eine ungewöhnlich warme Witterung. Erfreulich ist die günstige Entwicklung am Bausektor und im Bereich des Fremdenverkehrs. Auch die Situation im Metallbereich ist derzeit zufriedenstellend. Der große Bedarf an Facharbeitern kann nur in Einzelfällen abgedeckt werden. Ende Oktober waren im Amtsbereich 2047 Arbeitslose (910 Männer und 1137 Frauen) vorgemerkt, das bedeutet einen Rückgang um 28 Personen oder 1,3 Prozent gegenüber dem Vormonat und eine Abnahme um 94 Gemeldete oder 4,4 Prozent im Vorjahresvergleich. Diese Verringerung betrifft jedoch nur die Männer, da gibt es ein Minus von 56 im Vergleich zum September, das ist ein Rückgang von 137 gegenüber Oktober 1988. Die Zahl der weiblichen Vorgemerkten vermehrte sich in dem angeführten Zeiträumen um 28 bzw. 43.

Ich darf auch einen Bericht Ihnen geben über die Aussprache bei Herrn Landeshauptmann Dr. Ratzenböck im Zusammenhang mit unserer Forderung Steyr an die Westbahn. Es hat in dieser Angelegenheit am 14. 11. 1989 bei Herrn Landeshauptmann Dr. Ratzenböck in Gegenwart von Generaldirektor Dr. Übleis eine umfangreiche Aussprache stattgefunden. Von Steyr nahmen das Magistratspräsidium, Landtagsabgeordneter Thaddäus Steinmayr und der Kaufmann Franz Josef Hartlauer teil. Seitens des Landes war neben dem Herrn Landeshauptmann Herr Landesrat Ing. Hermann Reichl und Herr Landesrat Pühringer anwesend. Leider war es nicht möglich, die Österr. Bundesbahn zu einem zweigleisigen Ausbau der Strecke St. Valentin - Steyr zu bewegen. Generaldirektor Dr. Übleis hat aber immerhin folgende Zusagen gemacht: Einführung des Stundentaktverkehrs ab 1991; Begradigung der Strecke; Verbesserung des rollenden Materials; Bahninterne Projektierung für ein zweites Gleis mit Sicherung der Grundeinlösen; Abschluß eines Nahverkehrsvertrages mit dem Land Oberösterreich zur Errichtung eines Parkdecks der ÖBB mit einem Kostenaufteilungsschlüssel 80 Prozent Bundesbahn, 10 Prozent Land und 10 Prozent Gemeinde.

Mitte nächsten Jahres ist eine neuerliche Zusammenkunft des gleichen Teilnehmerkreises vorgesehen. Insgesamt ist somit festzustellen, daß es zwar nicht möglich war, die ursprünglichen Forderungen zu realisieren, aber immerhin gelungen ist, wesentliche Verbesserungen zu erreichen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe noch einen Punkt zu berichten, weil die Weihnachtszeit bevorsteht. Wir haben im Vorjahr mit großer Inanspruchnahme an den Einkaufssamstagen eine günstige Fahrpreisgestaltung bei den städtischen Unternehmungen durchgeführt, nämlich an den vier Einkaufssamstagen gab es jeweils eine 50 %ige Ermäßigung. Nachdem sich das wirklich gut bewährt hat und an diesen Tagen immer ein sehr starker Individualverkehr den inneren Stadtkern belastet, möchte ich vorschlagen, daß wir diese Ermäßigung auch im heurigen Jahr an diesen 4 Samstagen durchführen und damit auch der Wirtschaft und auch dem innerstädtischen Verkehrsproblem insofern entgegenkommen, weil wir damit eine wesentliche Verkehrsverbesserung erreichen. Ich glaube, daß es über diese Maßnahme keine Uneinigkeiten

gibt und gleichzeitig möchte ich noch sagen, daß die Kurzparkzone am Ennskai an diesen Tagen bis 18 Uhr verlängert wird. Damit ist eine längere Einkaufsmöglichkeit für Kunden, die mit dem Privat-Pkw kommen, gegeben.

Soweit, meine Damen und Herren, meine Mitteilungen. Ich darf die anwesenden Pressevertreter bitten, daß sie über diese Mitteilungen entsprechend berichten.

Damit ist auch dieser Punkt erledigt. Ich bitte um Kenntnisnahme und wir kommen zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 des Stadtstatutes. Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen an alle Mitglieder des Gemeinderates zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei. Ich bitte auch hier um Kenntnisnahme. Wir kommen damit zu den Verhandlungsgegenständen und da darf ich mitteilen, daß eingangs der Sitzung seitens der ÖVP ein Dringlichkeitsantrag gemäß § 11 und 12 des Stadtstatutes und § 6 der Geschäftsordnung eingegangen ist. Der Inhalt ist nicht sehr lange, daher möchte ich ihn verlesen.

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, da für die städtische Entwicklung eine der Qualität entsprechende Verbauung bzw. Verwertung der Reithoffer-Gründe, die derzeit noch im Eigentum der Steyr-Daimler-Puch AG stehen, notwendig ist, andererseits aber eine Entwicklung, die diesen Bestrebungen zuwiderläuft, nicht von vornherein ausgeschlossen werden kann, stellt die ÖVP-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Steyr nachfolgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, in Anbetracht des bereits eingeleiteten Verfahrens, Bau2-820/89, zur Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 68, betreffend das Areal der Reithoffer-Gründe zum Zwecke deren Umwidmung von Betriebsbaugelände in gemischtes Baugebiet bzw. Wohngebiet, wird über dieses Gebiet der Reithoffer-Gründe gemäß § 58 Abs. 1 der Oö. Bauordnung im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Verbauung eine Bausperre verordnet. "

Wir bitten um geschäftsmäßige Behandlung. Die notwendige Anzahl von Unterschriften ist beigelegt.

Mein Vorschlag ist, daß dieser Dringlichkeitsantrag, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen, am Ende der Sitzung in Behandlung genommen wird. Es ist dazu notwendig die Zustimmung, daß diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wird. Ich darf Sie bitten, wenn Sie dem zustimmen, daß diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wird, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke, ist jemand gegen die Zuerkennung der Dringlichkeit? Ich danke für die Einstimmigkeit. Der Antrag wird damit am Ende der Sitzung heute in Behandlung genommen.

Wir kommen damit zu den Verhandlungsgegenständen und ich darf Kollegen Wippersberger um die Übernahme des Vorsitzes ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche unseren Bürgermeister um die Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe Ihnen heute vier Anträge zur Beschlußfassung vorzutragen. Im ersten Antrag geht es darum, daß die personelle Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse durch die personelle Veränderung, die heute durch die Angelobung vorgenommen wurde, ebenfalls erforderlich ist. Ich darf den Antrag hier zur Verlesung bringen.

1) PräS-742/89

Änderung der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 23. November 1989 wird anstelle des Herrn Gemeinderates Ing. Karl Pragerstorfer, der mit Erklärung vom 4. September 1989 auf sein Gemeinderatsmandat verzichtete, mit sofortiger Wirkung

Herr Oskar Holub, Fabrikstraße 3, 4400 Steyr, mit Sitz und Stimme in den Prüfungsausschuß und mit beratender Stimme in alle übrigen gemeinderätlichen Ausschüsse entsandt.

Ich bitte Sie um die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben diesen Antrag gehört. Gibt es eine Wortmeldung dazu? Gibt es eine gegenteilige Auffassung? Stimmenthaltung? Nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten, einer Ehrung zuzustimmen, und zwar soll Herrn Ministerialrat Dr. Siegfried Becker für seine Verdienste, im besonderen um die Philatelie in Steyr, die Ehrenmedaille der Stadt Steyr erhalten. Ich darf Sie bitten, diesem Antrag ebenfalls die Zustimmung zu geben.

2) Präs-754/89

Ministerialrat Dr. Siegfried Becker; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr in Zusammenhalt mit den Richtlinien für die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr, Zl. K-4985/70. Gemeinderatsbeschluß vom 17. 2. 1972, wird Herrn Ministerialrat Dr. Siegfried Becker in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für sein erfolgreiches Wirken im Sinne der Öffentlichkeitsarbeit für die Herausgabe von Briefmarken mit Steyrer Themen die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen. Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr soll lauten: "Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für sein erfolgreiches Wirken im Sinne der Öffentlichkeitsarbeit für die Herausgabe von Briefmarken mit Steyrer Themen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Gibt es gegenteilige Meinungen? Stimmenthaltungen? Beides nicht der Fall, daher einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es ebenfalls um die Zuerkennungen von Ehrungen, und zwar die Verleihung von Sportehrenzeichen der Stadt Steyr. Es wurden im Jahr 1975 die entsprechenden Richtlinien vom Gemeinderat beschlossen. Ich darf Sie bitten, folgenden Personen das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr zu verleihen.

3) Sport-434/89

Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr an Funktionäre.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Gebiete des Amateursportes außerordentliche Leistungen erbracht haben, wird als Anerkennung das "Sportehrenzeichen der Stadt Steyr" verliehen.

Sportehrenzeichen für Funktionäre in GOLD

Gemäß III/4 der Richtlinien (in Betracht kommen Männer und Frauen, die während einer 25jährigen Tätigkeit ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer Sportorganisationen Außerordentliches für den Sport geleistet oder sich auf dem Gebiet

des Körpersportes - Erziehung, Unterricht etc - besondere Verdienste erworben und das 50. Lebensjahr erreicht haben).

LECHNER Franz, Jahrgang 1930, Beirat des SK Amateure Steyr, 30jährige Tätigkeit.
Dr. LECHNER Josef, Jahrgang 1928, Obmann-Stellvertreter des ÖAMTC Steyr, 25jährige Tätigkeit.

RESSLER Hans, Jahrgang 1939, Beirat des Schiclub Steyr-Musica, 25jährige Tätigkeit.

Dr. STELLNBERGER Alois, Jahrgang 1933, Obmann der Union Steyr, 28jährige Tätigkeit.

SULZENBACHER Erich, Jahrgang 1936, Kassier-Stellvertreter des ÖAMTC Steyr, 25jährige Tätigkeit.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es gegenteilige Auffassungen? Stimmenthaltung? Beides nicht der Fall, daher einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten, für den Umbau des Direktionsgebäudes dem FAZAT Steyr eine Subvention zu gewähren. Der entsprechende Antrag lautet:

4) Bau2-6446/86

FAZAT Steyr; Umbau des Direktionsgebäudes im Wehrgraben; Honorarforderung Architekt Falkner.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 12. Oktober 1989 wird dem Verein FAZAT, Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik, Steyr, Pachergasse 2, im Zusammenhang mit dem Umbau des Direktionsgebäudes im Wehrgraben eine zweckgebundene Subvention in Höhe von S 400.000,- zur Begleichung offener Honorarforderungen des Herrn Arch. Rupert Falkner für erbrachte Planungsleistungen gewährt.

Nach Auszahlung dieses Subventionsbetrages, der als eingebrachte Leistung der Stadt Steyr als Vereinsmitglied in den Verein FAZAT anzusehen ist, ist unverzüglich beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten entsprechend der Zusicherung vom 28. 10. 1988 dieses Ministeriums um Refundierung dieses Betrages anzusuchen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 400.000,- (vierhunderttausend)

bei der VSt 5/2890/777000.2 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich ersuche auch hier um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Auch im gegenständlichen Fall die Frage, wird dazu das Wort gewünscht? Herr Kollege Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich enthalte mich der Stimme und bitte gleichzeitig um eine Tagesordnung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

1 Stimmenthaltung seitens der GAL. Gibt es sonst noch Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist mit 1 Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

Ich danke dem Bürgermeister für seine Berichte und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche gleich Kollegen Wippersberger um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Drei Anträge sind es, die ich Ihnen zur Beschlußfassung heute zu unterbreiten habe. Beim ersten Antrag geht es um das Freizeitzentrum Steyr, errichtet von Herrn Helmut Glaser, und zwar um ein Subventionsansuchen. Herr Helmut Glaser hat bekanntlich in unserem neuen Wohngebiet Resthof mit einem beträchtlichen Kostenaufwand von rund 23 Millionen Schilling ein Freizeitzentrum errichtet und hierfür bei der Stadt Steyr um Gewährung einer Subvention angesucht. Nachdem dieses Freizeitzentrum eine echte Bereicherung unserer Stadt darstellt, insbesondere aber ein wertvoller Beitrag zur Verbesserung der Infrastruktur in diesem neuen Stadtteil im besonderen, soll dieses Ansuchen positiv beschieden werden. Der Ihnen vorliegende Antrag hat folgenden Wortlaut:

5) Ha-3344/89

Freizeitzentrum Steyr, Helmut Glaser; Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 12. 9. 1989 wird der Fa. Freizeitzentrum Steyr, Helmut Glaser, eine einmalige, nicht rückzahlbare Subvention in der Höhe von S 500.000,- gewährt.

Gleichzeitig wird der Fa. Freizeitzentrum Steyr, Helmut Glaser, ein Darlehen in der Höhe von S 300.000 gewährt, das in 5 Jahresraten, unverzinslich, jedoch gegen Vereinbarung einer Wertsicherung nach dem Verbraucherpreisindex zurückzahlen ist.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von
S 300.000,-- (dreihunderttausend)

bei der VA- Stelle 5/7820/242000.1 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 500.000,-- (fünfhunderttausend)

bei der Va-Stelle 5/7820/776060.9 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (GAL), damit ist der Antrag so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Bei meinem zweiten Antrag geht es um eine Änderung der Tarifordnung und der Müllabfuhrgebührenordnung. Wie Sie aus dem ihnen vorliegenden Amtsbericht entnehmen können, hat der Bundesgesetzgeber am 29. 6. 1989 ein sogenanntes Altlasten-Sanierungsgesetz erlassen. Die Gemeinden werden darin verpflichtet, zur Sanierung der Altlasten einen Beitrag für das Finanzamt an den Bund zu entrichten. Es ist dies ein Bundesgesetz, dem wir uns nicht entziehen können und wie alle anderen Gemeinden unseren Beitrag, der pro Jahr voraussichtlich S 750.000 ausmachen wird, über den Weg an das Finanzamt, an den Bund abführen müssen. Zur Abdeckung dieser für die Stadt zusätzlich entstehenden Kosten sehen wir uns veranlaßt, die

derzeit bestehenden Tarife für die Müllentsorgung geringfügig, wie aus dem Antrag ersichtlich, anzuheben. Die Gebühren liegen Ihnen im Amtsbericht vor, ich glaube ich kann es mir ersparen, näher darauf einzugehen und ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages.

6) Bau6-1782/76
GemVII-3922/89

Mülldeponie der Stadt Steyr; Auftrag auf Änderung
der Tarifordnung und der Müllabfuhrgebührenordnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 11. Oktober 1989 wird entsprechend den in der Anlage beigeschlossenen Verordnungen der Änderung der Müllabfuhrgebührenordnung der Stadt Steyr und der Tarifordnung für die Mülldeponie der Stadt Steyr mit Wirkung vom 1. 1. 1990 zugestimmt. (BEILAGE)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Zu Wort gemeldet zu diesem Antrag hat sich Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Kollege Vizebürgermeister Wippersberger begründete die beantragte Änderung der Tarifordnung und der Müllabfuhrordnung mit dem im Sommer erlassenen Altlasten-Sanierungsgesetz durch Bund und Nationalrat. Das heißt, daß die Volksvertreter diesem Gesetz, ganz gleich ob sie der ÖVP, SPÖ oder FPÖ angehören, zugestimmt haben. Dieses Bundesgesetz besagt, daß die Betreiber einer Mülldeponie, so auch die Stadt Steyr, zur Abführung eines Altlastenbeitrages an das Finanzamt verpflichtet sind. Der Müll unterliegt nach meiner Auffassung nach und konkret jetzt auch einer doppelten Besteuerung einerseits durch die Mehrwertsteuer und nun andererseits durch die Altlasten-Müllsteuer - so würde ich sie bezeichnen. Aufgrund der voraussichtlich anfallenden Müllmenge der Stadt Steyr im kommenden Jahr ergibt sich ein Altlastenbeitrag in der Höhe von S 750.000,-. Dieser Betrag von einer 3/4 Million Schilling soll nun laut Antrag auf die Bevölkerung überwältzt werden. Dies bedeutet wiederum konkret eine Erhöhung der Mülldeponiegebühr um rund 10 Prozent und eine entsprechende Erhöhung, wie angeführt von Vizebürgermeister Wippersberger, der Müllabfuhrgebühr ab 1. Jänner 1990. Wir haben gemeinsam am 29. Juni dieses Jahres hier im Gemeinderat eine Grundsatzerklärung zum Umweltschutz beschlossen. Ich habe in meiner Rede damals unterstrichen, daß der Schutz der Umwelt zu den vordringlichsten Aufgaben der Zeit gehört, da ein bedrohliches Nebenprodukt der rasch vor sich gehenden Industrialisierung auch bei uns eine steigende Umweltgefährdung mit sich bringt. Ich vertrat dabei auch die Auffassung, daß viele Belastungen und Übergriffe verhindert werden könnten, stünden den Lebensinteressen der Menschen nicht die Profitinteressen gegenüber. Zur Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen sowie Sanierungsmaßnahmen gehört auch eine finanzielle Grundlage durch Gewährung entsprechender Zuschüsse des Bundes und des Landes. Dazu gehört auch meiner Meinung nach eine rasche Durchsetzung bundeseinheitlicher Gesetze und Kompetenzen für den gesamten Umweltschutz zur Beendigung der Kompetenzsplitterung. Eine weitere Schlußfolgerung müßte sein die Schaffung eines schlagkräftigen Umwelt- und Gesundheitsreferates in der Oö. Landesregierung. Mit der jetzigen Kompetenzaufsplitterung auf mehrere Ressorts muß Schluß gemacht werden. Der Umweltschutz darf nicht weiter durch die Verbindung mit dem Bautenressort unter dessen Zwängen leiden. Das Land müßte weiters raschest mit einem wirksamen Abfall-Wirtschaftsgesetz sicherstellen, daß Abfälle bereits in der Produktion und beim Erzeuger vermieden oder zumindest minimiert werden. Nur so könnte vermieden werden, daß teilweise gefährliche Stoffe durch Ihre Einlagerung

den Boden und das Wasser gefährden. Die Beseitigung der rund 900 Altlasten in Form unsachgemäßer Müll- oder Sondermülldeponien muß grundsätzlich nach dem Verursacherprinzip erfolgen. Daher lehne ich die Finanzierung dieses Problems mit der nun beschlossenen Müllsteuer durch die Koalitionsregierung und die nun von Vizebürgermeister Wippersberger beantragte Überwälzung über die Mülltarifordnung entschieden ab.

Unverzüglich ist ein Entsorgungskonzept des Landes Oberösterreich für alle Müllaltlasten zu erstellen und parallel dazu ein entsprechendes Finanzierungskonzept zu entwickeln. Die beträchtlichen Mittel dafür müssen in Form eines Mehrjahresprogrammes durch die öffentliche Hand und durch die finanzielle Einbeziehung der Verursacher aufgebracht werden.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, diesen Forderungen der öö. Sozialisten schließe ich mich natürlich vollinhaltlich an. Aber es scheint so, die Forderung der oberösterreichischen SP-Führung ist bei der Mehrheitsfraktion hier im Rathaus noch nicht bekannt, denn darin kommt die Müllsteuer und deren Überwälzung auf die Bevölkerung auf keinen Fall vor. Bitte nachzulesen in der Aussage von Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter und Parteivorsitzenden der sozialistischen Partei Dr. Grüner in seiner letzten Schrift, die vor einigen Tagen an die Bevölkerung übermittelt wurde.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Ziel des Bundesgesetzes vom 7. Juli 1989, wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ist die Finanzierung der Sicherung und Sanierung von Altlasten, von denen eine Gefährdung für die Gesundheit des Menschen und der Umwelt ausgeht. In Österreich ticken rund 3.000 Umweltbomben in Form von aufgelassenen Mülldeponien, die Grundwasser verseuchen oder verseuchen könnten, wenn nicht dagegen etwas gemacht wird. Durch das neue Gesetz stehen in den nächsten Jahren zur Beseitigung dafür ca. 10 Milliarden Schilling zur Verfügung. Die Gelderbringung erfolgt über die Deponiebetreiber, das trifft uns zugegebenermaßen hier in Steyr sicherlich sehr sehr hart. Wir haben ja in den letzten Jahren Millionen für eine geordnete Mülldeponie ausgegeben, aber wir können auch hier in Steyr nicht 100 %ig sicher sein, ob nicht auch bei uns eine Umweltbombe in Form einer Altdeponie tickt, dann könnten wir die Hilfe über den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds in Anspruch nehmen. Dieses neue Gesetz soll aber über der Soforthilfe auch noch eine andere weitere positive Wirkung haben. Durch die finanzielle Belastung des Deponierens und des Exportes von Abfällen soll ein Anreiz auf die Wiederverwertung geschaffen werden. Pro Jahr fallen alleine in Oberösterreich über 250.000 Tonnen an Müll an. Im Vordergrund aller Bemühungen müßte aber, werte Kolleginnen und Kollegen, die Müllvermeidung stehen. So wird ja bereits, Kollege Tremel, in Oberösterreich an einem neuen Abfallgesetz gearbeitet, das der Abfallvermeidung einen sehr breiten Raum schenken wird. Ich glaube aber auch, jeder kann aktiv selbst einen Beitrag leisten, indem er z. B. umweltbewußt einkauft und damit Produkte forciert, die weniger Abfall hinterlassen, die auch unsere Energievorräte schonen, denn die Hälfte des Hausmüllberges besteht bereits aus Verpackungsmaterial. Als Konsument besitzen wir alle hier sicherlich eine sehr große Macht. Es wäre natürlich populär, so wie es Kollege Tremel gemacht hat, dagegen zu stimmen. Verständlich in dem einen Punkt, wir haben ja eine geordnete Deponie und wir haben Millionen dafür verwendet, aber ich bin trotzdem der Meinung, der Bürger soll es ruhig wissen, Mist machen kostet Geld und wir werden noch sehr viel Geld aufwenden müssen

zur Beseitigung unseres Mülls aufgrund unserer Überfluß- und Wohlstandsgesellschaft. Wir sind, wie gesagt, auch nicht sicher, ob bei uns nicht auch einmal eine Umweltbombe tickt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Pimsl ist der Nächste.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Selbstverständlich ist es ein formeller Auftrag durch den Gesetzgeber, diese Gebühren entsprechend zu erhöhen, um Mittel für die Beseitigung von Altlasten zu bekommen. Ich bedaure nur, daß gerade jenen Gemeinden, die sich seit vielen Jahren um ihre Umwelt mit sehr hohem Aufwand kümmern, diese Mittel nicht direkt zur Verfügung gestellt werden. Sondern daß diese Mittel dann zum Tragen kommen, wenn unter Umständen - ich hoffe es nicht, daß wir bereits Umweltbomben haben, außer jener, die, nicht durch uns verursacht sind, im Landeskrankenhaus buchstäblich seit Jahren zum Himmel stinkt. Man kann diese Dinge zweifellos theoretisch und rhetorisch glänzend hier beantworten und entsprechende Äußerungen machen, ich glaube aber, wir sollten uns von der Praxis her die Dinge ansehen. Ich bin absolut der gleichen Auffassung, eine intakte Umwelt, wenn wir sie erhalten und wieder bekommen wollen, kostet Geld, kostet mehr Geld als wir haben. Dieses Geld muß der Bürger, ob er will oder nicht, aufbringen, in direkter oder indirekter Form. Auch darüber müssen wir uns im klaren sein. Es hätte wenig Sinn, über diese oder jene Einhebung von Gebühren zu diskutieren. Ich bedaure nur eines, daß gerade am Umweltsektor vom Bund her zwar sehr viele Ankündigungen kommen, aber wenig praktische Arbeit geleistet wird. Das ist etwas, glaube ich, was uns durchaus gemeinsam bei dieser Frage berührt. Ich kann nur wünschen und hoffen, daß man gerade dort, wo das Land selbst Betreiber und auch Verursacher mancher unserer Umweltprobleme ist, beispielgebend vorangeht zur Beseitigung dieser Mißstände. Was wir in Steyr tun können, glaube ich, machen wir ohne Übertreibung mit einigem Erfolg. Ich würde mir wünschen, daß wir mehr Mittel für diesen Zweck zur Verfügung haben würden und bitte Sie, trotzdem diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben, weil ich meine, wir würden uns selbst ad absurdum führen, wenn wir meinen, daß diese Problematik nur durch Ablehnung solcher Leistungen gelöst werden kann.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl für seinen Beitrag. Wünscht noch jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Keine Wortmeldung mehr, ich bitte den Berichterstatter um das Schlußwort.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kolleginnen und Kollegen, ich kann mich den Ausführungen meines Freundes Pimsl anschließen und auch im wesentlichen den Ausführungen der anderen Vorredner. Wir als Stadt haben in den letzten Jahren sehr viel Geld schon dafür verwendet, ich muß aber ehrlicherweise dazusagen, daß wir gerade für die Sanierung unserer Mülldeponie auch beträchtliche Mittel vom Land und Bund dafür bekommen haben. Es ist so, daß die Sanierung der Altlasten auf diesem Gebiet gewaltige Mittel verschlingen wird. Und von wo soll das Geld herkommen, auf den Bäumen wächst es nicht, der Steuerzahler wird halt dafür aufkommen müssen.

Was du sagst, Kollege Tremel, es ist noch etwas anderes, es soll darüber hinaus eine eigene Müllsteuer kommen. Das ist das, was eigentlich abgelehnt wird seitens unserer Partei. Es sind zwei verschiedene Sachen, aber dieses Gesetz, das beim Bund beschlossen wurde, dieses Altlasten-Sanierungsgesetz, tut uns sicherlich allein ein bißchen weh. Aber die Notwendigkeit ist gegeben. Wir müssen wirklich dafür trachten, daß auch kommende Generationen das Leben in unserem Land noch

lebenswert finden.

Ich bitte Sie nochmals um Annahme dieses Antrages bzw. unseren Bürgermeister, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer dem Antrag beitrifft? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (KPÖ) und 2 Stimmenthaltungen (GAL, FPÖ) angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein nächster Antrag behandelt den Nachtragsvoranschlag für das Jahr 1989.

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Der Nachtragsvoranschlag, der wie immer die voraussichtlichen Veränderungen bei den Einnahmen und Ausgaben gegenüber dem Voranschlag beinhaltet, weicht, insbesondere was den ordentlichen Haushalt anbelangt, insgesamt gesehen rein zahlenmäßig, gegenüber dem Voranschlag 1989, nur sehr geringfügig ab. Und zwar in Prozenten ausgedrückt um 1 1/2 Prozent. Der ordentliche Haushalt erfährt eine Erhöhung, eine Ausweitung, um 9,7 Millionen, nämlich von 632.570.000 auf 642.247.000 Schilling, oder wie schon von mir erwähnt um 1 1/2 Prozent. Diese Ausweitung um 9,7 Mill. oder 1 1/2 Prozent ist auf der Ausgabenseite vor allem durch die Erhöhung der Landesumlage um 9 Millionen hervorgerufen. Eine für uns überaus schmerzliche

Tatsache. Die Landesumlage, darüber wurde hier in diesem Haus schon viel gesprochen, für deren Abschaffung nicht nur wir, sondern der gesamte österreichische Städtebund seit Jahren eintritt, wird im heurigen Jahr voraussichtlich bei uns in Steyr bei 27 Millionen Schilling zu liegen kommen. Daß die Abdeckung der Ausgaben des ordentlichen Haushaltes möglich war, hängt vor allem mit der überaus guten Einnahmenentwicklung des Vorjahres zusammen, also des Jahres 1988, die es uns ermöglicht hat, entsprechende Rücklagen zu bilden, auf die wir heuer 1989 zurückgreifen konnten. Über die Ursachen der so überaus erfreulichen Einnahmenentwicklung im Vorjahr brauche ich hier in diesem Kreis nicht mehr näher einzugehen, ich habe dies sehr ausführlich bereits mehrmals hier im Gemeinderat dargelegt.

Aber auch die Einnahmenentwicklung im heurigen Jahr ist etwas günstiger verlaufen als von uns prognostiziert. Das ist sehr erfreulich. Verursacht durch die insgesamt, österreichweit gesehen, günstigere Wirtschaftslage, die zu Mehreinnahmen bei den Bundesertragsanteilen und bei der Lohnsummensteuer geführt hat, und natürlich auch aufgrund unseres hohen Rücklagenstandes, der vermehrte Zinserträge hereingebracht hat. Das sind die Hauptursachen. Den gesamten Mehreinnahmen beim ordentlichen Haushalt im Ausmaß von 37,9 Millionen stehen tatsächliche Mindereinnahmen von 13,1 Millionen gegenüber, so daß von echten Mehreinnahmen im Ausmaß von 24,8 Millionen gesprochen werden kann. Diese erfreuliche Entwicklung macht es möglich, um mehr als 15 Millionen weniger aus Rücklagen zu entnehmen, um den ordentlichen Haushalt abdecken zu können. Eine detaillierte Aufstellung darüber finden Sie übrigens auch im gegenständlichen Amtsbericht, auf den ich nicht ins Detail eingehen möchte.

Zu den Ausgaben des ordentlichen Haushaltes ist festzustellen, den Mehrausgaben von 32,7 Millionen stehen Minderausgaben von 23 Millionen gegenüber. Verursacht, das habe ich schon gesagt, wurden die Mehrausgaben insbesondere durch die Landesumlage, die um 9 Millionen höher zu liegen kommen wird.

Und nun zum außerordentlichen Haushalt noch ganz kurz. Er erfährt eine Erhöhung um knapp 17 Millionen. Der dadurch entstehende Abgang im Ausmaß von 69 Millionen kann durch eine Rücklagenentnahme in der Höhe von 37,3 Millionen und eine Darlehensaufnahme von 31,7 Millionen abgedeckt werden. Erfreulich dabei auch die Tatsache, daß anstelle der veranschlagten Darlehensaufnahme von 57,2 Millionen eine um 25 1/2 Millionen geringere Summe, nämlich lediglich 31,7 Millionen, notwendig wurde. Die Mehreinnahmen resultieren vor allem aus Gebäudeverkäufen. Bei den Mehrausgaben schlägt sich insbesondere die Kapitaleinlage auch bei den Stadtwerken zu Buche, über die wir heute ja noch zu befinden haben.

Werte Kolleginnen und Kollegen, zusammenfassend kann zum Nachtragsvoranschlag 1989 insgesamt gesehen festgestellt werden, daß als Folge der erfreulichen Einnahmenentwicklung der beiden letzten Jahre, vor allem aber des Jahres 1988, es möglich sein wird, die Kreditaufnahme im heurigen Jahr wesentlich zu verringern und damit die Verschuldung der Stadt neuerlich einzubremsen.

Die Gesamtverschuldung der Stadt wird mit Jahresende 1989 bei rund 525 Millionen liegen. Das ist eine zahlenmäßige Zunahme um rund 2 1/2 Millionen oder in Prozenten

ausgedrückt 1/2 Prozent. Diese zahlenmäßige Erhöhung der Verschuldung um 2 1/2 Millionen bedeutet unter Berücksichtigung der Inflationsrate von mindestens 2 1/2 Prozent in diesem Jahr in Wirklichkeit sogar ein leichtes Absinken unserer tatsächlichen Verschuldung. Letzten Endes noch die erfreuliche Tatsache, daß wir mit den noch verbleibenden Rücklagen in die Lage versetzt werden, den ordentlichen Haushalt und auch wesentliche Teile des außerordentlichen Haushaltes im kommenden Jahr damit abdecken zu können.

Mit diesen erfreulichen Feststellungen lassen Sie mich abschließen und den Ihnen vorliegenden Antrag zur Verlesung bringen.

7) Ha-4000/88

Nachtragsvoranschlag 1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 13. 12. 1988, Ha-4000/88, womit der Voranschlag 1989 genehmigt wurde, wird im Sinne des beiliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1989 wie folgt abgeändert:

1. Der ordentliche Haushalt

a) die Gesamteinnahmen von S 632,570.000,- auf	S 642,247.000,--
die Gesamtausgaben von S 632,570.000,- auf	S 642,247.000,--
somit ausgeglichen	S -

b) die Reineinnahmen von S 597,674.000,- auf	S 607,351.000,--
Die Reinausgaben von S 597,674.000,- auf	S 607,351.000,--
somit ausgeglichen	S -

2. der außerordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von S 112,795.000,- auf	S 129,739.000,--
die Gesamtausgaben von S 112,795.000,- auf	S 129,739.000,--
somit ausgeglichen	S -

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 13. 12. 1988 betreffend den Voranschlag für das Jahr 1989 bleiben unverändert.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Spöck, bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Österreichs Wirtschaft, wertees Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates, läuft weiterhin auf Hochtouren. Für das erste Halbjahr registrierte das Institut für Wirtschaftsforschung einen inflationsbereinigten Zuwachs unseres Brutto-Inlandsproduktes um 4,5 Prozent. Damit dürfte die Juni-Prognose bereits überholt sein, die für das gesamte Jahr 1989 ein Wachstum von 3,5 Prozent in Aussicht stellte. Als Hauptträger des kräftigen Wachstumsschubs erwies sich die Industrie, die begünstigt durch die lebhaften Inlands- und Auslandsnachfragen im ersten Semester einen Produktionszuwachs von 6,9 Prozent erzielte. Die Ausfuhr übertraf im ersten Halbjahr den Vorjahreswert um 11,4 Prozent und die Einfuhr um 13,9 Prozent. Weitere Konjunkturstützen waren der private Konsum sowie die Investitionen. Bei der privaten Konsumsteigerung dürfte sich in erster Linie auch die Steuerreform positiv ausgewirkt haben. Das bestätigt auch eine im März dieses Jahres durchgeführte Ifes-Untersuchung, worin eine überwiegende Mehrheit von Österreichern das neue Steuersystem nach der Reform als sozial ausgewogener und gerechter betrachteten, und vor allem, sie gehören laut ihren eigenen Angaben zu den Gewinnern und

haben daher mehr Geld zur Verfügung. Dieses stärkere Wirtschaftswachstum als prognostiziert wirkt sich natürlich auch neben dem guten Vorjahr und den Rücklagenentnahmen auf unseren Haushalt aus und hat zu Mehreinnahmen im ordentlichen Haushalt geführt. Ich bin aber trotzdem der Meinung, wer te Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, übermütig dürfen wir nicht werden, die Gefahr für unser Budget bleibt weiterhin bestehen. Es ändert nämlich nichts, daß die Einnahmendynamik außerordentlich ungewiß ist. Ich bin ebenso der Meinung, wie es Kollege Holub anlässlich des Nachtragsvoranschlages 1988 ausgedrückt hat, daß die Theorie in der Einnahmenentwicklung in der Linearität liegt. Dies bestätigt auch WIFO- Chef Kramer, der für 1990 mit einer leichten Abflachung der gegenwärtigen Hochkonjunktur rechnet. Ein konjunktureller Einbruch sei allerdings nicht in Sicht, meint er. Aber eine Erkenntnis ist sicher, die Ausgabensteigerung. Der Kanalbau, der Straßenbau werden teurer werden, ob wir es wollen oder nicht. Das ist der Preis, den wir halt für das vorher erwähnte Wirtschaftswachstum zu zahlen haben. Die Stadt und der Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung, an dessen Bauinvestitionen die Stadt mit 61,5 Prozent beteiligt ist, haben in den vergangenen Jahren in den Bauabschnitten 1 - 500 44 Millionen Schilling allein die Stadt, und 301 Millionen Schilling, das ist nur der städtische Anteil am Reinhaltungsverband, realisiert. Bekanntlich wickelt ja die Stadt entsprechend dem vorliegenden Kanalbauprogramm den Bauabschnitt 5-86 bis 91 in Höhe von ca. 100 Millionen Schilling und den Bauabschnitt 6-88 - 93 in der Höhe von ca. 40 Millionen Schilling ab. Der Bauabschnitt 7 ist auch noch in Vorbereitung. Allein aus dem Kanalbau beträgt daher die jährliche Bausumme runde 20 Millionen Schilling. Im Voranschlag 1990 sind in etwa über 30 Millionen Schilling dafür vorgesehen.

Auch das Thema Betriebsansiedlung werden wir weiter forcieren müssen, damit wir die Arbeitsplätze für unsere Bevölkerung zur Verfügung stellen können.

Auch zum Thema Wohnbau werden uns noch einige Kosten ins Haus stehen. Es wird uns auch die Altstadtrevitalisierung vermutlich weiterhin ein schweres Anliegen bleiben müssen. Und die Jahrhundertchance, wenn ich das so bezeichnen darf, der Wert der Reithoffergründe ist für die Stadt von größter Bedeutung. Es wird und muß ein Modell für den Erwerb gefunden werden, der auch budgetär vertretbar ist. Ja ich gehe so weit, man müßte dafür unter Umständen sogar die Millionen, die für die Generalsanierung bzw. den Neubau des Hallenbades vorgesehen sind - wie man hört, könnte man ja die Generalsanierung noch hinausschieben - dazu verwenden. Den Erwerb der Reithoffergründe können wir nicht hinausschieben. Wir werden aber dazu noch am Ende der Sitzung aufgrund unseres Dringlichkeitsantrages die Möglichkeit haben, darüber zu sprechen.

Auch der heute noch zu beschließende Ankauf eines Gewerbe- und Industriegrundes in Hinterberg von den Steyr-Werken wird sich mit rund 19 Millionen Schilling zu Buche schlagen. Und, wer te Kolleginnen und Kollegen, wir werden auch das wichtigste Detail der Ausgaben der Stadt weiterhin bedienen müssen, nämlich die Personalausgaben.

Die Reineinnahmen der Stadt ins Verhältnis gesetzt zu den Personalkosten, ergeben diesmal eine Schnittlinie von 38,3 Prozent, beim Nachtragsvoranschlag 1988 waren es noch 35,9 Prozent. Die Summe aller Aufwendungen für Personalorgane und Pensionen beträgt 45,7 Prozent der Reineinnahmen. Im vergangenen Jahr waren es 42,6 Prozent. Das heißt, bei Reineinnahmen von insgesamt 607 Millionen Schilling wurden 277 Millionen Schilling für Personalkosten inklusive der Pensionen verwendet. Beim Nachtragsvoranschlag 1988 waren es noch 264 Millionen. Hier müßte man, glaube ich, wirklich nachdenken, ob jede Dienstleistung der Stadt auch selbst durch die Stadt erbracht werden muß. Bei allem Bekenntnis zum Umweltschutz stellt sich die Frage, brauchen wir dazu wirklich eine neue Magistratsabteilung, brauchen wir dazu wirklich eine Magistratsabteilung XII? Ich befürchte eine Kostenexplosion in der neugeschaffenen Abteilung. Daß ich leider nicht ganz unrecht habe zeigt, daß wir im Voranschlag 1990 bereits wieder für ein neues Fahrzeug S 200.000,- vorfinden. Für ein Umweltschutzfahrzeug, das zumindest jetzt sehr häufig gesehen wird

bei Umweltstreifen auf Parkplätzen von Großkaufhäusern bei der Beladung von Lebensmitteln. So gesehen z. B. am 8. März beim Merkur-Markt bzw. am 8. September beim Taborland.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich gehe auch davon nicht ab, daß ein Prioritätenkatalog mit einer mittelfristigen Durchführungsvorausschau, der die Reihung der Maßnahmen und auch die Art und Weise der Finanzierung beinhaltet, eine unabdingbare Forderung sein müßte.

Noch ein paar Worte zum außerordentlichen Haushalt. Durch Verschiebungen von geplanten Vorhaben bzw. Durchführung anderer Vorhaben als vorgesehen, kam es im aoH zu einer Ausgabenerhöhung von runden 25 Millionen Schilling. Was mir im aoH fehlt, wäre endlich eine Mittelzurverfügungstellung zur Sanierung des Hangkronenweges Lauberleite. Diese berechtigte Forderung dürfte diesmal, glaube ich, wahrscheinlich übersehen worden sein, weil die SPÖ Gleink hat ebenso diese Forderung zu recht erhoben, indem sie in einem Mitteilungsblatt im Dezember 1988 schreibt: Bereits eine längere Forderung der SPÖ, Sektion Gleink, ist die Verbesserung des Verbindungsweges vom Resthof nach Hausleiten entlang der Hangkrone der Lauberleite. Dieser Weg wird besonders von Spaziergängern, Wanderern und Radfahrern sehr häufig benützt. Sein derzeitiger Zustand ist sehr desolat. Es ist daher weiter unsere dringende Forderung, diesen Weg entsprechend zu sanieren, so daß er jederzeit gefahrlos benützbar ist. Wir werden dieses Ziel auch weiterhin verfolgen und hoffen, daß uns bald eine Lösung dieses dringenden Problems, sowohl für die Bewohner des Resthofes, als auch für die Bewohner in Hausleiten, gelingen wird.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Dort muß aber auch eine Beleuchtung hin.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Für abends schon, aber derzeit genügt es, wenn der Weg saniert ist. Im derzeitigen Zustand kann man dort nicht gehen und vor allem, mit den Kinderwägen fährt man nachts nicht. Wichtiger wie eine Beleuchtung ist derzeit die Sanierung. Ich habe aber auch nichts gegen eine Beleuchtung.

Es freut mich auch, daß die freiheitliche Fraktion sich der Verkehrsberuhigung im Resthof widmet, wie man liest durch Schwellen. Wie eine Verkehrsberuhigung mit Schwellen aussieht, können wir ja in Bad Hall sehen an einem praktischen Beispiel. Seit dem Einbau der 3 Schwellen am Hauptplatz gibt es in Bad Hall fast kein Problem mehr mit den Rasern. Natürlich müssen wir im Resthof schon berücksichtigen auch unseren Autobusverkehr. Es ist ja nicht leicht, mit dem Autobus über die Schwellen zu kommen, außer man baut sie direkt bei der Haltestelle, da würde es gehen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, über die Prospektierung neuer Brunnenfelder zur Sicherung unserer Trinkwasservorräte herrschte ja im Gemeinderat Einigkeit. Leider finden wir dazu im Wirtschaftsplan der Stadtwerke für 1990 nur Mittel von 500.000 Schilling in der Rubrik Wassergewinnung.

Abschließend möchte ich noch betonen, daß die Verschuldung der Stadt zwar im Vergleich zum Nachtragsvoranschlag bzw. Rechnungsabschluß 1988, wie es auch Kollege Vizebürgermeister Wippersberger ausgedrückt hat, nur von 523 auf 525 Millionen gestiegen ist, aber immerhin ist noch jeder Steyrer mit 13.500 S verschuldet. Es gibt zwar nicht wie vorgesehen eine Neuverschuldung von 57 Millionen Schilling, aber immerhin eine noch von 32 Millionen Schilling. Nach dem uns zugegangenen Voranschlag 1990 wird aber die Neuverschuldung um runde 69 Millionen Schilling durch Darlehensaufnahmen zunehmen. Dabei sind noch nicht berücksichtigt die Grundkäufe. Werte Kolleginnen und Kollegen, mit dem Dank an unseren Rechnungsdirektor, MR Dr. Schmidl, gebe ich namens der ÖVP-Fraktion die Zustimmung, was aber nicht beinhaltet eine Zustimmung zu jenen Punkten, bei denen wir mit der Antragstellung nicht mitgehen konnten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Tremml ist der Nächste.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Der zur Beschlußfassung vorliegende Nachtragsvoranschlag für das laufende Jahr ist, wie Vizebürgermeister Wippersberger erläutert hat, im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 642,2 Millionen ausgeglichen. Allerdings mit einem Abgang im ordentlichen Haushalt von 7,7 Millionen Schilling, die aus allgemeinen Betriebsmittelrücklagen bedeckt werden mußten. Im außerordentlichen Haushalt sind Einnahmen und Ausgaben in Höhe von rund 130 Millionen Schilling vorgesehen. Gegenüber im Vergleich dazu vor 10 Jahren verminderte sich der außerordentliche Haushalt bei gleichzeitiger, wie Sie wissen, enormer Geldentwertung durch die laufende Inflation um fast 36 Millionen. Das bedeutet einen Rückgang von 22 Prozent der Budgetsumme. Feststellen möchte ich auch, daß die Erhöhung des außerordentlichen Haushaltes 1989 von 112,7 um 16,9 Millionen auf 129,7 Millionen nicht durch eine erhöhte Investitionstätigkeit, sondern eben auch die angeführten Gebäudeverkäufe erfolgte. Die gegenwärtige Hochkonjunktur in unserem Land darf darüber nicht hinwegtäuschen, daß der finanzielle Spielraum der Stadt Steyr zunehmend enger geworden und eine Entlastung dringend notwendig ist. Ich halte daher eine Reform des Finanzausgleichsgesetzes zugunsten der Gemeinden, zugunsten der Stadt, für unbedingt erforderlich. Aber auch vom Land Oberösterreich selbst müssen meiner Meinung nach Entlastungen der Gemeinden bei der völlig antiquierten und praktisch nur mehr als Druckmittel verwendeten Landesumlage erfolgen. Auch beim Sprengelbeitrag müßte eine Entlastung durch das Land möglich sein. Wenn auch die Verschuldung unserer Stadt im laufenden Jahr geringer ausgefallen ist als budgetiert, beträgt diese mit Ende 1989 528 Millionen Schilling. Ich sage absichtlich 528 Millionen Schilling, weil mir ebenfalls der Voranschlag für das Jahr 1990 zugeschickt worden ist. Ich habe darin geblättert und mußte vermerken, daß die Anfangsschulden fixiert wurden mit 528 Millionen Schilling. Immerhin das ist eine Prc-Kopf-Verschuldung vom Kleinkind bis zum Opa in unserer Stadt von 13.200 Schilling und zeigt uns gleichzeitig die weiterhin schlechte Finanzlage unserer Stadt. Ich möchte es nicht so rosig schildern, wie dies der Finanzreferent tat. Aber durch die pessimistische Finanzpolitik der Rathausmehrheit blieb bereits bei der Erstellung des Budgets eine Reihe berechtigter Wünsche der Bevölkerung unberücksichtigt. Ich nenne sie nicht alle, aber wie zum Beispiel die Erhöhung des Finanzausschusses der Stadt für den Wohnbau von 3 auf 4 Millionen Schilling, um die Wohnungsnot in unserer Stadt zu mildern, verlangte ich - das ist auch bekannt - die Errichtung einer Wohnanlage mit sozialen Mieten in der Haratzmüllerstraße. Die Gemeinde besitzt in dieser Straße ein freies Grundstück. Die Infrastruktur Straße, Wasser, Kanal, Gas - Anschluß ist dort vorhanden, aber wie man sieht auch im Nachtragsvoranschlag, denkt die SP-Mehrheit nicht einmal daran, Aktivitäten in dieser Richtung zu setzen. Eingespart hat man die vorgesehene Sanierung der gemeindeeigenen Häuser im Wehrgraben durch deren Verkauf. Das kommt natürlich wieder positiv dann im Nachtragsvoranschlag in Rechnung.
Die von mir verlangte Reduzierung der Lärm- und Abgasbelastung durch eine Verampelung der Kreuzung Ennser Straße - Siemensstraße und die Serienschaltung der Verkehrsampeln zwischen Ennser Straße und Posthofstraße, um zumindest dort die Staus zu Stoßzeiten zu verhindern, wurde nicht erfüllt. Ich möchte sogar sagen, es wurde in dieser Richtung überhaupt keine Aktivität gesetzt und hätte der Gemeinde nicht einmal einen Schilling gekostet, weil ja der Bund bzw. das Land in Vertretung zuständig wäre.
Wir haben die im Voranschlag vorgesehenen Mittel für die Gehaltskosten der Notfallsanitäter natürlich nicht ausgegeben. Aber es ist für mich trotzdem eine Freude,

daß es nun endlich den Notarztwagen gibt für die Stadt Steyr und die Region, und an 1. Dezember 1989 anlässlich einer Jahresabschlußfeier des Roten Kreuzes mit dem Notarztwagen auch gleichzeitig das System zur Wirkung kommt in unserer Stadt und ich hoffe, daß durch diese sehr lange Geburt um den Notarztwagen, dieser sehr erfolgreich eingesetzt wird. Der besondere Dank, glaube ich, das müßte man hier im Rathaus aussprechen, gebührt in erster Linie Herrn Primar Dr. Günther Kleinberger, der das gesamte Notarztsystem entwickelte, die Notfallsanitäter ausgebildet hat und auch die notwendigen Notärzte. Ich wünsche von dieser Seite aus dem Notarztwagen mit seinem Team viel Erfolg bei der Rettung von Menschenleben in unserer Region. Nun noch zu einigen Zahlen. Der Tilgungs- und Zinsendienst im ordentlichen Haushalt steigt im Nachtragsvoranschlag um mehr als 1 Million Schilling auf rund 64,5 Millionen Schilling an. Die Budgetpost Bezüge und Pensionen für die Gemeindepolitiker ergab eine Erhöhung von diesmal nur 82.000 Schilling und erfordert dafür immerhin den Betrag in Höhe von 10,8 Millionen Schilling. An Wohnbauförderung waren im außerordentlichen Haushalt 3 Millionen Schilling präliminiert. Ausgegeben hat man aber nur 100.000 Schilling. Für die Wirtschaftsförderung dagegen der Unternehmer wurden anstelle 7,1 Millionen über 8 Millionen Schilling von der Gemeinderatsmehrheit bereitgestellt. An Zuschüssen an das Motorenwerk wurden allein 5,8 Millionen Schilling gewährt. Für die Lehrwerkstätte, wie Sie wissen, der Steyr-Werke 1 Million Schilling. Angesichts dieser Förderungen blieb natürlich für die Gewerbeförderung in unserer Stadt nicht viel übrig.

Nun noch einige kritische Bemerkungen. Entgegen dem allgemeinen Spartrend, der in einer Reihe von Positionen im Nachtragsvoranschlag zum Ausdruck kommt, wie bei der Förderung des notwendigen Wohnbaues, der Einsparung bei den sozialen Leistungen z. B. beim Seniorenpaß, kann man bei der Wirtschaftsförderung von 8 Millionen Schilling und bei den Politikerbezügen über 10 Millionen Schilling keine Sparsamkeit der Mehrheitsfraktion bemerken. Die zurückhaltende Budgeterstellung ist auch bei den veranschlagten 2,5 Millionen Schilling Bundesertragsanteilen zu ersehen, daß - wie auch der Finanzreferent schon berichtete - um 7 Millionen Schilling unter dem Nachtragsvoranschlag 1968 angesetzt wurde. Die Ertragsanteile steigen nun um 9 Millionen Schilling an. Dem gegenüber steht eine schwere Belastung der Stadt durch die Erhöhung der Landesumlage um 9 Millionen auf 27 Millionen Schilling. Daher konnte aus finanziellen Gründen eine Reihe von wichtigen Vorhaben überhaupt nicht in Angriff genommen werden. Gleichzeitig möchte ich bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß die Mehrheit des Gemeinderates die unerfreuliche Entwicklung der Einnahmen und der erhöhten Ausgaben für die Landesumlage und den Sprengelbeitrag von Jahr zu Jahr immer wieder dadurch auszugleichen versucht, daß sie die breite Bevölkerung mit Tarif- und Gebührenerhöhungen belastet. Aus diesem Grund allein müßte der gesamte Gemeinderat eine spürbare finanzielle Entlastung durch das Land erwirken. Eine weitere nicht unwesentliche Entlastung für die Stadtgemeinde wäre auch die gänzliche Übernahme der Kosten für das gesamte Kindergartenpersonal. Auch diese Personalkosten belasten natürlich außerordentlich hoch unseren Stadthaushalt. Ebenso müßte, so glaube ich, das Land die Kosten für die Grundablösen und den Wintertendienst der Bezirks- und Landesstraßen selbst übernehmen. Denn die im neuen Straßengesetz vorgesehene Erhöhung des Landesanteiles von bisher einem Drittel auf die Hälfte halte ich zumindest allein von der Kompetenz her unzureichend. Ebenso glaube ich, müßte das Land verstärkt den notwendigen Aufgaben der Stadt zur Sanierung der Frei- und Hallenbäder gerecht werden.

Nun zu einem Problem, das heute mit einem Halbsatz angeklungen ist. Ich habe bereits bei der Erstellung des Budgets im Dezember 1988 und auch im Umweltausschuß heuer im April die heikle Frage der Verbrennungsanlage im Krankenhaus auf das Tapet gebracht und informierte Sie gleichzeitig, daß die Kläranlage nicht richtig funktioniere, weil es dauernd Geruchsbelästigungen gibt. Dabei erhob ich die Forderung, daß die ganze Abfallbeseitigung des Landeskrankenhauses endlich saniert wird. Das war im Dezember und dann im April. Ich kann nur sagen, es bleibt

nach wie vor ein Herd von Umweltskandalen im Landeskrankenhaus Steyr. Es ist Ihnen bekannt, daß nach langen Protesten von den Anrainern und von mir endlich mit 1. September dieses Jahres die Sondermüllverbrennung im Landeskrankenhaus eingestellt wurde. Nun wird versprochen, daß eine Sondermüllentsorgungsfirma aus Oberösterreich - nicht aus Steyr - mit der Entsorgung des anfallenden Krankenhausmülls beauftragt wurde und diese den gefährlichen Abfall irgendwo im Land Oberösterreich verbringen läßt. Ich fordere von dieser Stelle heute Sie auf, daß man bei den zuständigen Stellen eruiert und auch dann der Öffentlichkeit bekanntgibt, wo in Oberösterreich dieser Problemmüll verbrannt wird.

Noch drastischer ist es um die Kläranlage des Krankenhauses Steyr in der Sierninger Straße bestellt. Vor Jahren hatte man den Vorwand, die Anlage sei völlig auf der Höhe der Zeit, um einen Anschluß an das städtische Kanalnetz zu verhindern. Für die Siedler in der angrenzenden Gründbergsiedlung erfolgte ja bekanntlich der Zwangsanschluß. Sie wissen genau so wie ich, daß es seit Jahren Probleme durch Geruchsbelästigung gibt. Nun, wie man hört, ist die Kläranlage völlig zusammengebrochen. Aber als Schlußfolgerung wurde vom Land als Eigentümer des Krankenhauses nicht etwa der von mir damals geschon geforderte Anschluß an das Steyrer Kanalnetz forciert, sondern zunächst eine Entsorgungsfirma eingeschaltet. Diese entsorgt, wie man hört, die anfallenden Fäkalien illegal, worauf man ihr den Auftrag wieder entzog. Seit dieser Zeit fließen die Abwässer des Landeskrankenhauses, wie Sie wissen, ungeklärt in den Steyr-Fluß. In unserer Stadt gibt es eine sogenannte Grün-Alternative-Liste, es gibt aber vor allem eine sehr starke SPÖ-Gemeinderatsmehrheit. Aber es bleibt weitgehend meistens der KPÖ und mir überlassen, gegen Umweltbelastungen von Industriebetrieben, wie Gußwerk I, Gußwerk II oder andere Betriebe, sowie jetzt gegen das Landeskrankenhaus Steyr -es untersteht ja der Oö. Landesregierung - aufzutreten. Das tut man offenbar nicht gerne. Anfang November erhielt ich eine Mitteilung - sie war vertraulich - daß die Abwässer des Landeskrankenhauses ungeklärt in den Steyr-Fluß eingeleitet werden. Daraufhin habe ich am 5. November dieses Umweltproblem in der Tageszeitung Neue Zeit aufgezeigt. Ich habe bereits am nächsten Tag, am 6. November, anläßlich einer Vorsprache in der Landesregierung bei Landesrat Fritz Hochmair bezüglich des Einsatzes des Notarztwagens für Steyr vorgesprochen und gleichzeitig das Problem der Abwasserbeseitigung des Landeskrankenhauses im Gespräch angeschnitten. Er erklärte sich dafür nicht zuständig, denn der Zuständige in der Oö. Landesregierung sei der Landesrat für Gewässerschutz Kollege Landesrat Ing. Reichl. Mit diesem Umweltskandal beschäftigte sich auch kürzlich die stattgefundene Bezirkskonferenz der KPÖ und hat in einer Presseaus-sendung unverzügliche Maßnahmen seitens der zuständigen Stellen verlangt, damit dieser Umweltskandal, dieser Mißstand ehemöglichst abgestellt wird. Nun, wie Sie wissen, hat gestern der ORF in der Landesrundschau über Steyr berichtet, nicht gedacht als Fremdenverkehrswerbung, sondern er hat aufgezeigt diesen Umweltskandal. Ich habe leider abends um 19 Uhr die Stellungnahme der Landesregierung, des Referenten für Gewässerschutz Ing. Reichl, nicht gehört. Aber soweit ich informiert wurde, hat man dort zum Ausdruck gebracht, daß nicht heute sondern erst morgen über die Abwasserbeseitigung des Landeskrankenhauses gemeinsam, Ing. Reichl und unser Bürgermeister, ein Gespräch geführt wird. Für mich als Mandatar ist das ein bißchen zu wenig. Gleichzeitig drängt sich auch die Frage auf, wie schaut das in den anderen Städten in Oberösterreich aus? Es gibt ja in der Landeshauptstadt mehrere Krankenhäuser. Wie erfolgt denn dort die Abwasserbeseitigung dieser Krankenhäuser? Auch diese Frage muß geklärt werden, vielleicht wäre es dann leichter, auch beim Gespräch zwischen dem Bürgermeister und Ing. Reichl, hier zu einer Klärung zu kommen, wie man die Abwässer in Steyr beseitigt, ohne daß man den Steyr-Fluß verunreinigt und Leben gefährdet.

Nun noch ein Problem, das auch mit hinein gehört in die finanzielle Entwicklung der Stadt. Es ist Ihnen wie mir bekannt, daß seit der Unterzeichnung des Vertrages mit MAN und aufgrund einer Aussage von Vorstandsdirektor Dr. Koch die Steyr-

Daimler-Puch-AG per 1. Jänner 1990 die Werkspensionen ersatzlos gestrichen werden. Von der Streichung dieser Sozialleistung ungefähr in der Höhe von 50 Millionen Schilling sind 7.000 ehemalige Arbeiter und Angestellte betroffen. 4.300 davon wohnen in unserer Stadt oder in den Umlandgemeinden, weshalb auch für die Stadt Steyr ein erheblicher Kaufkraftverlust in Zukunft zu befürchten ist, wenn man diese Sozialleistung streicht. Dem Großteil der anwesenden Gemeinderäte ist auch bekannt, daß in der Aufbauphase der Steyr-Daimler-Puch AG nach dem Zweiten Weltkrieg soziale Rechte, wie auch die Werkspension, anstelle von Lohn- und Gehaltserhöhungen erkämpft und erwirkt wurden. Gerade diese ältere Generation hat beim Wiederaufbau des zerstörten Steyr-Werkes große Verdienste. Es ist auch allgemein bekannt, daß bereits im Jahre 1988 die Werkspensionen um die Hälfte gekürzt wurden. Nun gilt es, um diese verkürzten Pensionen zu kämpfen. Nur eine breite, überparteiliche Protestbewegung der von der Streichung der Werkspensionen betroffenen Steyrer Pensionisten kann die berechtigten und wohlverdienenden Ansprüche der Werkspension auch weiter sichern. Die Interessensgemeinschaft der Werkspensionisten von Steyr-Daimler Puch organisiert für Montag, 4. Dezember, 14.30 Uhr, im Steyrer Stadtsaal, eine Protestversammlung. Ich fordere daher heute alle Mitglieder des Gemeinderates auf, durch ihre Teilnahme an dieser Protestkundgebung den berechtigten Kampf der Pensionistinnen und Pensionisten um weitere Pensionsauszahlung zu unterstützen. Abschließend, dem Ziffern- und Zahlenwerk des vorliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1989 werde ich die Zustimmung geben, ausgenommen aller jener Budgetposten, die ich im Laufe des Jahres abgelehnt habe.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Eichhübl ist der Nächste.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Dieser vorliegende Nachtragsvoranschlag für 1989 birgt auch diesmal wieder einige Überraschungen, aber nicht nur erfreuliche, wie der Herr Finanzreferent zum Ausdruck gebracht hat, aber auch einige dem Trend der letzten Jahre entsprechende Mehrausgaben, auf die ich noch näher zurückkommen werde im Verlaufe meiner Ausführungen, in sich.

Wie aus der Gesamtübersicht des Nachtragsvoranschlages 1989 hervorgeht, sind zwar die einzelnen Budgetkapitel insgesamt nur geringfügig um 1,6 Prozent bei den Einnahmen und Ausgaben ausgeweitet worden. Aber einzelne Positionen müssen doch etwas näher beleuchtet werden.

So fällt auf, daß gegenüber dem Voranschlag 1989 bei den Ausgaben für die Finanzwirtschaft eine Erhöhung um 33,4 Prozent nämlich auf 36 Millionen Schilling festzustellen ist. Dies bedeutet im wesentlichen, daß die veranschlagte Landesumlage von 18 Millionen Schilling auf 27 Millionen Schilling erhöht wurde. Dies bedeutet aber weiter, daß die Stadt Steyr einen Teil der Milliarde Schilling finanziert, auf die der Landesfinanzreferent Dr. Ratzenböck im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen mit dem Bund zugunsten der Großen Koalition verzichtet hat. Dieser Verzicht auf 1 Milliarde hat sich auch bei der Wohnbeihilfekürzung für 1989 um 164 Millionen Schilling, das sind 18 Prozent, und für 1990 um 300 Millionen Schilling, das sind 32 Prozent, bemerkbar gemacht bzw. wird sich noch bemerkbar machen. Die Folgen werden die Mieter aber auch die Wohnbaugesellschaften zu spüren bekommen. Es ist daher schon die Frage zu stellen, wer die Ausfallshaftung übernehmen wird gegenüber den Wohnbauträgern, wenn die Mieter in einem entsprechenden Maß nicht in der Lage sind, die Mieten aufzubringen.

Erfreulich hingegen ist die Einnahmenbilanz bei den Steuern, die der Stadt sowohl bei der Gewerbe-, Getränke- und Lustbarkeitsabgabe Mehreinnahmen von insgesamt 6 Millionen Schilling gegenüber dem Voranschlag bringt. Auch die Ertragsanteile

des Bundes machen um 4 Prozent mehr aus als angenommen und das führt immerhin dazu, - der Herr Finanzreferent hat bereits darauf hingewiesen - daß vorläufig weniger Rücklagen aufgelöst zu werden brauchen als man vorher angenommen hat. Die Pensionen und sonstigen Ruhebezüge, die auch die von uns abgelehnten Stadtratspensionen beinhalten, wurden auf 2,479.000 Schilling ausgeweitet. Der Aufwand für die Repräsentation wird von 400.000 auf 500.000 Schilling erhöht, obwohl es noch weitere Positionen, wo ebenfalls Repräsentationskosten beinhaltet sind, gibt. Hier gäbe es so wie beim aufwendigen Amtsblatt Einsparungsmöglichkeiten. Die Stadtwerkebetriebe treiben einer sehr ernsten finanziellen Entwicklung zu, wie die heute noch zu behandelnde Bilanz für 1988 beweist. Leider, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wurden unsere Vorschläge immer wieder abgelehnt. Auch die Kluft zwischen Zu- und Abgängen beim außerordentlichen Haushalt wird immer größer. 57,2 Millionen Schilling Abgang auf der einen Seite, 19,8 Millionen Schilling Zugang auf der anderen Seite. Ebenso, das darf ich auch sehr deutlich unterstreichen, obwohl mein Vorredner Kollege Tremml bereits darauf hingewiesen hat, wurden sehr viele geplante Vorhaben nicht verwirklicht. Der Schuldendienst von fast 65 Millionen Schilling, davon 35,5 Millionen Schilling alleine für Zinsen, sowie der Gesamtschuldenstand von 524 Millionen Schilling sprechen eine sehr deutliche Sprache und veranlassen mich, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß unsere Einsparungs- und Verbesserungsvorschläge immer wieder abgelehnt wurden, diesem Nachtragsvoranschlag so wie damals auch dem Budget 1989 die Zustimmung nicht zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Pimsl bitte!

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich werde nicht zum Nachtragsvoranschlag sprechen, sondern zu den Ausführungen von Kollegen Spöck. Ich schäme mich dafür, daß er einen Stil in dieses Haus hereinbringt, der fast mit Bespitzelung zu tun hat. Er hat mehr oder weniger erklärt, es sei ein Mitarbeiter des Umweltreferates dabei angetroffen worden, wie er an zwei verschiedenen Tagen dieses Jahres bei Geschäften Waren eingeladen hat in eine Einrichtung des Magistrates. Es ist insofern beschämend, weil gerade diese Abteilung durch ihren Einsatz vorbildlich wirkt. Ich stehe nicht an, das hier nochmals zu betonen. Denn die Mitarbeiter dieser Abteilung sind nicht nur während der normalen Dienstzeit jederzeit ansprechbar und jederzeit bereit, ihre Aufgaben zur vollsten Zufriedenheit zu erfüllen, sondern sie machen auch Dienst Samstag und Sonntag und auch nachts sind sie abrufbereit. Sie haben ein Piepserl, sie sind jederzeit über die volle Zeit, wenn notwendig, erreichbar und kommen auch. Sollte es tatsächlich passieren - ich schließe das zumindest nicht aus - daß während einer solchen dienstlichen Angelegenheit auch gleichzeitig eine Ware in eine Einrichtung des Magistrates geladen wird, dann würde ich das sicher nicht als einen Mißbrauch betrachten. Wenn man aber offenbar versucht, aus Gründen, die ich nur erraten kann, ein Politikum daraus zu machen und Anschuldigungen gegen Mitarbeiter des Magistrates vorbringt, dann muß ich sagen, sollte man sich einer anderen Art und einer anderen Vorgangsweise bedienen. Denn, Kollege Spöck, wenn Ihnen bekannt ist, daß das im März geschehen sein soll - ich habe den genauen Tag nicht mehr in Erinnerung - dann wäre es ein Leichtes für Sie gewesen, wenn Sie das selbst beobachtet haben oder Ihnen das andere zugetragen haben, sich davon zu überzeugen, was da passiert ist. Ein Gespräch, ein Anruf hätte dabei sicher genügt und es wäre Aufklärung erfolgt. Ich bin nur dagegen, daß man unkritisch solche Behauptungen in aller Öffentlichkeit erhebt, ohne ihren Wahrheitsgehalt geprüft zu haben. Es ist nicht gerade verständlich, wenn man einerseits den Beamten des Hauses dankt für die Erstellung des Nachtragsvoranschlages und gleichzeitig die Beamten beschuldigt, Einrichtungen

der Stadt zu mißbrauchen.

Ich bitte daher, solche Unterstellungen zumindest zuerst auf ihre tatsächliche Wahrheit zu überprüfen und dann solche Vorwürfe vorzubringen. Ich betone nochmals, die Umweltabteilung des Magistrates Steyr ist ständig im Einsatz und ist auch miternächtlicherseits, zu jeder Abend- und Frühstunde abrufbereit und das stimmt auch. Sie macht auch an jenen Tagen Dienst, wo wir sehr häufig Umweltsünder antreffen, die ihren Abfall an unbefugter Stelle entladen und sie sind nicht zu ihrer eigenen Belustigung unterwegs, sondern durchaus in einem gerechtfertigten Auftrag. Wir haben bewußt, lieber Kollege Spöck, falls das noch nicht bekannt sein sollte, dieses Fahrzeug gekennzeichnet, um jedem Einzelnen sichtbar zu machen, daß der Magistrat Steyr durch seine Umweltabteilung an seiner Umwelt nicht nur Anteil nimmt, sondern einen Beitrag leistet, um eine weitere Verschlechterung zu vermeiden und Mißbräuche abzustellen. Das wird auch weiterhin geschehen. Ob Sie das goutieren oder nicht möge meines Erachtens nach unwesentlich sein. Ich kann Ihnen nur sagen, die Beamten dort machen ihre Arbeit hervorragend.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Spöck noch einmal.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werter Herr Kollege Stadtrat Pimsl!

Zu den von mir angesprochenen sogenannten Umweltschutz-Privatfahrten. Da das Einsatzfahrzeug, wie Sie richtig erwähnt haben, als solches auch gekennzeichnet ist durch das Blaulicht, wird es auch leichter gesehen. Gesehen auch unter Umständen bei zweckentfremdenden Fahrten. Soll ich dem Plenum bekanntgeben Tag, Uhrzeit, Kilometerstand des Fahrzeuges und die Person, die eingekauft hat? Ich kann es, wenn Sie wollen, will es aber nicht. Es ist passiert, gesehen nicht nur von mir, sondern das war schon des öfteren. Das war auch der Grund, als mir das das erste Mal zu Ohren gekommen ist, daß ich im März davon nicht Gebrauch gemacht habe. Es ist aber schon des öfteren passiert und das war der Grund meiner Äußerung. Die Konsequenz dazu wäre das Abstellen dieser Fahrten und genaue Kontrolle des Fahrtenbuches durch das Kontrollamt. Natürlich ist das leichter gesagt als getan, Papier ist sehr geduldig. Ich weiß es aus meiner Berufserfahrung, daß das bei Fahrtenbüchern verhältnismäßig schwer ist. Ich kann Ihnen aber, wie gesagt, gerne - ich würde es Ihnen persönlich geben, denn ich will das im Plenum nicht machen - diese zwei Tage, die angesprochenen zwei Tage, mit Uhrzeit und Fahrer und was eingekauft wurde, nicht genau die Lebensmittel, aber es waren Lebensmittel, bekanntgeben. Danke.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sie beschuldigen pausenlos Leute.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Treml noch einmal.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es ist schon ein bißchen ungeheuerlich, Kollege Spöck, daß Du Dir noch traust, das ein zweites Mal zu verteidigen, was Du da gemacht hast. Erstens einmal bist Du als Gemeinderat gar nicht beauftragt als Kontrollorgan, daß Du dort ein Fahrzeug der Stadtgemeinde prüfst den Kilometerstand abschreibst, die Uhrzeit usw. Das ist eine ungeheuerliche Bespitzelung, das habe ich überhaupt noch nie gehört. Aber auch wenn es dort passiert und passiert ist es dort, bin ich als Person und

auch viele meiner Parteifreunde sehr gegen solche Methoden. Das sind ausgesprochene Bespitzelungsmethoden, die abzulehnen sind. Ich glaube auch, daß der Bürgermeister diesbezüglich eine Erklärung geben müßte gegenüber Spöck. Ich glaube, es ist doch allgemein bekannt, daß wir das Umweltschutzfahrzeug angekauft haben, es ist sogar geländegängig. Es hat lange die Debatte gegeben und gerade Kollege Spöck müßte wissen, wie notwendig dieses Fahrzeug ist. Es geht nicht nur um den Umweltschutz, sondern wenn man das Alarmsystem kennt - jeder Gemeinderat kennt das - dann geht es hier nicht nur um die Umwelt, sondern es geht auch um den Katastrophenschutz. Daher ist rund um die Uhr ein Kollege eingesetzt. Ich habe auch das Fahrzeug schon öfter wo gesehen. Nicht beim Einkaufen, aber er hat Bereitschaftsdienst, er kann mit dem Wagen dorthin fahren, hat aber sein Piepserl in der Tasche, das heißt, daß er zu jeder Minute oder Sekunde angerufen werden kann und dann die Entscheidungen zu treffen hat nach einem genauen Alarmsystem. Das ist nicht ganz so einfach, das ist ziemlich dick, wenn man sich das so ansieht. Dazu ist auch der Mann, der das Fahrzeug benützt, befähigt. Ich glaube, daß man so kleinliche Dinge nicht in der Öffentlichkeit verbreiten soll.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich möchte mich an der Diskussion beteiligen und bitte Kollegen Holub um Vorsitzübernahme.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte um die Wortmeldung des Herrn Bürgermeisters.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte zunächst zum zuletzt Angezogenen und auch zur Wortmeldung von Kollegen Spöck etwas sagen. Ich habe das vorgehabt, ohne daß mich Kollege Tremml dazu auffordern mußte. Mir gefällt diese Art der Diskussion auch nicht, das muß ich hier sehr offen sagen. Ich glaube, daß man die Aufgabenstellung der Bediensteten in diesem Referat so sehen muß, wie sie hier dargestellt wurde. Meine Auffassung deckt sich mit den Aussagen des Kollegen Pimpl hier 100 %ig und ich würde bitten, daß man in dieser Richtung die Diskussion nicht weiterführt. Mehr möchte ich dazu nicht sagen, mir gefällt das nicht. Meine Damen und Herren, ich möchte aber noch zu einem Punkt, der auch heute angeschnitten wurde, kurz Stellung nehmen. Es gehört nicht unmittelbar zum Nachtragsvoranschlag, aber es ist halt so, daß beim Budget und beim Nachtragsvoranschlag über die verschiedensten Probleme diskutiert wird und diskutiert werden kann, weil in irgend einer Form natürlich die Finanzen mit allen Dingen, die wir zu beschließen haben, zu tun haben. Es geht um die Darstellung, die Kollege Tremml hier gemacht hat, zur Situation beim Krankenhaus. Wir kennen dieses Problem sehr lange, wir bemühen uns schon sehr lange um eine Lösung in dieser Richtung. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß wir gerade seitens der Stadt in diesem Bereich überdurchschnittlich viel in der letzten Zeit geleistet haben. Unser komplettes Kanalsystem wurde in den letzten Jahren, im letzten Jahrzehnt kann man sagen praktisch neu errichtet. Alle unsere Abwässer werden in unsere Kläranlage entsorgt und der Klärschlamm wird auf unserer Mülldeponie deponiert. Bevor wir unsere Kläranlage hatten, gingen alle Abwässer unserer Stadt - das ist noch gar nicht so lange aus - ungeklärt in die Flüsse Enns und Steyr. Es ist also hier eine ungeheure Verbesserung eingetreten in der letzten Zeit. Natürlich sind wir interessiert, daß auch das Problem Krankenhaus geregelt wird, das möchte ich sehr deutlich sagen. Wir sind selbst schon vor einigen Jahren an das Krankenhaus herangetreten und haben den Anschluß gefordert. Allerdings muß sichergestellt sein, daß die Abwässer aus dem Krankenhaus nicht überdurchschnitt-

lich viele Schwermetalle und radioaktive Stoffe beinhalten, die unsere Kläranlage durch die Deponie des Klärschlammes überdurchschnittlich belasten. Diese Sicherheit muß einfach gegeben sein. Dafür ist zuständig, daß das geregelt wird, der Betreiber des Krankenhauses, das ist das Land Oberösterreich. Das möchte ich hier sehr deutlich sagen. Wir haben morgen ein Gespräch, wo wir dieses Problem noch einmal behandeln werden mit dem zuständigen Referenten. Wir haben gegen diesen Bescheid, der seitens der Wasserrechtsbehörde uns vorgelegt wurde, Berufung eingelegt, weil wir von Sachverständigen den Auftrag haben und uns Sachverständige erklärt haben - das ist ja eine Sachverständigenfrage - daß radioaktive Stoffe und Schwermetalle in unser Kanalsystem aufgrund einer möglichen Überbelastung unserer Deponie nicht eingeleitet werden dürfen. So ist die Situation. Wir haben hier im Sinne der Menschen unserer Stadt zu handeln und haben bisher so gehandelt. Das möchte ich sehr deutlich zum Ausdruck bringen. Es ist die Kläranlage im Krankenhaus, das ist uns bekannt, eine alte Kläranlage. Die Abwässer gehen nicht, wie es gesagt wurde, ungeklärt in die Steyr, aber die Funktionsfähigkeit dieser Kläranlage ist nicht mehr dem heutigen Standard entsprechend. Es wäre eine Einleitung auch in unserem Interesse, damit das Steyr-Wasser auch entsprechend saniert wird, es ist ja schon wesentlich besser. Es müßten Meßstellen eingebaut werden, die uns jederzeit ermöglichen, den Schwermetallgehalt und die Radioaktivität zu prüfen. Der Einbau solcher Geräte, solcher Meßgeräte, ist Angelegenheit des Landes und das werde ich morgen in dieser Form deponieren.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Nach der Wortmeldung kann ich den Vorsitz wieder zurückgeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Tagesordnungspunkt? Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen, es wurde zum Nachtragsvoranschlag selbst nicht allzuviel gesprochen. Auch ich muß das verurteilen, in welcher Art Kollege Spöck hier einen Angriff startet. Das, was Kollege Treml sagt, ist richtig. Es gibt ein Alarmsystem rund um die Uhr, die Leute müssen auf Abruf warten. Wenn irgendwo etwas ist, müssen sie sofort zur Stelle sein. Es ist unfair, da sich die entsprechende Person gar nicht verteidigen kann, weil sie nicht da ist und ist für uns als Gemeinderat unwürdig.

Zur vom Bürgermeister Schwarz angeschnittenen Kläranlage, muß ich sagen, ich bin der Obmann des Reinhaltverbandes Steyr und Umgebung und ich bin auch dafür verantwortlich. Dem Reinhaltverband Steyr und Umgebung gehören neben Steyr noch 6 Umlandgemeinden an und ich kann nur das unterstreichen, was unser Bürgermeister erwähnt hat. Wir haben strikte Auflagen von einem Sachverständigen des Landes Oberösterreich und wir haben diese Auflagen einzuhalten. Auf der anderen Seite gibt es ein Schreiben vom Land, das wir anschließen müssen. Wir werden morgen vormittag eine Aussprache mit den zuständigen Stellen des Landes führen und hoffen, daß wir doch zu einer einvernehmlichen Lösung kommen werden.

Kollege Spöck hat gesagt, unsere Wirtschaft läuft auf Hochtouren. Das ist richtig, das bestätigt auch meine Aussagen, die ich getätigt habe. Daß wir nicht übermütig werden sollen, für diese Aussage danke ich Dir, denn es liegen sicher, wie Du richtig sagst, in den nächsten Jahren viele Aufgaben vor uns, die sehr kostenaufwendig sind. Z. B. jetzt der Ankauf des Grundstückes hinter dem Gußwerk II ist eine sehr kostenaufwendige Sache. Es ist ja nicht nur das Grundstück, das angekauft werden muß, es muß ja auch die Aufschließung gemacht werden. Auch das kostet beträchtliche Mittel. Ich glaube aber, das ist notwendig, denn es ist das einer der wenigen

Standorte, die wir noch haben, um Industriearbeitsplätze nach Steyr zu bekommen. Im übrigen hast Du, Kollege Spöck, eigentlich schon einen Vorgriff gemacht auf die kommende Budgetsitzung. Ganz verstehe ich das nicht, Du sprichst von der starken Verschuldung und verlangst auf der anderen Seite verschiedene Ausgaben, die dringend notwendig sind - wir werden heute noch darauf zurückkommen - wie z. B. den Ankauf der Reithoffer-Gründe. Ich habe mich schon vor vielen Jahren persönlich darum bemüht und auch der Bürgermeister, aber wir werden heute noch darauf zu sprechen kommen.

Ob wir das Hallenbad zurückstellen werden können, befürchte ich, daß das nicht möglich sein wird, denn wenn Gefahr im Verzug ist, kann ich mir eine Sperre dieses Bades in Steyr absolut nicht vorstellen. Die Sanierung des Hallenbades wird beträchtliche Mittel verschlingen.

Zum Lauberleitenweg möchte ich auch einige Worte sagen. Hier wird immer wieder seitens des Bauamtes bestätigt, daß keinerlei Gefahr im Verzug ist.

Kollege Trembl, die finanzielle Situation der Gemeinde ist nach wie vor angespannt, die Finanzkraft ist schlecht. Wir haben nur sehr geringe Möglichkeiten, nach eigenem Ermessen Geld auszugeben, das stimmt alles. Ich darf aber auch nochmals feststellen, ich habe das schon einige Male in den letzten Jahren im Gemeinderat getan, daß wir, was die Verschuldung anbelangt, mit vergleichbaren anderen Städten, also Städten unserer Größenordnung, nicht so schlecht liegen.

Über den sozialen Wohnbau haben wir in den Finanz- und Rechtsausschußsitzungen bereits gesprochen, das lag nicht an uns, an der Gemeinde, daß wir diese Mittel nicht ausgeben konnten, sondern es lag beim Land. Jetzt haben wir grünes Licht und da wird sich in nächster Zeit einiges tun.

Verampelung der Kreuzung Ennsener Straße - Siemensstraße wurde auch angeschnitten. Mir ist das auch völlig unverständlich, seit mehr als 4 Jahren haben wir den Wunsch beim Land deponiert und immer wieder wird versprochen. Es ist uns dezidiert von allen Stellen des Landes zugesagt worden, daß diese Verampelung, die dringend notwendig ist, realisiert wird. Die Aus- und Einfahrt bei dieser Kreuzung ist wirklich schwierig, sehr gefährlich. Das ist uns immer wieder versprochen worden, daß das heuer noch durchgeführt wird.

Deine Forderung Landesumlage, Übernahme der Kosten für die Personalkosten für die Kindergärten und Horte, kann ich nur unterstreichen.

Wo der Sondermüll des Landeskrankenhauses, der früher verbrannt wurde und jetzt nicht mehr, hinkommt, das weiß ich nicht. Das ist ja keine Angelegenheit der Stadt, sondern des Landes Oberösterreich. Wo sie den hinführen, das ist mir nicht klar.

Unterstreichen darf ich auch den Appell wegen der Werkspensionen durch die Steyr-Werke. Nicht nur, weil ich selbst davon betroffen bin, weil es im Raum Steyr um 4.300 Menschen geht, die einen erheblichen Teil ihres Lebens in diesem Werk verbracht haben und die das Werk nach dem Krieg aus Schutt und Asche zumeist wieder aufgebaut haben. Ich würde auch appellieren, dieser Protestkundgebung, die von den Pensionistenverbänden durchgeführt wird, beizuwohnen.

Kollege Eichhübl, ich glaube, Du kennst Dich mit den Ziffern und Zahlen nicht recht aus beim Budget. Ich würde Dir einen Rat geben, diesbezüglich Gespräche mit Kollegen Schmidl zu führen, denn die Erhöhung von 33 Prozent bei der Finanzwirtschaft. Ja bei der Finanzwirtschaft sind die Abgabenertragsanteile, da sind die Steuern, die Zinsen und das alles mit beinhaltet. Das sind ja zum Teil Sachen, wo wir selbst als Gemeinde nicht zuständig sind.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das habe ich auch nicht behauptet, Herr Finanzreferent.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Da würde ich Dir raten, Dich aufklären zu lassen seitens des Kollegen Dr. Schmidl. Und daß Du dem Nachtragsvoranschlag keine Zustimmung gibst, das bedaure ich, aber wir nehmen das zur Kenntnis.

Das wäre im wesentlichen alles, was ich zu den Diskussionsbeiträgen sagen wollte. Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Nachtragsvoranschlag 1989 die Zustimmung, gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (FPÖ) und 1 Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

Ich danke für die Berichte, Kollegin Ehrenhuber bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Mein erster Beitrag betrifft die Ausspeisungsbeiträge in städtischen Kindertagesheimstätten und Horten. Mit GR-Beschluß vom Oktober 1982 wurden die Ausspeisungsbeiträge ab 1. 1. 1983 in den städtischen Kindertagesheimstätten mit S 24.- und in den Horten mit S 25,50 pro Portion festgesetzt. Der damalige Zuschuß betrug S 8,- bzw. S 9,50. Mittlerweile hat sich jedoch der Zuschußbedarf der Stadt von S 8,- auf S 11,- pro Portion bei den Kindertagesheimstätten und von S 9,50 bei den Horten auf S 14,50 erhöht. Es wird daher beantragt, diese Kostensätze neu festzusetzen. Der Antrag lautet:

8) SH-3073/89

Ausspeisungsbeiträge in städtischen
Kindertagesheimstätten und Horten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 18. 9. 1989 werden mit Wirkung ab 1. 1. 1990 die Ausspeisungsbeiträge in den städtischen Kindertagesheimstätten mit S 25,- und in den Horten mit S 27,50 pro Portion festgesetzt.

Ich ersuche Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (GAL), damit ist der Antrag angenommen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Mein zweiter Antrag betrifft das Zentralaltersheim, und zwar Umbauarbeiten und Sanierung in unserem Zentralaltersheim. Der Antrag lautet:

9) Bau5-5453/88

Zentralaltersheim Steyr; Vergabe von Schlosserarbeiten;
Aufstockung der Baumeisterarbeiten für die Heizungsanlage.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 29. 9. 1989 wird im Zusammenhang mit dem Ausbau des Zentralaltersheimes der Auftrag für diverse Schlosserarbeiten an die Fa. Weichselbaumer, Steyr, zum Preise von S 533.199,- vergeben. Gleichzeitig wird für Nebenleistungen ein Betrag von S 60.000,- freigegeben.

Darüberhinaus wird der mit Stadtsenatsbeschluß vom 20. 7. 1989 an die Fa. Prameshuber vergebene Auftrag in Höhe von S 148.000,- um S 50.000,- erhöht, so daß sich

somit eine neue Auftragssumme in Höhe von S 198.000,- ergibt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag in Höhe von

S 50.000,-- (fünfzigtausend)

bei der VA-St. 5/4200/010330.0 freigegeben und einer Kreditübertragung im Ausmaß von

S 593.000,-- (fünfhundertdreißigtausend)

von der VA-St. 5/8330/010140.4 auf die VA-St. 5/4200/010300.3 zugestimmt.

Die Deckung für die Kreditübertragung hat durch die VA-St. 5/8330/010140.4 zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (GAL).

Ich danke der Kollegin Ehrenhuber für ihre Berichte.

Ich unterbreche die Sitzung für eine Lüftungspause.

Pause von 16 - 16.15 Uhr

GEMEINDERAT HERMANN BACHNER VERLÄSST UM
16 UHR DIE SITZUNG.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir setzen die Beratungen fort und ich bitte Kollegen Pimsl um die Berichte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Die Aktion "Saubere Umwelt", die fast oder mehr als ein Jahrzehnt in Steyr zusammen mit Jugendorganisationen, Sportvereinen, Bundesheer, Freiwillige Feuerwehr durchgeführt wurde, hat in den letzten Jahren immer mehr das Image eines Papierklaubens bekommen, obwohl diese Aufgabe von großem Nutzen und großer Bedeutung ist. Man hat sich immer mehr in diese Rolle gedrängt gefühlt, daß man als Wiedergutmachung für unsere Mitbürger, die sich oft in unverantwortlicher Weise ihres Abfalls entledigen, sich als dienstbarer Geist zur Verfügung stellen muß. Es sind daher seit einiger Zeit Überlegungen angestellt worden, die eine andere, eine positivere Aktion für unsere Umwelt beinhalten. Es war in Abstimmung mit unserem Bürgermeister Heinrich Schwarz letztlich der Gedanke geboren worden, durch die Pflanzung von Bäumen, soweit wir dazu freie Flächen besitzen, unsere Umwelt wieder etwas zu verbessern, eine sogenannte grüne Lunge für Steyr zu schaffen, die sicherlich zwar nicht höchst notwendig, aber durchaus sinnvoll erscheint. Aus diesem Grund und zu diesem Zweck haben wir eine Baumpflanzungsaktion ins Leben gerufen, die letztendlich nach mehreren Jahren 40.000 junge Sträucher und Bäume erbringen soll, für jeden unserer Mitbürger in der Stadt ein Baum. Wir haben bereits begonnen mit dieser Baumpflanzungsaktion im Bereich des Tierheimes. Wenn Sie Gelegenheit haben oder sich schon darüber ein Bild gemacht haben, werden Sie bestätigen, daß wir hier eine sehr sinnvolle Aktion gestartet haben, die vor allem von den Schulen mit großer Begeisterung mitgetragen und durchgeführt wird. Ich bitte Sie daher, diese Aktion wird mehrere hunderttausend Schilling kosten in ihrer Gesamtheit, einen Teilbetrag dieser Kosten heute freizugeben, um die diesjährige Aktion finanzieren zu können. Der Antrag lautet:

10) Forst-7506/88

Baumpflanzaktion.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA I vom 6. 10. 1989 wird einer mehrjährigen Durchführung einer Musteraufforstung im Rahmen der Aktion "Saubere Umwelt" auf den Grundflächen 482/1, 478/1 und 483 je KG. Gleink zugestimmt.

Der Liefervertrag ergeht an die Fa. Halbartschlager, Steyr, zum Preise von S 487.632,36 inkl. USt. Die Lieferung wird jeweils in Teilmengen zum gegebenen Zeitpunkt abgerufen. Für das Jahr 1989 werden Mittel im Ausmaß von

S 94.000,-- (vierundneunzigtausend)

bei der VA-St. 1/5290/728100.9 freigegeben.

Das beauftragte Unternehmen übernimmt eine Anwuchsgarantie für die Dauer eines Jahres, das heißt die Verpflichtung, jene Bäume, die in diesem Zeitraum nicht anwachsen, kostenlos auszutauschen.

Bevor ich Herrn Bürgermeister bitte, darüber abstimmen zu lassen, gestatten Sie mir von meiner Sicht aus und bestimmt auch von Ihrer, eine erfreuliche Mitteilung machen zu dürfen. Bei mir war heute der Prokurist der Firma AVEG, Herr Leskoschek, und hat mir symbolisch einen Baum übergeben. Es ist einer von 1.000 Bäumen, die die AVEG Steyr und die Porsche-Bank der Stadt Steyr finanzieren werden. Ich glaube, daß es von dieser Stelle aus durchaus gerechtfertigt erscheint, von dieser großzügigen Spende zu sprechen. Es hat Herr Leskoschek auch erklärt, daß darüberhinaus ihn unsere Umweltaktion, nicht nur diese Baumpflanzungsaktion, sondern unsere Aktivitäten für eine gesunde und saubere Umwelt so beeindruckten, daß seine Firma und die Porsche-Bank auch weitere Aktionen zugunsten der Stadt Steyr leisten werden. Er hat auch angekündigt, daß er eine Schulklasse nach Salzburg einladen möchte, die sich an unseren Umweltaktionen immer wieder beteiligen. Nach welchem Verfahren oder welchem System wir das tun werden, muß noch vereinbart werden. Aber ich glaube, es ist eine große Anerkennung, daß nicht nur private, sondern daß auch die Wirtschaft keinen Gegensatz Umwelt - Umweltschutz und Wirtschaft sieht, sondern sich aktiv an einer besseren Umwelt und Erhaltung der Umwelt beteiligt. Ich bin sicher, daß Sie diese Information gerne aufnehmen und weitergeben werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl für den Bericht. Ich darf darauf hinweisen, daß gestern auch ich dort war und diese Aktion seitens des Herrn Leskoschek mir mitgeteilt wurde. Auch ich glaube, daß das eine gute Sache ist und möchte mich - ich werde das in geziemender Form noch tun - bei Herrn Leskoschek bedanken namens der Steyrerinnen und Steyrer.

Dieser Bericht steht zur Diskussion. Wünscht jemand das Wort dazu? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer diesem Antrag die Zustimmung gibt? Gegen den Antrag? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Mein zweiter Antrag ist sicher ein sehr bedeutsamer Antrag, meine Damen und Herren. Es geht um die Vergabe zur Erstellung eines Generalverkehrsplanes für die Stadt Steyr. Die Stadt Steyr hat in den nächsten Jahren große verkehrstechnische Projekte zu verwirklichen und hat auch schon bedeutsame Projekte verwirklicht, welche naturgemäß auch weitreichende verkehrspolitische Auswirkungen haben werden. Ich glaube, daß das Verkehrsgeschehen in Steyr schon seit Jahren nicht nur uns als Gemeinderat und Mitgliedern der einzelnen Fraktionen, sondern auch unseren Bürger zurecht bewegt, weil die Zunahme unserer Fahrzeuge im Stadtgebiet nach wie vor stark zunehmend ist und der Verkehr durch Pendler kaum eingebremst werden kann. Alle Angebote, ein öffentliches Verkehrsmittel zu verwenden, werden zwar in Äußerungen gerne aufgenommen, aber sie halten in der Praxis nicht immer ganz dem Schritt, was man sich verspricht. Vor allem weil auch das Angebot noch immer nicht optimal ist. Es ist zweifellos noch verbesserungsbedürftig.

Ich glaube, daß ich sicher in Ihrem Einvernehmen heute den Antrag stellen kann, daß wir ein Generalverkehrskonzept für die Stadt Steyr erstellen lassen, daß wegen der Dringlichkeit dieses Konzeptes, das ja Untersuchungen über einen Zeitraum von mindestens einem Jahr mit der Auswertung der Ergebnisse notwendig macht, dieser Auftrag in Absprache mit allen Fraktionen des Gemeinderates bereits im Anlaufen ist. Sie werden bereits bemerkt haben, daß erste Untersuchungen bereits im Gange sind, es sind Verkehrszählungen im Gang. Wenn Sie heute früh oder vormittag in die Stadt gegangen oder gefahren sind, dann werden Sie bemerkt haben, daß beispielsweise Fahrzeuge am Gehsteig stehen. Das waren keine Verkehrssünder, die man aus dem Verkehr gezogen hat, sondern das waren tatsächlich schon erste Erhebungen. Es sind nach einem bestimmten Prinzip auch Fragebögen an unsere Mitbürger der Stadt ausgesandt worden, die gebeten werden, bei diesen Untersuchungen mitzuwirken. Ich wollte das erläuternd mit einbringen, damit Sie sehen, daß diese Erhebungen, die aus bestimmten Gründen sehr rasch durchgeführt werden müssen, weil der zeitliche Ablauf und der Zeitpunkt der Erhebung derzeit als äußerst günstig von den Fachleuten betrachtet wird. Daß wir, um dieses Generalverkehrskonzept nicht zu verzögern, schon gewisse Vorarbeiten in Angriff genommen haben. Ich darf Sie daher, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, um folgenden Beschluß ersuchen.

11) VerkR-4056/89

Erstellung eines Generalverkehrsplanes für die Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 12. 10. 1989 wird der Auftrag zur Erstellung eines Generalverkehrsplanes für die Stadt Steyr an die Ingenieurgemeinschaft Dr. Stickler, Dipl. Ing. Spirk, Ing. Haslinger übertragen. Die Festlegung der Höhe des Auftragswertes sowie die Freigabe der hierfür erforderlichen Mittel bleibt einem gesonderten Beschluß des nach dem Statut für die Stadt Steyr hierfür zuständigen Organes vorbehalten.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gem. § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Die Gesamtkosten, um Ihnen diesen Betrag nicht vorzuenthalten, werden vom Büro Dr. Stickler auf 40 - 50 Schilling pro Einwohner geschätzt, so daß etwa 1,6 bis 2 Millionen Schilling dafür erforderlich sind. Es ist aber bereits zugesichert worden, daß sich an diesen Erhebungen, weil die Auswirkungen nicht nur für die Stadt, sondern auch für die Umlandgemeinden von großem Interesse sind, auch der Bund und das Land beteiligen. So wurde mir das geschildert und ich glaube, daß dieser Betrag eine höchst notwendige Investition für die Zukunft des innerstädtischen und angrenzenden Verkehrs darstellt.

Ich bitte Sie daher nochmals um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Zu Wort gemeldet ist Kollege Holub, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Werte Kolleginnen und Kollegen, in Zukunft werden wir da wohl die Vornamen dazu sagen müssen, weil wir ja jetzt 2 Holub sind. Wenn wir uns den alten taktischen Spruch zu Herzen nehmen wollen, dann wird auch der Weg in die Zukunft gut gehen, Oskar. Getrennt marschieren, vereint schlagen für die Interessen der Steyrerinnen und Steyrer. Dann werden wir wahrscheinlich kreativen Zeiten entgegen gehen. Ich wollte aber nicht meinen Cousin Oskar Holub ansprechen als Karl Holub, sondern ich wollte zum Generalverkehrsplan einige Worte sagen.

Vor einiger Zeit war, veranstaltet vom Verkehrsklub Österreich, im Dominikanerhaus eine Diskussionsveranstaltung, bei deren Podium teilzunehmen sowohl Kollege Stadt-

rat Pimsi als auch ich die Ehre und das Vergnügen hatten. Dabei habe ich eine Aussage über meine politischen Zielsetzungen getroffen, die ich hier erläutern möchte, weil ich die Ehre hatte, in der Öffentlichkeit geziemend dafür verrissen zu werden. Ich habe dort bei der Veranstaltung gesagt, daß es mein politisches Ziel ist, fünf Jahre nach Inkrafttreten des Generalverkehrskonzeptes für die Stadt Steyr zu ermöglichen, daß 50 Prozent des innerstädtisch verursachten Individualverkehrs zugunsten des öffentlichen Verkehrs vermieden werden. Wenn man jetzt weiß, daß der innerstädtisch verursachte Individualverkehr - ich nehme an, die Zählungen werden das noch ergeben, die Grundlagen, die wir zur Verfügung hatten, sind ja schon antiquiert - 70 Prozent des Gesamt-Individualverkehrs beträgt, so ist das realistische Ziel, 50 Prozent zu vermeiden, in absoluten Zahlen 35 Prozent. Werte Kolleginnen und Kollegen, wenn das Gesamtverkehrskonzept den Sinn in der Öffentlichkeit haben soll, den wir alle erhoffen, daß es möglich sein wird, weniger mit dem eigenen Pkw in der Stadt herumzufahren, sondern mehr die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen, dann ist dieses Ziel ein durchaus realistisches. Ich hoffe sehr, daß die Vorgabe an den nunmehr mit diesem Antrag beauftragten Dipl. Ing. Stickler auch beinhalten wird, daß er die Aspekte des öffentlichen Verkehrs ausreichend durchleuchtet. Ich bin fest überzeugt, daß das kein Appell ist, der jetzt alle überrascht, sondern wer in der Stadt mitdenkt, kann nicht anders, als diese Überlegung anzustellen. Ich habe nur die Gelegenheit verwenden wollen, auch die Aussage aus dem Dominikanerhaus noch einmal zu erklären. Ich glaube, wir sollten dieses Ziel tatsächlich ernst nehmen, nicht weil es mein politisches Ziel ist, sondern weil es ein politisches Ziel ist, und weil man Zeit- und Quantitätsbegriffe damit definieren kann. Die bloße Willenserklärung, mehr in den öffentlichen Verkehr und weniger in den Individualverkehr, hilft nicht viel, weil das Ziel so leicht nicht erreichbar ist. Je exakter ein Ziel definiert ist, aber das weiß jeder, der sich jemals mit Zieldefinitionen auseinandergesetzt hat, desto eher kann man auch Erfolgsmessungen zwischendurch anstellen.

Im übrigen wird es sehr interessant sein, wenn das Gesamtverkehrskonzept über das Land Oberösterreich, das ja seit 1987 in Auftrag ist und angeblich Ende 1989 fertig erstellt sein wird, im Laufe des Anfangs 1990 diskutiert und präsentiert wird, in welcher Form dieses Gesamtverkehrskonzept die Aspekte der Region Steyr mit beeindruckt, mit beinhaltet und mit beeinflusst. Die Idee eines Gesamtverkehrsverbundes über den ganzen oberösterreichischen Zentralraum, wie der Verkehrsclub Österreich jetzt eine Unterschriftensammlung startet, das ist wohl das Fernziel. Wir werden aber dieses ferne Ziel sicher zuerst in Schritten erreichen müssen und ich hoffe, daß auch das Ergebnis des Gesamtverkehrskonzeptes der Weg zu einem Verkehrsverbund sein wird. Ein Verkehrsverbund, der die Region zunächst einmal eint. Ich glaube, daß die Probleme nicht gar so schlimm sein werden mit dem angrenzenden Bundesland Niederösterreich, weil Einpendlerfahrten, soviel ich weiß, nur von den Bundesverkehrsmitteln durchgeführt werden, so daß also die Kostenaufteilung nicht gar so schlimm ist. Beispiele der Kostenmittragung der Wohnsitzgemeinden von Bürgern gibt es aus anderen Ländern, so daß also da bei zielstrebigem Bearbeiten sicherlich recht rasch ein Ergebnis erreicht werden müßte.

Das Generalverkehrskonzept, wenn es dann vorliegt, wird uns mit Sicherheit in vielen Dingen vor Überraschungen stellen. Es wird auch bedeuten, daß viele Bürgerinnen und Bürger von ihren angestammten und daher lieb gewonnenen Angewohnheiten Abstand nehmen müssen. Denn wenn wir jetzt erwarten, daß ein Verkehrskonzept automatisch eine Vervielfachung des bestehenden Parkraumes und des bestehenden Straßenraumes mit sich bringt und damit eine Ermöglichung von Vervielfältigungen des Individualverkehrs, dann wird das mit Sicherheit ein krasser Irrtum sein. Ich glaube, daß viele Menschen dann sehr überrascht sein werden, wenn das Verkehrskonzept, was wir doch alle hoffen, verkehrsberuhigte Zonen im inneren Stadtgebiet mit sich

bringen wird, und wenn das Verkehrskonzept dann auf der anderen Seite, wenn Verkehrsberuhigung eintritt, so bedeutet das ja auf der anderen Seite eben, daß weniger Leute dort fahren dürfen. Daß unsere Bürgerinnen und Bürger diese Einschränkungen, wenn die flankierenden Maßnahmen gesetzt sind, diese auch bereitwillig akzeptieren.

Das Verkehrskonzept bzw. die Vergabe an den hier vorgeschlagenen Diplomingineur und die Planungsgemeinschaft findet die Zustimmung der Österr. Volkspartei, selbst wenn ich nicht hintanhaltan möchte, daß wir recht froh gewesen wären, wenn eine universitäre Einrichtung mit dabei gewesen wäre. Der vorgeschlagene Ziviltechniker genießt guten Ruf, gilt als anerkannter Fachmann, daher werden wir jedenfalls diesem Antrag zustimmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Karl Holub für seinen Beitrag. Kollege Eichhübl ist der Nächste.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Obwohl oder gerade deswegen, weil es sich bei diesem Antrag um einen Dringlichkeitsantrag handelt - der Beweis dafür wurde angetreten, daß Eile nottut - möchte ich doch im Namen der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion ein paar Sätze dazu sagen. Nicht zuletzt deshalb, weil wir auch bereits seit geraumer Zeit auf das Fehlen eines derartigen generellen Verkehrskonzeptes hinweisen, um dringend anstehende Verkehrsprobleme in unserem Stadtgebiet zu lösen und deren Folgewirkungen zu erkennen. Darauf hat ja bereits Vizebürgermeister Holub hingewiesen. Es wird sicherlich einige Überraschungen für unsere Bürger mit sich bringen, darüber bin ich mir im klaren. Aber ich glaube, daß es doch ein Instrument sein wird, um die notwendigen Verkehrsmaßnahmen für unsere Stadt im Sinne der Bevölkerung aber auch der Wirtschaft zu lösen. Dazu gehört vor allen Dingen eine Verkehrsberuhigung im inneren Stadtbereich und im speziellen am Stadtplatz. Denn so wie wir jetzt den Stadtplatz vorfinden, ist das ja nach wie vor eine Notlösung, denn wir finden die gleichbleibende Situation vor, daß nach wie vor der Stadtplatz als Zufahrt für die Parkplätze am Ennskai benützt wird. So lange das nicht geändert wird, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werden wir sicherlich nicht zu der angestrebten Verkehrsberuhigung am Stadtplatz kommen, wie wir sie uns alle wünschen. Einer Lösung bedarf es aber auch im Bereich des Ennsner Knotens am Tabor und damit in Zusammenhang stehend sehen wir die Realisierung der Nordspange, um nur einige wichtige Punkte herauszugreifen. Auch erwarte ich mir im Hinblick auf einen Anschluß an den Verkehrsverbund eine entsprechende Verbesserung unserer derzeitigen verkehrsmäßigen Situation. Ich erwarte mir daher durch meine Zustimmung zu diesem generellen Verkehrskonzept namens der freiheitlichen Fraktion, daß wir wie gesagt ein Instrument in die Hand bekommen, um dringend anstehende Verkehrsprobleme zu lösen. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Eichhübl. Wünscht noch jemand zu sprechen? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die KPÖ ist für die Erstellung eines Generalverkehrskonzeptes für unsere Stadt, nur bin ich der Auffassung, daß auch wir von amts wegen und auch die verschiedenen Parteien sich in den letzten Jahren sehr eingehend mit den Verkehrsproblemen unserer Stadt beschäftigt haben. Es gibt eine Reihe von Vorschlägen vom Amt hier, die in der Tischlade liegen, die darauf warten, daß man sie unmittelbar kurzfristig

doch umsetzen könnte. Aber zumindest, daß diese Vorschläge und Konzepte der Parteien aber auch der Bürgerinitiativen aus den verschiedenen Stadtgebieten unbedingt hier einfließen müßten. Darüber werden wir sicherlich bis dieses Generalverkehrskonzept zur Verfügung steht uns abmühen müssen im Gemeinderat und doch Teillösungen treffen bis zu diesem Zeitpunkt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Meine Damen und Herren, das Wort Generalverkehrsplan umschließt nicht nur sämtliche Wohn- und Stadtbereiche, sondern auch alle Bereiche des Verkehrs, ob öffentlicher, Individualverkehr, motorisierter, nicht motorisierter, Fußgängerverkehr oder was immer Sie darunter verstehen wollen.

Selbstverständlich ist es für mich eine Genugtuung, wenn ich heute feststellen darf, daß eine Übereinstimmung über die Notwendigkeit dieses Generalverkehrskonzeptes besteht und daß ich auch hoffe und durchaus optimistisch bin, daß bei der Umsetzung dieses Generalverkehrsplanes auch diese Einstimmigkeit bestehen wird. Natürlich soll der Mitbürger, sollen Stadtteile bei der Umsetzung und vor der Umsetzung dieses Generalverkehrsplanes mit eingebunden werden. Das ist nicht nur die feste Absicht des Auftraggebers des Gemeinderates oder Magistrates Steyr, sondern das ist auch die Aussage des beauftragten Büros und dessen Leiters Dr. Stickler, der - wie schon erwähnt - als Fachmann auf diesem Gebiet gilt und mit einer Reihe von Referenzen aufwartet, die uns durchaus ein umfassendes Bild seiner fachlichen Tätigkeit und Qualitäten gegeben hat. Ich meine, daß hier zweifellos auch wir selbst, im privaten wie auch im politischen Bereich von der einen oder anderen Ansicht Abschied nehmen müssen, weil sich aufgrund der Erkenntnisse, die aus den Untersuchungen herauskommen, das eine oder andere als nicht mehr aktuell, als unrealistisch oder zeitgemäß darstellen möge. Es wird ein schmerzhafter Prozeß werden für uns alle mitsammen. Ich kann jetzt schon die Bitte an Sie alle richten, gehen wir dann, wenn wir dieses Elaborat haben - und das wird ein sehr umfassendes sein, um das zu wiederholen - gemeinsam mit Optimismus aber auch konstruktiv an das Werk, denn wir sollten nicht nur Geld ausgeben und dann unsere Hände in Unschuld waschen, sondern wir sollten auch aus diesen Erkenntnissen entsprechende Schlüsse und Beschlüsse umsetzen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Pimsl für seine Berichte und bitte als nächsten Berichterstatter Kollegen Sablik.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich darf Sie bitten, nachstehendem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

12) Bau4-5240/85

Neubau der Schloßstiege.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 17. 10. 1989 wird der Auftrag zum Neubau der Schloßstiege entsprechend dem zitierten Amtsbericht an die Arge Hamberger-Negrelli, Steyr, zum Preise von S 1,248.478,20 inkl. USt übertragen. Die für 1989 erforderlichen Mittel in Höhe von S 1,000.000,- werden unter einem freigegeben. Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 1,000.000,-- (eine Million)

bei der VA-Stelle 5/6160/002550.7 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gem. § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Kollege Hochrathen bitte.

GEMEINDERAT KARL HOCHRATHER:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Im Amtsblatt der Stadt Steyr vom September 1989 wurden laut dem vorliegenden Amtsbericht die Baumeister- und Stahlbauarbeiten für den Neubau der Schloßstiege öffentlich ausgeschrieben. Ich frage mich, warum erst so spät? Haben nicht schon die Erfahrungen vom vergangenen Winter gezeigt, daß es für die Besucher äußerst problematisch ist, über den steilen, asphaltierten Abgang zum Schlußmuseum zu gelangen? Insbesondere bei Schneefall, Matsch und Nässe war es mehr ein den Berg Hinunterschlittern als ein Hinuntergehen. Es wurden aber nicht aus den Erfahrungen des vergangenen Winters für diesen Bereich die Konsequenzen gezogen und nach einer praktikablen Lösung gesucht, nein, man hat scheinbar auch noch die Begehrtheit des Weges im Herbst testen wollen. Da war es nämlich ähnlich wie im Winter. Durch das Laub, das oft zentimeterdick am Weg lag, und durch die nasse Witterung war der Abstieg zum Museum eine einzige Rutschpartie. Diese Erfahrung habe ich auch selbst gemacht, als ich mit meiner jüngsten Tochter im Kinderwagen bei leichtem Regen den laubbedeckten Abgang zum Schloßmuseum hinunterrollte. Ich wollte dann auf halbem Weg umdrehen, es war aber nicht mehr möglich hinaufzukommen und so bin ich mit Kind und Kinderwagen über die Stufen zum Schloßleitenweg hinuntergegangen. Nach einem Umweg über den bei Nässe durch seinen rutschigen Holzbohlenboden auch nicht ungefährlichen Schloßleitenweg und den Schloßberg konnte ich dann wieder zur Promenade gelangen. Sie sehen also, daß bei den bisherigen Abstiegsmöglichkeiten selbst es für einen Mann eine ordentliche Kraftanstrengung war, um mit einem Kinderwagen zum Schloßmuseum und wieder zurück zu gelangen. Ich selbst habe dieses Vergnügen im vergangenen Advent mehrmals genossen. Es wundert mich daher, daß nicht die ausstellungsfreie Zeit und das trockene Wetter im Sommer für den Bau der wirklich notwendigen Stiege benützt wurde, sondern daß mit dem Bau bis zum nahenden Winter zugewartet wurde. Derzeit gibt es ja schon wieder die wunderschöne Ausstellung "Formen und Farben in der Weihnachtszeit" in diesem Schloßmuseum. Ich bin nämlich der Auffassung, daß die bevorstehenden Bauarbeiten schon eine Beeinträchtigung für die Besucher mit sich bringen. Vielleicht - das wäre sehr schade für die schöne Ausstellung - sind es aber gar nicht so viele, die durch die Bauarbeiten beeinträchtigt sind, denn das Schloßmuseum kann man ja aufgrund seiner Beschilderung kaum finden. Alleine durch die Bezeichnung Schloßmuseum nehmen nämlich viele Besucher an, dieses Museum müßte im Schloß Lamberg situiert sein. Sie stehen dann ratlos im Schloßhof und finden nirgends das besagte Museum. Aber Gott sei Dank gibt es in einem Teil dieses Schlosses noch die ständig besetzte Gendarmeriedienststelle, wo die vielen Auskunftsuchenden den Weg zum Schloßmuseum erfragen können. Werbung in eigener Sache muß gestattet sein. Beim Weg in den Schloßhof und auch aus dem Schloßhof hinaus ist dabei nicht nur fremden Stadtbesuchern negativ aufgefallen, daß im Schloßgraben beim nördlichen

Teil des Schloßmuseums eine größere Menge Getränkepackungen, sogenannte Tetra-Packs, und eine größere Menge von Schachteln und dergleichen auf einem Tisch gestapelt stehen und rund um diesen Tisch auf der Erde vertreut liegen. Diese grellgelben Packungen stören das Gesamtbild des Schlosses und insbesondere des Schloßgrabens gewaltig. Auch dann, wenn die manchmal am Tisch gestapelten Behälter mit einer Decke zugedeckt sind. Da ich mir schwer vorstellen kann, daß sich das im Schloßgraben weilende Damwild von Säften aus Tetrapacks ernährt, fordere ich daher die rasche Entfernung oder die Veranlassung der Entfernung dieser Tetrapacks. Genau so fordere ich eine bessere Beschilderung bzw. Kennzeichnung des Weges zum Schloßmuseum. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß aber in Steyr nicht nur das Schloßmuseum, was die Beschilderung anbelangt, stiefmütterlich behandelt wird, das Fremdenverkehrsbüro in Steyr ist noch viel schwerer auffindig zu machen, während man in Steyr zu den Pizzerien beinahe an jeder Kreuzung einen Wegweiser findet. Ich frage mich übrigens, ob diese alle genehmigt sind. Man muß schon beim Eingang zum Steyrer Rathaus stehen, um überhaupt die erste Tafel "Tourist-Information" zu sehen. Da ich aber auf keinen Fall eine Vermehrung von Verkehrszeichen und Ankündigungstafeln will, im Gegenteil, ich bin der Meinung, der Schilderwald in Steyr gehört dringend durchforstet und ich fordere daher alles Ernstes, die unzähligen und bereits das Stadtbild beeinträchtigenden Ankündigungstafeln für Pizzerien, Friseurgeschäfte und dergleichen, zu reduzieren und dafür die Wegweiser zu den wirklich bedeutsamen Einrichtungen der Stadt, wie Museen, Ausstellungen, Sehenswürdigkeiten und insbesondere zum Fremdenverkehrsbüro zu vermehren, damit sich die Besucher in Steyr zurechtfinden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Hochrathen für diese wirklich wertvollen Hinweise. Wir werden die Anregungen und Forderungen nicht nur verfolgen, sondern ich hoffe, daß da und dort Erledigungen möglich sind. Ich möchte aber zur Erklärung sagen, mir tut es auch sehr leid, daß diese Bauarbeiten an der Stiege verhältnismäßig spät eingesetzt haben. Wir haben uns im Sommer entschlossen, diese Stiege zu machen. Es waren aber Verhandlungen notwendig, da es ja nicht unser Grund ist, sondern das ist ein Bundesbesitz und es war die Konstruktion so, es hat längere Zeit gedauert. Es waren einige Vorschläge da, wir haben diskutiert darüber, wie das aussehen soll usw. Das hat sich länger hingezogen, als wir das geglaubt haben. Voraussichtlich in 14 Tagen bis 3 Wochen sind die Bauarbeiten beendet, also noch vor Weihnachten. Wir sind alle mitsammen nicht recht glücklich, daß die Arbeiten jetzt gemacht werden, aber man muß sie machen, weil der Winter vor der Tür steht. Das ist ja auch der Zugang zum Wehrgraben hinunter und eine Verschiebung in das Frühjahr wäre auch nicht sinnvoll gewesen.
Kollege Treml dazu bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich möchte nur ein paar Bemerkungen zum Neubau der Schloßstiege sagen. Diese Frage hat schon eine Rolle gespielt bei einer Debatte unter den Fraktionsobmännern und auch in einem Ausschuß, wo diese Anregung der Österr. Volkspartei schon aufgegriffen wurde. Das heißt, daß man dort versuchen soll, architektonisch müßte das möglich sein auch bei diesem Stiegenabgang, daß man dort für Kinderwagen einen Ab- und Aufgang vorsieht, eine dementsprechende Konstruktion. Leider muß ich sagen, haben die Architekten, die den Zuschlag bekommen haben, dies verneint. Das heißt, wir sollen heute nicht weggehen und sagen, wir werden schauen, was sich machen läßt, sondern wenn wir als Gemeinderat der Auffassung sind, mehrheitlich der Auffassung sind, daß der Stiegenabgang so angelegt wird, daß er kinderwagengerecht gemacht wird, dann sollte man auch hier diese Umplanung dementsprechend fördern.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Es ist ungemein schwierig, das zu machen, der Weg bleibt ja bestehen, der Weg, wenn ich mit einem Kinderwagen fahre. Ich würde die Gefahrenquelle auf der Stiege nur erhöhen, wenn ich beispielsweise bei den Stufen verschiedene Abschrägungen einsetze und man unter Umständen einen Fußgeher dadurch in irgend einer Form gefährdet. Mir ist schon klar, daß es mit einem Kinderwagen über diese Böschung hinunter oder über den jetzigen Weg nicht sehr günstig ist, aber diese Möglichkeit besteht ja, das möchte ich schon sagen.
Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister nur die Frage, ist es zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt noch möglich, eine entsprechende Änderung herbeizuführen, wie das Kollege Tremml gefordert hat?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich glaube nicht, daß das denkbar ist. Von der architektonischen Gestaltung der Stiege her wird es nicht möglich sein.
Ich bitte um das Schlußwort.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Das meiste hat der Herr Bürgermeister bereits vorweggenommen, ich möchte nur dazu bemerken, daß ich mich auch wundere, lieber Karl, daß heuer die Stiege überhaupt gemacht wird. Wie du bemerkt hast, ist es im Wege einer Kreditüberschreitung möglich gewesen, vom Finanzreferenten die Zustimmung zu erhalten, denn normalerweise ist Dir aus Deiner Fraktion bekannt, daß erst nächstes Jahr diese Stiege in Planung bzw. Durchführung gewesen wäre. Es ist ein vorgezogenes Bauwerk und bekanntlicherweise leiden die Baufirmen heuer nicht an Aufträgen, sie haben Hochkonjunktur. Das wirkt sich erstens auf die Preise aus und zweitens ist eine Winterbaustelle günstiger. Man bekommt mehr un dasselbe Geld. Die Rampe bleibt bestehen und entspricht in etwa dem Steigungswinkel und den kann man nicht außer Kraft setzen. Das geht nicht anders.
Die Stiege hat der Planungsausschuß der Stadt so genehmigt und über die Ausführung brauchen wir nicht zu debattieren. Ich bitte Sie, die Zustimmung zu erteilen, damit diese Mittel freigegeben werden können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist mit 1 Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der Planungsausschuß in Steyr wird auch in Zukunft mit dem Gestaltungsbeirat das äußere Bild der Bauwerke prägen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Der Antrag ist bereits erledigt und ich bitte, den nächsten Antrag vorzutragen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der nächste Antrag betrifft

13) En-6735/89

Ankauf eines Ersatzfahrgestelles für den
Leiterwagen der städtischen Elektriker.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 30. 10. 1989 wird der Auftrag zur Lieferung eines Ersatzfahrgestelles für den Leiterwagen der städtischen Elektriker bei gleichzeitigem Rückkauf des alten Kfz an die Fa. AVEG Steyr, zum Preise von S 331.663,60 inkl. MWSt. übertragen. Gleichzeitig wird der Fa. AVEG Steyr der Auftrag zur Leiterummontage zum Preise von S 93.000,- inkl. MWSt. übertragen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 425.000,-- (vierhundertfünfundzwanzigtausend)

bei der VA-Stelle 1/8160/040000.4 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch allgemeine Deckungsmittel zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wie schaut eigentlich ein Leiterwagen aus, mit dem ein Elektriker fährt?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Sablik für seine Berichte. Kollege Schloßgangl ist der Nächste.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Mein Antrag lautet:

14) Bau6-6481/87

Kanalisation Schlüsselhofsiedlung; zusätzliche Vergabe des NK. Gürtlerstraße im Zuge der Errichtung der Kanalisation Schlüsselhofgasse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 31. 8. 1989 wird der Auftrag zur Errichtung des Nebenkanals Gürtlerstraße an die Fa. Lumetsberger KG, Perg, zum Preise von S 2.660.068,50 exkl. MWSt., vorbehaltlich der Zustimmung des Wasserwirtschaftsfonds, übertragen. Die Freigabe der hierfür erforderlichen Mittel bleibt nach Zustimmung des Wasserwirtschaftsfonds einem gesonderten Beschluß des nach dem Statut für die Stadt Steyr zuständigen Organes vorbehalten.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand dagegen? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke für den Bericht und bitte nun Kollegen Steinmaßl zum Rednerpult.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Vor meiner Antragstellung der vorliegenden Jahresbilanz der Stadtwerke Steyr erlauben Sie mir, dazu einige Erklärungen abzugeben.

Bevor ich näher darauf eingehe, möchte ich aufgrund der Tatsache, daß die ÖVP-Fraktion im Wege der örtlichen Presse der Steyrer Bevölkerung den Eindruck vermittelte, daß die Stadtwerke konkursreif wären, sehe ich mich als Referent der Stadtwerke veranlaßt, folgende Feststellungen zu treffen.

Es dürfte der Aufmerksamkeit der ÖVP-Fraktion entgangen sein, daß die Stadtwerke Steyr gem. § 58 Abs. 2 des Statutes für die Stadt Steyr ein Sondervermögen der Stadt ohne eigene Rechtspersönlichkeit bilden, und infolgedessen die Stadtwerke Steyr gar nicht in den Konkurs gehen könnten. Es sei denn, daß die Stadtgemeinde Steyr konkursreif wäre. Ich möchte auch darauf verweisen, daß es gemäß § 3 des Organisationsstatutes für die Stadtwerke Steyr der Beratung und Beschlußfassung durch den Gemeinderat vorbehalten ist, über die Verwendung von Jahresüberschüssen, die Dotation von Rücklagen und insbesondere über Maßnahmen zur Bedeckung der Verluste zu entscheiden.

Nun möchte ich mich im besonderen der Finanzlage der Stadtwerke Steyr zuwenden und auf die von der ÖVP-Fraktion publizistisch verwertete Ertragslage des Gesamtunternehmens und im besonderen des Verkehrsbetriebes beschäftigen. Der Anstieg des Verlustes gegenüber 1987 ist meiner Meinung nach auch auf den Rückgang der Fahrgastzahlen zurückzuführen. Dieser Rückgang der Beförderungsleistung - hier werden nur jene Fahrgäste gezählt, die das öffentliche Verkehrsmittel gegen Entgelt benutzen - dürfte einerseits mit den bei den Steyr-Werken gegebenen rückläufigen Dienstnehmerzahlen und andererseits in der sehr schneearmen Winterperiode gelegen sein. Die bisher gewonnen Erfahrungen zeigen, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung nur dann vom öffentlichen Verkehrsmittel Gebrauch macht, wenn die Überwindung der Wegstrecke mit den individuellen Verkehrsmittel nur schwer oder fast unmöglich ist. Nicht unwesentliche Fahrgasteinbußen waren auch im Bereich der Schülerfreifahrten gegeben, da die Finanzlandesdirektion eine verschärfte Prüfung der beantragten Freifahrtsscheine durchgeführt hat. Hier darf ich ein paar grundsätzliche Feststellungen für den öffentlichen Verkehr, im besonderen für die Stadt Steyr, machen. Die Stadtwerke waren bis 1985 durch die relativ gute Eigenmittelausstattung in der Lage, die aus diesem Teilbetrieb erwirtschafteten Verluste ohne wesentliche Substanzminderung zu verkraften. Dies vor allem auch deshalb, weil bis zu diesem Zeitpunkt das Angebot des öffentlichen Verkehrsmittels von einem Großteil der Steyrer Bevölkerung als ausreichend erachtet wurde. Die Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge wies erst in den letzten Jahren erhöhte Steigerungsraten auf. Auf die Problematik, die sich aus dem ruhenden Verkehr in den letzten Jahren im Bereich der Innenstadt ergeben hat, möchte ich nur nebenbei verweisen.

Die verhältnismäßig leicht abzudeckenden Verluste bis 1985 haben die Stadtwerke nicht geradezu herausgefordert, der in letzter Zeit immer mehr geforderten Attraktivität des öffentlichen Verkehrsmittels Rechnung zu tragen. Letztlich war bei jeder Erhebung des Bedienungsangebotes eine wesentliche Beachtung der wirtschaftlichen Vertretbarkeit auf den eng umgrenzten Bereich des städt. Verkehrsbetriebes gegeben.

Die von mir geschilderten Tatsachen haben aber auch bewirkt, daß die Stadt als Eigentümer dieses Teilbetriebes und Interessent an einem möglichst attraktiven öffentlichen Verkehr leider Gottes nur unwesentliche finanzielle Hilfe gewährt. Die laufenden Diskussionen über den öffentlichen Verkehr im Bereich der Stadt Steyr zeigen aber, daß es notwendig sein wird, in Hinkunft dessen Bedeutung mehr herauszustellen, womit auch die Anhebung der Attraktivität verstanden werden muß. Die daraus resultierende Konsequenz wird die Tatsache sein müssen, daß die Stadt in Hinkunft auch im budgetären Bereich diese Überlegungen berücksichtigt, damit der

Geschäftsleitung des Verkehrsbetriebes der finanzielle Druck über die Finanzierung aller attraktivitätsverbessernden Maßnahmen genommen wird. Hier möchte ich anführen, daß die im wesentlichen vergleichbare Stadt Wels seit Jahren öffentliche Zuschüsse an ein privates Unternehmen leistet, obwohl bei diesem Unternehmen in Wels ein höheres Tarifniveau und nicht unwesentlich niedrigere Bedienungsleistungen gegeben sind. In Wels werden z.B. in den Nachtstunden und auch an Sonn- und Feiertagen nur wenige Linien mit geringeren Takten betrieben. Mir ist bewußt, daß bei der gegebenen Finanzsituation und bei den vielen unbedingt notwendigen Investitionsvorhaben der Stadt jede zusätzliche Kostenbelastung budgetäre Probleme aufwirft, daß aber die Lebensqualität einer Stadt im wesentlichen von der Lärm- und Abgasbelastung abhängt. Da uns allen diese Problematik ein Anliegen ist, werde ich mich dafür einsetzen, daß auch nunmehr in der Stadt Steyr, und hier vor allem im Stadtkern, eine Verbesserung der Lebensqualität durch Zurückdrängen des Individualverkehrs erreicht wird.

Erste Maßnahmen hiefür wurden durch die Beauftragung - das haben wir bereits von Kollegen Pimsl gehört - eines Verkehrsplaners mit der Erstellung eines Generalverkehrsplanes, der auch die Umlandgemeinden mit einbezieht, gesetzt. Ich darf daher über den Bereich öffentlicher Verkehr feststellen, daß mir bewußt ist, daß die bisherigen Kriterien zur Führung des öffentlichen Verkehrs, die allzu stark von einem sehr eng gesteckten Wirtschaftlichkeitsdenken beeinflusst waren, und fallweise auch ihre Berechtigung hatten, aufgrund der geänderten Wertung von Lebensqualität in die Richtung einer attraktiven, kundenorientierten Linienführung mit hohem Bedienungskomfort gelenkt werden müssen. Hier müssen auch die Nebeneinrichtungen, die Haltestellenunterstände einschließlich deren Situierung, genannt werden. Die Stadtwerke wurden beauftragt, dem Werbering unmißverständlich mitzuteilen, daß die bisherige Form von Halteunterständen weder zweckmäßig noch stadtbildfördernd ist.

Aber auch die Frage des Verkehrsverbundes wird in naher Zukunft zu lösen sein. Da aber ein wesentlicher Anteil des Individualverkehrs - hier verweise ich auf Untersuchungen des Landes Oberösterreich - aus den Umlandgemeinden stammt, und davon auch das Bundesland Niederösterreich betroffen ist, müßte die Initiative meiner Meinung nach wegen der leider zugreifenden Zuständigkeit vom Land Oberösterreich ausgehen. Die Stadt jedenfalls wird bereit sein müssen, gewisse Kostenanteile zu übernehmen, wenn damit eine Verringerung des Individualverkehrs bewirkt wird. Hier wird vor allem der bei anderen Verkehrsverbunden äußerst sensible Bereich der Durchtarifizierung, deren Grundlage die zu einem bestimmten Zeitpunkt geltenden Tarife darstellen, von großer Bedeutung sein. Letztlich - das wurde uns von anderen Städten mit Erfolg vorpraktiziert - werden diese beträchtlichen Mehraufwendungen der Stadt durch begleitende Maßnahmen abzudecken sein, wobei ich auch an gebührenpflichtige Parkplätze denke. Wir müssen mit der Tatsache leben, daß der Benutzer des Individualverkehrs nicht ausschließlich durch ein attraktives öffentliches Verkehrsmittel zum Umsteigen zu bewegen ist, sondern auch die Kosten Seite zu spüren bekommen muß. Hier möchte ich auf das gerade in letzter Zeit in der Bundesrepublik diskutierte Beispiel von Stockholm verweisen, wo jeder Benutzer eines individuellen Verkehrsmittels zum Parken im innerstädtischen Bereich im Besitz einer Monats- oder einer Jahreskarte für die Benützung des öffentlichen Verkehrsmittels sein muß. Es zeigt sich also, daß ohne begleitende Maßnahmen auch die teuersten und besten Absichten zur Führung eines Verkehrsbetriebes nicht zum gewünschten Erfolg führen.

Ich will dem Ergebnis der Verkehrsplaner nicht vorgreifen, möchte aber doch bemerken, daß ein wesentliches Merkmal der Attraktivität des öffentlichen Verkehrsmittels auch die Beförderungsgeschwindigkeit ist. Ebenso wesentlich hängt sie aber von der Benützbarkeit einzelner Straßenzüge ab. So wird es unumgänglich sein, zu prüfen, in welchen Straßenzügen eigene Busspuren zu errichten sind, inwieweit

Verkehrslichtsignalanlagen auf die Bedürfnisse des öffentlichen Verkehrs ausgerichtet werden können und bestimmte Straßenzüge zu Einbahnen für die Führung der Buslinien erklärt werden können.

Auch ich als Pkw-Benützer habe schon seit längerem über diese Dinge nachgedacht und habe festgestellt, daß die Vielschichtigkeit des Problems nur über eine Vielzahl von Maßnahmen zum gewünschten Erfolg führt.

Ich möchte aber auch an alle Fraktionsmitglieder des Gemeinderates die Bitte richten, bei allen hinsichtlich des öffentlichen Verkehrs zu treffenden Entscheidungen an die Tatsache zu denken, daß es seit Jahren keine Verkehrsbetriebe mehr in Österreich gibt, die ohne erhebliche Unterstützung der Städte dem Bedürfnis der Bevölkerung - ich meine damit einen attraktiven öffentlichen Verkehr - entsprechen können. Ich habe mich deshalb mit dem Problem der städtischen Verkehrsbetriebe so eingehend befaßt, weil die bisher von der Stadt leider zu geringe finanzielle Unterstützung letztlich den Stadtwerken eine attraktivere Lineinführung und Linienbedienung nicht ermöglichen. Es ist sicherlich richtig, daß die Liquiditätssituation der Stadtwerke Steyr seit Jahren als besonders angespannt zu bezeichnen ist. Als Hauptgrund hierfür ist aber sicherlich der Teilbetrieb Verkehr zu betrachten. So schuldet der städtische Verkehrsbetrieb Steyr mit Ende des Bilanzjahres 1988 laut Bilanz dem Gesamtbetrieb - hören und staunen Sie - S 44,731.544,-. Wenn man nunmehr von der Tatsache ausgeht, daß die Teilbetriebe Wasser- und Gaswerk in den letzten Jahren keine Verluste erwirtschafteten, den Teilbetrieben Stadtbad und Kunsteisbahn die jährlich erwirtschafteten Verluste im Wege der Verlustersatzleistungen der Stadtgemeinde Steyr ersetzt wurden und die Verluste der Teilbetriebe Bestattung sowie Krematorium und Leichenhalle die Liquiditätssituation des Gesamtbetriebes nur minder beeinflussten, muß der Verkehrsbetrieb Steyr mit einem Verlust 1988 von S 9,104.557,40 als finanzieller Klumpfuß der Stadtwerke betrachtet werden. Der Hauptgrund für die seit dem Jahre 1981 von 9,672.736 auf 44,731.544 gestiegene Verbindlichkeit gegenüber dem Gesamtbetrieb ist insbesondere im laufenden Fuhrparkerneuerungsprogramm sowie in den gestiegenen Personalkosten durch die Einstellung zusätzlicher Lenker seit der Einführung der viertelstündlichen Fahrintervalle auf den Hauptlinien gelegen.

Die angespannte Liquiditätssituation ist nicht im Wege des Verkehrsbetriebes entstanden, sondern auch aufgrund der Tatsache, daß in den letzten drei Jahren ein überaus reges Investitionsprogramm abgewickelt wurde. Dies nicht zuletzt, weil die Stadtwerke Steyr aufgrund der Kanalbaumaßnahmen des Reinhaltungsverbandes zu Leitungsverlegungs-Investitionen angehalten waren. Es war sicher für die Steyrer Wirtschaft nicht unwesentlich, daß die Stadtwerke Steyr in den letzten 3 Jahren jeweils fast 30 Millionen investiert haben, was praktisch einer Verdoppelung des Investitionsumfanges des Jahres 1986 entspricht. Wesentlich ist, daß die Unternehmen der Stadt auch eine soziale Funktion ausüben, da die Stadtverwaltung allen ihren Bürgern zu Entgelten zur Verfügung zu stellen hat, die letztlich auch auf die finanziell Schwächeren Bedacht nimmt. Da diese Komponente ein besonderes Anliegen unserer Partei ist, wird es letztlich unausbleiblich sein, die daraus resultierenden Verluste aus dem Etat der Stadt zu decken. Welche liquiditätsverbessernden Maßnahmen immer ins Auge gefaßt werden, Tarif- und Gebührenerhöhungen, Investitionseinschränkungen, Leasingvarianten etc., eine entscheidende Verbesserung der Finanzkraft der Stadtwerke kann nur in einer Gesundung des Hauptverursachers, sprich Teilbetrieb Verkehr, liegen. Und zwar in Form einer Entschuldungsaktion bzw. im Wege eines seitens der Stadtgemeinde Steyr für den städtischen Verkehrsbetrieb jährlich zu leistenden Verlustersatzes. Die Umsatzrückgänge beim Gaswerk waren im wesentlichen auf die zum 1. 1. 1988 gewährte Senkung des Abgabepreises, dem nur eine unwesentliche Ausdehnung des Erdgasabsatzes gegenüberstand, geprägt. Hier darf vor allem angeführt werden, daß die durch die Stadt initiierte Errichtung von Entsorgungsanlagen - sprich Kanal - hohe Investitionen bewirkte.

Durch die Mitverlegung der Gasversorgungsleitungen und die daraus resultierenden Neuanschlüsse, vorerst von untergeordneter Bedeutung, vor allem deshalb, weil in bisher nicht aufgeschlossenen Gebieten die Bewohner der Gasversorgung reserviert gegenüber stehen und erst nach Sammlung entsprechender Erfahrungen im Nachbarschaftsbereich zu einem Umstieg auf diese Energieversorgung bereit sind. Letztlich war für den Umsatzrückgang auch die milde Witterung maßgebend.

Zum Schluß möchte ich noch ein paar Bemerkungen zu den beiden Bädern machen.

Das Freibad wurde zwar 1983 mit einem sehr hohen finanziellen Aufwand saniert, hat aber im wesentlichen keine Änderung der individuellen Gestaltungsmöglichkeit des Badevergnügens für den Badegast gebracht. Auch hier wird es zusehends notwendig sein, von dem bescheidenen Angebot, wie Wasser, Wiese und Sonne abzugehen und durch zusätzliche Einrichtungen zu ergänzen. Ich möchte aber feststellen, daß mir vorher das von Mitgliedern des Stadtsenates besichtigte Hallenbad wesentlich mehr Sorgen bereitet. Sie alle wissen, soferne Sie Badbesucher sind, daß das 1973 errichtete Hallenbad für die Bevölkerung der damaligen Zeit eine besondere Leistung der Stadt dargestellt hat. Die Freizeitwünsche der Bevölkerung haben sich aber vor allem in den letzten 10 Jahren stark geändert, so daß auch hier das Anbieten eines mit vorgewärmtem Wasser gefüllten Beckens zu wenig ist. Über Auftrag des Herrn Bürgermeister wurden daher verschiedene Untersuchungen angestellt, die das derzeit technisch defekte Hallenbad - beide Becken sind undicht, die Wärmedämmung der Umhüllungswände entspricht nicht mehr dem derzeitigen Stand der Technik - in ein modernes Erlebnisbad, in dem auch der Trennung Schüler, Sportler und Freizeitkonsumenten Rechnung getragen wird, umgestalten sollen. Diese Untersuchungen werden meines Wissens nach demnächst abgeschlossen sein, so daß Ihnen ein entsprechender Vorschlag in Kürze unterbreitet werden kann.

Abschließend möchte ich feststellen, daß das Wirtschaftsjahr 1988 für die Stadtwerke als Gesamtbetrieb ein sehr schwieriges war und sich auch 1989 ein wesentlich besseres Ergebnis abzeichnet. Es wird daher vieler Anstrengungen bedürfen, die Leistungen der Stadtwerke Steyr so auszurichten, daß in einigen Jahren ein Betrieb mit einem hohen Qualitätsangebot, der trotzdem die Kriterien der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit beachtet, entsteht.

Und nun zum Antrag des Stadtsenates.

15) ÖAG-6235/89

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr; Jahresbilanz 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die beiliegende Jahresbilanz 1988 der Stadtwerke wird genehmigt. (BEILAGE)

Gleichzeitig wird gemäß § 58 Abs. 4 bzw. § 59 Abs. 2 Zl. 1 des Stadtstatutes 1980 der Dotation der Rücklagen (freie Rücklagen) bei den Teilbetrieben Wasserwerk in der Höhe von S 3.700.000,- und Gaswerk in Höhe von S 4 Millionen, zusammen also 7,7 Millionen Schilling, zugestimmt.

Ich ersuche um Zustimmung bzw. um die Eröffnung der Debatte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Bericht. Zu Wort gemeldet ist Kollege Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Vermutlich kommt es nicht ganz unüberraschend, daß ich hier im Namen der ÖVP-Fraktion die Erklärung abgebe. Der Grundinhalt der Erklärung ist mittlerweile auch schon allen bekannt, so daß ich vorweg sagen kann, wir werden diesmal der Bilanz der Stadtwerke nicht zustimmen. Bevor ich die Begründung im einzelnen liefere, darf ich noch einige Worte zum Beitrag des städtischen Referenten sagen. Es ist der Aufmerksamkeit der ÖVP-Fraktion nicht entgangen, daß es sich um ein Sondervermögen

der Stadt handelt, aber es ist offenbar der Aufmerksamkeit des Referenten entgangen, daß das auch in der Presse so wiedergegeben war.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

In der Zeitung ist gestanden, die Stadtwerke sind konkursreif.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich habe die Zeitung auch gelesen. Wenn du aber als aufmerksamer Zeitungsleser, für den ich Dich halte, den Artikel zur Gänze konsumierst, dann wirst du am Ende entdecken, daß drinnen steht, der Betrieb wäre konkursreif, wenn er ein privates Unternehmen wäre. Diese Aussage habe ich auch dort gemacht, ich stehe auch dazu. Du wirst mir als Kaufmann das durchaus bestätigen müssen, daß der Betrieb konkursreif wäre, kann es aber nicht sein, weil es sich um ein Sondervermögen der Stadt handelt. Über die weiteren Ausführungen des städtischen Referenten kann man dann im Laufe der Zeit bei der Betrachtung noch im einzelnen Ergänzungen dazu anfügen. Ich möchte aber vorweg sagen, daß das Nein zur Bilanz durchaus kein Streit suchen ist, sondern vielmehr der Versuch, der - wie mir scheint auch durch den Bericht des städtischen Referenten - vielmehr der gelungene Versuch ist, die Aufmerksamkeit auf die Notsituation der Stadtwerke hinzuwenden. Es ist viel mehr als Streit suchen, es ist vielmehr die Konsequenz aus mehreren Fakten. Es ist zum einen die Struktur in der Bilanz an sich, die wir seit 16 Jahren jetzt das 17. Mal kritisieren. Das Rücklagen versteckerln, das in der Bilanz immer wieder vorkommt, wo wir schon gemeint hätten, es gäbe bilanztauglichere Instrumente als die Bildung der freien Rücklage, die dann Minimalgewinne in der Bilanz aufscheinen läßt und in Wirklichkeit halt doch vorhanden sind. Wenn wir uns - ich weiß, das ist jetzt eine Milchmädchenrechnung, die ich anstelle - vor Augen führen, daß der Verlust 1988 15,2 Millionen Schilling ist und man gegenüberstellt die Rücklagenbildung, 3,7 aus dem Wasserwerk, 4,0 aus dem Gaswerk, so sind das 7,7 Millionen. Dazu addiert - das ist das an sich Unzulässige, aber denkbar ist es doch - den Rest von der Gasversorgungsförderungsrücklage, das waren 7,5 Millionen Schilling, so kommt man als staunender Leser der Bilanz auf den erklecklichen Betrag von 15,2 Millionen, das ist bitte verlustident. Es kann durchaus nicht Absicht einer Bilanz sein, Verluste einerseits aufzuweisen und auf der anderen Seite Rücklagen und bestehende Vermögen in sich zu haben. Es sei denn, es wären stille Reserven, das sind aber sehr stille Reserven. Die Rücklagen beeinflussen das Gesamtergebnis des Betriebes negativ, das stellt auch richtigerweise das Kontrollamt in seinem Bericht fest. Dazu ist noch anzumerken, daß es auch nicht ganz bilanztypisch ist, wenn z. B. - da kommen wir auch auf etwas, was dem Referenten viel Sorge macht, nämlich das Hallenbad - die Gebäude und Grundstücke, so wie ein weiterer großer Teil der Mobilien im Bäderbetrieb nicht im Vermögensverzeichnis der städtischen Betriebe aufscheinen, sondern im Vermögensverzeichnis der Magistratsabteilung VI, also der Liegenschaftsverwaltung.

Die Bilanz würde sich nämlich durch das Vorhandensein der Immobilien in der Bilanz der Stadtwerke ganz beachtlich verändern. So weit abgeschrieben sind die Grundstücke dort noch nicht. So viel ich weiß, fällt es überhaupt sehr schwer, Grundstücke abzuschreiben. Ich nehme an, auch den Stadtwerken. Die Bilanz hätte also ganz anders ausgesehen, weil die Vermögensseite der Bilanz erheblich unterdotiert ist durch die Tatsache, daß die Immobilien und Teile der Mobilien des Hallenbades bei der Liegenschaftsverwaltung im Vermögensverzeichnis geführt werden. Bedenkt man noch, abgesehen von den freien Rücklagen und deren Auflösung gegen das Kapital, die Direkteinbringung der Grundleistung mit 1,17 Millionen Schilling und den Verlustersatz, auch wieder Kapitaleinlage, aus den städtischen Bädern von 6,7 Millionen Schilling, so ergibt das ein ganz anderes, recht rundes Bild des Geschäftserfolges.

Die Ablehnung der ÖVP-Fraktion betreffend die Bilanz der Stadtwerke ist kein Streitsuchen, aber es ist ein Aufschrei gegen die Gedankenlosigkeit in weiten Bereichen. Diese Mentalität, die vorhanden sein könnte, macht ja nichts, die Stadt zahlt es ohnehin. Z. B. die Unterlassung der Körperschaftssteuerkonsolidierung in der Bilanz. Man bemerke bitte, selbst nach Abzug der Körperschaftssteuerückstellung von 1,6 Millionen bleibt immer noch eine Körperschaftssteuer von 3,2 Millionen rein aus dem Gaswerk zur Entrichtung über. Durch Konsolidierung mit verlustbringenden Teilbetrieben - das ist machbar, wenn man verhandelt - wäre diese Steuerleistung vermeidbar gewesen, und zwar seit Jahren. Gegen diese Gedankenlosigkeit ist dieses Nein ein Aufschrei. Es ist ein Aufschrei gegen die Gedankenlosigkeit, die vorherrscht und sich dokumentiert im Mangel von Marketingstrategien. Ich erinnere an die Diskussion, die hier herinnen in der Gemeindestube geführt wurde um die Gasleitung nach Münchenholz, wo man im nachhinein festgestellt hat, daß die Wohnbevölkerung gar nicht gefragt wurde, ob sie anschußwillig wäre. Die Befragung der Bevölkerung ist erst im nachhinein gekommen. Ich erinnere daran, daß im weiten Sinne Marketingmaßnahmen unterblieben sind.

Natürlich möchte ich noch eines ganz deutlich feststellen. Städtische Betriebe können in vielen Bereichen durchaus nicht kostendeckend sein und in vielen Bereichen dürfen sie es auch nicht sein. Z. B. das Stadtbad, z. B. die Kunsteisbahn und natürlich auch die Verkehrsbetriebe, weil es da unzumutbar wäre, auf dem Wirtschaftskörper die öffentlichen Notwendigkeiten auszutragen. Auch der Referent, Stadtrat Steinmaßl, hat das ausgeführt. Allerdings muß aus meiner Sicht zumindest angeführt werden, daß die bloße Verlustabdeckung alleine nicht das ausreichende Instrument ist. Ich glaube, daß wir eher an Kapitalzuführungen denken müßten und an exaktes Controlling in den Betrieben, die ja nach dem Statut geführt werden müssen wie bei einem Wirtschaftsunternehmen. Ich glaube, daß es vermieden werden soll, daß durch Direktinvestitionen, die getätigt werden könnten seitens der Stadt, Verluste in der Bilanz durch eine in den Stadtwerken gebildete AFA entstehen könnten.

Ich möchte nicht ins allzu große Detail gehen, weil es hier unter Umständen auch noch die Augen der Finanz noch gäbe. Die möchte ich nicht wecken, aber ich glaube, wir erinnern uns alle - das sei erwähnt an den Versuch bei der Eismaschine. Dabei lasse ich es schon. Die Eismaschine hat die Stadt mit Kapitaleinlage bezahlt und die Abschreibung ist in den Stadtwerken gebildet. Den Abschreibeverlust dann noch als Zuschußbedarf darzustellen, das ist auch nicht ganz kaufmännisch.

Kfm. Direktor OAR HELMUT RIEDLER:
Das ist nicht der Fall.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Was ist nicht der Fall?

KFM. DIREKTOR OAR HELMUT RIEDLER:
Das wird abgezogen. Die AFA wird abgezogen bei der Eismaschine. Plus minus AFA, das ist der Verlust ...

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Er wird jetzt abgezogen.

KFM. DIREKTOR OAR HELMUT RIEDLER:
Immer schon.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Er wird jetzt abgezogen. Immer schon ist nicht ganz richtig, weil so alt ist die Eismaschine noch nicht.

Ich würde den Herrn Bürgermeister bitten, die Zwischenrufe zu unterbinden, es sei denn, sie kommen aus dem Kollegialorgan. Es handelt sich hier um mehrere Versäumnisse der Geschäftsführung und hier bin ich auch bereit, Zwischenrufe zu akzeptieren. Und zwar zum einen, das Versäumnis, die Beschlußgremien nachdrücklich auf die Liquiditätsprobleme aufmerksam zu machen. Es handelt sich um die Verantwortung des oder der Geschäftsführer in einem Unternehmen dem Eigentümer gegenüber, daß er auf die Liquiditätssituation aufmerksam macht. Es handelt sich bitte auch - hier vielleicht nicht ganz so kraß, weil die Gläubigersicherheit gegeben ist, aber tatsächlich auch die Verpflichtung besteht, auf die Probleme aufmerksam zu machen nach den Gesichtspunkten des Gläubigerschutzes. Es handelt sich aber auch um die Verantwortung des Eigentümers dem Betrieb gegenüber, ihn ausreichend zu kapitalisieren. Hier hat Stadtrat Steinmaßl selbst gesagt, sind Versäumnisse eingetreten, weil die Notwendigkeiten nicht so klar gesehen wurden. Das Versäumnis, die Beschlußgremien nachdrücklich aufmerksam zu machen, trifft sicher zu, denn nicht ein einziges Mal haben die Stadtwerke durch ihre Geschäftsführung den Gemeinderat tatsächlich aufmerksam gemacht. Es ist viele Jahre hindurch im Gemeinderat aus der Bilanzkenntnis heraus die Liquiditätssituation besprochen worden, immer wieder das als übertriebene Darstellung hingestellt worden und daher ist auch das Beschlußgremium meiner Meinung nach für die Situation nicht verantwortlich. Verantwortlich sind diejenigen, die es unterlassen haben, die Beschlüsse so herbeizuführen, wie sie wirtschaftlich für das Unternehmen richtig waren.

Ich werfe das Versäumnis vor, Ideen und neue Strategien in den Betrieb einzubringen. Es kann sein, daß Ideen eingebracht wurden. Im Finanz- und Rechtsausschuß hat der technische Leiter der Stadtwerke gesagt, Tag und Nacht zerbreche er sich den Kopf um das Wohl und Wehe der Stadtwerke. Ich will nicht sagen, daß ich das bezweifle. Aber eine offene Diskussion in dem Beschlußgremium der Stadt zu dem Ergebnis dieses Kopfzerbrechens habe ich in den 16 Jahren, denen ich dem Gemeinderat angehöre, noch nicht erlebt. Beispiel dazu, die Probleme der Verkehrsbetriebe. einiges dazu etwas später. Beispiel dazu, wie schon erwähnt, die Gaserschließung Münchenholz.

Daß die Zahlungsbereitschaft in der Liquiditätsstufe 1, so wie es zumindest das Kontrollamt errechnet, mit 1,5 Prozent gegeben ist, wird nicht bestritten. Der kaufmännische Leiter der städtischen Betriebe hat in der Finanz- und Rechtsausschußsitzung darauf hingewiesen, daß Liquiditätskennzahlen in diesem Fall Schall und Rauch sind, daß das also nicht ernst zu nehmen wäre. Ich glaube aber doch, daß es doch ernst zu nehmen ist, denn sonst wäre der Referent nicht veranlaßt gewesen, mehr Engagement der Stadt zum Kapital der Stadtwerke zu fordern. Die Liquiditätskennzahlen ersten Grades, die sich seit 1984 von 18,0 Prozent auf nunmehr 1,5 Prozent absteigend entwickeln, sind tatsächlich besorgniserregend. Die Liquidität 2. Grades hat in den letzten 5 Jahren nur einmal die Traumlinie 100 Prozent durchbrochen, nämlich nach oben, und zwar in der Bilanz zum 31. 12. 1986. Der niedrigste Stand in der Aufstellung wird allerdings im Rechnungsjahr 1987 geliefert. Ein leichtes Ansteigen um 3 Prozentpunkte ist in der Bilanz zum Jahr 1988 zu erkennen. Diese Zunahme im 2. Grad ist aber in einer Abnahme der Liquidität ersten Grades gegengedeckt, das heißt gegenungedeckt. Die Liquidität dritten Grades, also die Gegenüberstellung von allem Verfügbaren zu allen Verpflichtungen mit 19,3 Prozent ist also sicherlich genau die Zahl, die mich veranlaßt hat, die Aussage zu treffen, das Unternehmen, wäre es privatwirtschaftlich geführt, wäre konkursreif. Die Liquiditätskennzahl ersten Grades mit 1,5 Prozent war es und ist es auch nach wie vor, die mich veranlaßt zu sagen, wäre das Unternehmen privatwirtschaftlich geführt, so wäre die Unterlassung des Ganges zum Konkursrichter der Tatbestand der fahrlässigen Krida.

Natürlich besteht - das möchte ich wirklich ausdrücklich sagen - für die Gläubiger der Stadtwerke wirklich kein Grund zur Besorgnis. Die Stadtwerke sind ein Sondervermögen der Stadt, wie Stadtrat Steinmaßl geglaubt hat, mir mitteilen zu müssen,

und die Gemeinde ist ohnehin zahlungsbereit im Wissen, daß sie zahlungsverpflichtet ist. Die Betriebe sind, so heißt es im Statut, auf das ich aufmerksam gemacht wurde, nach dem Gebot der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit zu führen. In einigen Teilbetrieben möchte ich das Gelingen dieses Vorhabens in Zweifel ziehen, z. B. ist es eine reife Leistung, aus dem Teilbetrieb Bestattung Verluste zu bauen. Der Verlust aus dem Teilbetrieb Verkehrsbetrieb ist zweifellos unvermeidbar, aber der Nutzen für den Bürger, die Zweckmäßigkeit des Aufwandes könnte deutlicher, könnte transparenter sein. Jedenfalls fehlt mir und den Freunden meiner Fraktion die offene Diskussion über die Möglichkeiten zur Erfolgsverbesserung in den Stadtwerken.

Die Stadtwerke, meine Damen und Herren, liebe Freunde, sind ein Betrieb der Stadt. Die Probleme sollen klar erörtert werden, nicht nur in der geheimen Kammer. Zur Optimierung schlage ich vor, es wäre durchaus zweckmäßig, entweder Einzelbilanzen der Teilbetriebe zu erstellen, diese zu einer Konzernbilanz zu konsolidieren, damit die Körperschaftssteuernachteile nicht feststehen. Die andere Möglichkeit wäre es, daß man Bad und Eisbahn aus dem städtischen Betrieb Stadtwerke überhaupt ausgliedert. Wenn schon das Vermögen bei der Stadt ist, so wäre es durchaus überlegenswert, ob nicht der ganze Betrieb als Abteilung oder bei einer Stelle des Magistrates geführt werden soll, so ähnlich wie die Kultureinrichtungen. Damit hätte man hier sehr viel mehr Transparenz. Man könnte den Stadtwerken ersparen das Bettelgehen um Verlustsätze und man könnte Vorhaben, die in die Sanierung des Hallenbades z. B. gehen, die den Stadtwerken unzumutbar sind von der Kapitalstruktur her und vom Bilanzvolumen her, dorthin verlagern, wo sie per Saldo auch hingehören, nämlich in das Vermögen der Stadt und in die Verantwortlichkeit der Stadt und nicht der beiden Geschäftsführer, die für diese Verantwortlichkeit von mir ausdrücklich ausgenommen werden, weil sie dafür meiner Meinung nach einfach nicht zuständig gemacht werden können. Auf die beiden Herren das abzuwälzen, das wäre eine Bequemlichkeit des Gemeinderates, die ich nicht bereit bin zu teilen. Ich meine, daß wir bei den Einzelbetrieben Verlustsätze nicht durchführen sollten, das habe ich schon gesagt, sondern daß wir eher Kapitalzufuhren machen sollten, die einer wirtschaftlichen Diskussion im beschlossenen Kreis, kann auch sein, die jedenfalls in den Beschlußgremien standhalten können. Wenn nächstes Jahr das Gaswerk mit 4,3 Millionen Kapitaleinlage bedient werden soll, so wird das im Wirtschaftsplan, der heute nicht zur Diskussion steht - das weiß ich schon, aber man muß das schon vernetzt und ganzheitlich sehen - gefordert werden. Bei den vorhandenen Rücklagen erscheint mir das doch ein wenig sehr vermessen. Auf der anderen Seite wird vorgeschlagen, dem Verkehrsbetrieb 4,7 Millionen Schilling zuzuführen. Das scheint mir ganz gewaltig zu wenig Kapital zu sein. Ich glaube, daß man es sich hier in manchen Bereichen zu leicht macht auch bei der Antragstellung. Denn dieses Papier kommt ja von den Stadtwerken und ist nicht irgendwo abgeändert worden, sondern ist die Beantragung der Stadtwerke. Die Kapitaleinlage - ich wollte jetzt den Wirtschaftsplan auch noch heranziehen, dazu gibt es aber später bei der entsprechenden Beschlußfassung auch noch die Möglichkeit.

Die Sache mit dem Gaswerk, das wird uns heute sicherlich noch einmal beschäftigen können, nämlich dann, wenn Gaspreis rückerstattet werden wird. Ich sage gleich vorweg, selbstverständlich stimmen wir zu, aber die tatsächliche Gewinnsituation des Gaswerkes wird durch diesen Antrag sehr deutlich dokumentiert werden, wenn nämlich der Vertreter der Arbeiterkammer die Rückerstattung von 3,6 Millionen Schilling fordert. Die Tüchtigkeit der Geschäftsführer der Stadtwerke läßt einen Kompromiß herbeiführen, wo nur 700.000 Schilling an die Gasbezieher rückbezahlt werden müssen. Das sollte eigentlich alles aussagen, daß hier doch die Tarifpolitik auch bedenklich wäre.

Der nächstfolgende Tagesordnungspunkt, meine Damen und Herren, liebe Freunde, wird uns wieder mit den Stadtwerken beschäftigen. Ich möchte vorweg schon eines sagen. Ich habe versucht im Stadtsenat, hier eine Verbesserung der Kapitalsituation

der Stadtwerke herbeizuführen. Ich weiß nicht, warum nur der technische Leiter der Stadtwerke bei der Stadtsenatsitzung nicht da war, wo es um die kaufmännischen Belange der Stadtwerke gegangen ist. Aber der technische Leiter der Stadtwerke hat mit einem Redeschwall verhindert, daß diese Kapitaleinlage in die Stadtwerke gelangt wäre. Ich weiß nicht, was ihn dazu veranlaßt, vielleicht auch nur die Absicht, jederzeit recht zu haben. Jedenfalls die Verhinderung einer Kapitaleinlage, die ich erbeten hätte für die Stadtwerke, sowie der nächstfolgende Antrag veranlassen mich nach wie vor dazu, daß es sich bei ihm um eine Geldvernichtungsmaschine handelt. Wenn 50 Prozent der Geschäftsführer eine Kapitaleinlage zurückweisen in einem wirklich an Kapital notleidenden Unternehmen, so ist, das kann ich nicht anders nennen, es ein Trauerspiel. Die Konsequenzen, die Stadtrat Steinmaßl aus der Bilanzsituation der Stadtwerke abgeleitet hat, sind im wesentlichen auch meine Argumente, die ich zur Begründung der Finanzverluste der Verkehrsbetriebe herausgefunden hätte. Ich unterstreiche es, daß die anfangs geringen Verluste des Verkehrsbetriebes offensichtlich der Anlaß waren, daß wenig Anreiz gefunden wurde zur Attraktivitätssteigerung, das hast Du gesagt. Ebenso wenig war der Anreiz, Hilfestellung in Kapitalhinsicht den Stadtwerken zu bieten.

Die von Dir, Herr Stadtrat, ausgesagte Konsequenz daraus, daß die Stadt Überlegungen zur Finanzierung anstellen werden müssen, kann ich nur teilen und habe auch versucht, mit den vorhergehenden Worten das zu schildern. Die Kapitalisierung alleine wird aber die Probleme nicht lösen.

Ich könnte mich jetzt noch darüber unterhalten, warum in der Fahrgaststatistik die 20-Fahrten-Vorverkaufskarte überhaupt nicht enthalten ist und könnte da die Frage nach der Bilanzwahrheit stellen. Ich könnte das Beispiel Wels ohne weiteres auch mit dem Beispiel Steyr verknüpfen. Wir führen zwar weniger Kapital zu, aber wir haben in manchen Linien sehr ähnliche Taktfrequenzen als das die Welser nehmen müssen. Ich unterstreiche vollkommen das Anliegen, daß der Individualverkehr zurückgedrängt werden soll zugunsten des öffentlichen Verkehrs und habe das auch bei meinem Beitrag zum Generalverkehrskonzept ausführlich auch in Zahlen und Zielen definiert.

Die Sache mit dem Verkehrsverbund möchte ich noch erwähnen. Es heißt hier in dieser Gemeindestube immer wieder, daß die Initiative vom Land ausgehen müßte, weil sozusagen das Land das übergeordnete Interesse daran hätte. Wenn jemand von jemandem Geld will, so ist es der normale zwischenmenschliche Umgang, daß derjenige, der will, zu dem geht, der geben soll. Die Verhandlungen werden sicherlich unter der Federführung des Landes zu führen sein, weil ein Land mit dem anderen nur verhandeln kann, nicht als Stadt mit einem anderen Land. Aber wenn wir nicht die Initiative setzen zu einem Gesamt-Verkehrsverbund Region Steyr, sondern warten, bis das vom Land aus her verordnet wird, dann sind wir als Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und als deren Vertreter selber schuld wenn nichts weitergeht. Dieses Argument bitte kann ich nicht dulden und das weise ich zurück. Die Stadt und der Gemeinderat der Stadt haben die Verpflichtung und die Verantwortung, Initiativen zu ergreifen und nicht zu dulden. Dazu sind wir Gemeindevertreter. Ich glaube, daß es sehr sinnlos ist, wenn man versucht Schwarz-Peter zu spielen, kommst zuerst Du oder komme zuerst ich, sondern daß es das einzig Sinnführende ist, Aktivitäten zu setzen. In dem Fall komme ich nicht umhin zu sagen, wir haben in zwei Jahren Diskussion nichts anderes weitergebracht als die Feststellung, mein Gott, es soll halt das Land kommen. Das ist eher wenig, wenn man an Aktivität oder wenn man an Kreativität oder wenn man schon gar an Zielführungskapazität denkt.

Die Beförderungsgeschwindigkeit spielt eine Rolle, natürlich ja, es spielt aber auch eine Rolle, ob das Verkehrsmittel zur Verfügung steht oder nicht. Ich möchte jetzt im Vorgriff auf den nächsten Tagesordnungspunkt, weil er sachlich zur Bilanz der Stadtwerke gehört, die Anregung, die ich schon mehrfach in diesem Gemeinderat gemacht habe, wiederbringen, daß man wirklich die Konsequenz daraus, daß in

dünn besiedelte Stadtteile große Autobusse eine schlechte Auslastung haben, daher selten fahren können, weil es einfach zu viel Geld kostet, dahingehend umsetzt, daß man Anruf-Sammeltaxis oder Sammeltaxi-Systeme einführt. Das hätte mehrere Vorteile, man könnte die Investitionskosten sparen, man könnte die Personalkosten sparen und man hätte mit dem Investitionsaufwand - tun wir nur Kopfrechnen, liebe Kolleginnen und Kollegen - alleine eines Autobusses 2,5 Millionen Schilling etwa zur Verfügung, mit denen man ein derartiges System-Taxi-System öffentlich stützen kann, daß die Tarife erschwinglich sind für den Bürger und das Verkehrsmittel verfügbar ist für den Bürger. Und zwar zu der Zeit, wenn er es braucht und nicht zu der Zeit, wo der Autobus gerade frei ist. Um das geht es, Herr Stadtrat und um das geht es, meine Herren Geschäftsführer. Ich verstehe nicht, warum hier nicht diskutiert wird. Und weil ich das nicht verstehe, ist dieses Nein zur Bilanz der Stadtwerke der Aufschrei gegen die Gedankenlosigkeit, die hier herrscht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Punkt? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Jahresbilanz der Stadtwerke hat ja schon sehr viel Zeit in Anspruch genommen. Erlauben Sie aber auch mir, daß ich doch etwas ins Detail gehe.

Die Bilanz 1988, wie bereits gesagt wurde, weist einen Umsatz von über 107 Millionen Schilling aus. Das ist ein Umsatzrückgang gegenüber dem Vorjahr 1987 von rund 760.000 Schilling. In allen Teilbetrieben zusammen werden, wie Sie sicher alle in Erinnerung haben, doch 119 Bedienstete beschäftigt, die immerhin einen Umsatz erarbeiten pro Kopf von 990.000 Schilling. Den Verlust von insgesamt 15,2 Millionen Schilling in den Teilbetrieben Verkehr - das ist auch schon gesagt worden - 9,1, Bestattung 319.000 Schilling - ich sage nur runde Zahlen - Krematorium und Leichenhalle 141.000 Schilling, Stadtbad 4,4 Millionen und Kunsteisbahn 1,2 Millionen, stehen Gewinne - Kollege Holub hat auch darauf hingewiesen - freie Rücklagen, die man auch als stille Reserve oder Gewinne ansprechen kann, mit insgesamt 7,7 Millionen Schilling in den Teilbetrieben Gas- und Wasserwerk gegenüber. Dadurch ergibt sich ein Abgang von 7,5 Millionen Schilling. Dazu muß hervorgehoben werden, daß in den städtischen Betrieben im Jahre 1988 viel investiert wurde, z. B. im Betrag von 27,7 Millionen Schilling und im Vorjahr sogar 28,6 Millionen Schilling. Ich möchte auch ganz offen hier sagen, gegen die öffentliche Verteufelung, wie sie in der Presse erfolgt ist, - ich stütze mich da nicht auf einen Titel, ich kann Zeitung lesen, aber entscheidend ist oft der Titel, das bestätigt auch die Rede von Vizebürgermeister Holub - der Stadtwerke Steyr möchte ich mich hier von diesem Pult aus entschieden aussprechen. In verantwortungsbewußter Arbeit sichern die leitenden Beamten mit ihren Bediensteten - es sind fast 120 - für die Menschen der Stadt und darüber hinaus für die Umlandgemeinden nämlich die Wasser- und Gasversorgung, den öffentlichen Autobusverkehr, den Badebetrieb und den Betrieb auf der Kunsteisbahn. Daß die Stadt Steyr vielleicht nicht immer bei der eigenen Bevölkerung, aber bei den fremden Gästen einen guten Ruf genießt, dazu tragen gerade diese Bediensteten wesentlich dazu bei. Keiner der Kritiker, es gibt ja mehr außer dem Karli, hat sich bis heute hier im Gemeinderat für eine konkrete Förderung durch die Stadt Steyr eingesetzt, jedoch für die Förderung privater großer Industriebetriebe in Millionenhöhe - oft sogar sehr vehement - wurde gegen meine Person aufgetreten. Ich war immer der Auffassung, daß man in erster Linie, wenn man sich verpflichtet, Förderungen für Betriebe zu geben, sollte man doch einmal auf den eigenen Betrieb schauen. Die städtischen Verkehrsbetriebe weisen einen Beförderungsrückgang, und zwar bereits 1987 von ca. 1 Prozent aus, in der Bilanz 1988 ist der

Rückgang sogar auf fast 6 Prozent, also 5,9 Prozent, gestiegen. Im Jahre 1987 wurden über 3,5 Millionen Fahrgäste befördert, im Jahre 1988 immerhin noch die beträchtliche Anzahl von 3,300.000. Aber es ist natürlich, wie schon gesagt, ein Rückgang von 200.000 Fahrgästen. Obwohl der Fuhrpark durch den Ankauf von neuen Autobussen erneuert wurde und damit sicherlich der Fahrkomfort wesentlich erhöht wurde und auch durch die stärkere Forcierung des 20-Fahrten-Scheines hat sich der Fahrpreis einer Einzelfahrt sogar um S 12,- auf S 7,50 verringert. Vermerkt muß auch werden, daß aufgrund der Beschlüsse des Gemeinderates das Liniennetz der städtischen Verkehrsbetriebe gerade im Jahr 1988 erweitert und die Intervalle verkürzt wurden. Trotz alledem ging, wie die Jahresbilanz der Verkehrsbetriebe zeigt, die Fahrgastfrequenz zurück. Zum Teil hängt das meiner Meinung nach natürlich mit der weiteren Zunahme der Fahrzeuge in unserer Stadt zusammen und eben, daß wiederum das Radfahren auf den von uns mit vielen Mitteln geschaffenen Radwegen in der Stadt wieder attraktiver wurde und wahrscheinlich auch der milde Winter, der vom Referenten angeführt wurde. Es ist ja auch allgemein bekannt, daß bereits über 23.000 Fahrzeuge bei den rund 40.000 Einwohnern, zum Verkehr zugelassen sind. Es gibt auch noch eine weitere Ursache. Durch die Sparmaßnahmen der Mehrheitsfraktion beim Seniorenpaß durch Einführung eines Kostenbeitrages von S 100,- - das ist meine Auffassung - wurden im Bilanzjahr 1988 um 1.000 Seniorenpässe weniger ausgestellt, wodurch auch die Verkehrsbetriebe nicht unwesentliche finanzielle Einbußen erlitten. Hier im Gemeinderat, so glaube ich, sind wir uns alle einig, Vorrang gegenüber dem Individualverkehr hat der öffentliche Verkehr. Daher glaube ich, muß die Stadtgemeinde den Verlust bei den Verkehrsbetrieben abdecken. Das kann man bilanzmäßig hin- und herschieben, das ist eine Notwendigkeit. Es gibt in keiner Stadt öffentliche Verkehrsbetriebe, die kostendeckend fahren. Es stellt sich nun auch für uns die Frage, wie kann die Finanzsituation der städtischen Verkehrsbetriebe verbessert werden? Meiner Meinung nach kann die Verbesserung der Finanzsituation nur durch stärkere Zusammenwirkung von Geschäftsführung und Gemeinderat erreicht werden, und zwar im Auftreten für die Propagierung des öffentlichen städtischen Linienverkehrs und der Einengung bzw. Einschränkung des Individualverkehrs im Innerstadtbereich. Dies würde so manchen in unserer Stadt veranlassen, den städtischen Linienbus zu benutzen. Notwendig ist auf alle Fälle das stärkere Anfahren der Randgebiete der Stadt durch die städtischen Autobusse. Aus wirtschaftlichen Gründen soll nach meiner Auffassung der Einsatz von Kleinbussen und Sammeltaxis überlegt werden. Überlegt werden müßte auch eine flexiblere Linienführung der städtischen Autobusse. Zu bekannt stark frequentierten Zeiten sollen bestimmte Punkte, wie z. B. der Friedhof, von Münichholz aus direkt angefahren werden oder vom Krankenhaus auf den Tabor. Bei dieser Gelegenheit schlage ich nochmals vor, daß die Strafgelder von den Steyrer Verkehrssündern - im Jahre 1987 kassierte die Stadt Steyr davon 8 Millionen Schilling - zur Förderung des städtischen Verkehrsbetriebes verwendet werden zur Verlustabdeckung.

Ich möchte Sie heute auch einmal informieren, teilweise geschah dies, z. B. über den privaten Welser Linienverkehr mit der Kurzbezeichnung SAB. Dahinter stehen der Stöttinger und der Schirl, glaube ich. Dieser Betrieb müßte mindestens doppelt so groß in der Welser Zeitung stehen, wäre schon längst konkursreif. Von der Stadt Wels nämlich wird über das E-Werk - es gehört der Stadt Wels - im Jahre 1988 für die Beförderung von nur rund 1,470.000 Personen rund 12 Millionen Schilling für den Betriebsabgang im Rechnungsjahr 1988 als Subvention gegeben. Bei denen ist es nicht ganz so wie bei uns, das Rechnungsjahr beginnt am 1. Mai des Vorjahres und endet - also am 30. April kann man das dann mit Sicherheit sagen. Dem gegenüber beförderten die städtischen Verkehrsbetriebe laut Jahresbilanz 1988 3,327.000 Personen bei nur einem Abgang von 9,104,577 Schilling. Zur Ehrenrettung der Geschäftsführung möchte ich noch erwähnen, daß die Hauptursache des Verlustanstieges von rund 6,6 auf 9,1 Millionen Schilling durch den erhöhten

Aufwand der Instandhaltung der Betriebsstätte und der Busse entstanden ist sowie durch die Verringerung des Fahrscheinverkaufes um den Betrag von nur S 647.820 und der Pensionsfreifahrt - das habe ich ja schon erwähnt - in Höhe von über S 200.000,-.

Die Verkehrsbetriebe erwirtschafteten in den letzten 5 Jahren, also zwischen 1984 und 1988, rund über 31 Millionen Schilling, weil sie keinen einzigen Schilling bis dorthin bekommen haben. Die städtischen Verkehrsbetriebe haben eben bis jetzt keine Verlustabdeckung der Stadtgemeinde erhalten. Der Verlust wurde seit vielen Jahren von den Stadtwerken erwirtschaftet in anderen Teilbetrieben und daher auch abgedeckt. Die Stadt Steyr erhielt im Bilanzjahr 1988 über den Finanzausgleich für den städtischen Linienbetrieb S 1.173.000 Schilling für getätigte Investitionen, z. B. für den Ankauf eines Autobusses. Außerdem wurde aus den Mitteln der sogenannten Nahverkehrsmilliarde ein Betrag in der Höhe von S 360.000,- für den Betriebsaufwand, zusammen also rund nur 1,5 Millionen Schilling über die Stadt Steyr dem städtischen Verkehrsbetrieb gewährt. Meine Damen und Herren, da könnten wir uns mehr anstrengen gegenüber der übergeordneten Körperschaft, damit mehr Mittel für den städtischen Linienverkehr fließen. Das wäre ja sicherlich eine sehr gute Aufgabe für den Gemeinderat.

Ich möchte vielleicht noch ergänzend dazu sagen, daß natürlich auch eine Rolle spielt, wie wir entscheiden. Es ist ja nicht so, daß die Bediensteten und die Geschäftsführer frei entscheiden können. Die Tarifgestaltung erfolgt hier von den Mitgliedern des Gemeinderates. Ich bin stolz darauf - ich stimme ja meistens gar nicht mit bei Erhöhungen - daß wir im allgemeinen eine Durchschnittstarifpolitik durchführen, daß unsere Verkehrsbetriebe doch vom Preis her attraktiv sind, sonst könnten wir diese Frequenz nicht erreichen, nämlich weit mehr als das Doppelte wie die vergleichbare Stadt Wels. Wels ist aber noch viel größer, sie hat über 50.000 Einwohner. Aber wir bestimmen, daß z. B. der Einzelfahrpreis bei uns S 12,- kostet. Im Privatbetrieb in Wels S 13,-. Für die Schüler bei uns S 6,-, in Wels S 6,50, die Monatskarte ist bei uns sogar um 50 Prozent billiger, sie kostet nur S 220,- und in Wels S 330,-. Dazu kommt natürlich auch noch, daß wir - ich bin selbst ein Forderer, ich habe heute schon wieder Forderungen gestellt an die Geschäftsführung, daß sie die Randgebiete anfahren usw. mit kleinen Autobussen, damit der Individualverkehr zurückgedrängt wird. Es ist halt so, daß unsere Autobusse zeitlich in der Früh bis spät abends die Gebiete anfahren, in Wels ist es halt so, wenn das zu wenig lukrativ ist für den Privaten, dann stellt er das überhaupt ein. Oder z. B. der letzte Autobus in Wels fährt am Samstag um 18 Uhr. Wenn ich also am Sonntag zu einer Versammlung muß in der Nähe des Krankenhauses, so muß ich ein Taxi nehmen, denn am Sonntag gibt es keinen Autobus, da fährt SAB überhaupt nicht. Das müssen wir auch mit einbeziehen, daß es sehr zum Vorteil der Stadt ist und unserer Bürger, daß wir städtische Verkehrsbetriebe haben.

Nun einige Anmerkungen zu den Teilbetrieben. Zur Kunsteisbahn. Der Verlust bei der Kunsteisbahn konnte - so konkursreif sind die Betriebe - 1988 durch erhöhte Einnahmen bei Eintritts- und Platzgebühren von 109.123,- Schilling auf 1.268.396,- gegenüber 1987 reduziert werden. Wir hatten - das wissen wir auch, das steht ja in der Bilanz - dort ja einen Verlust von über 1,3 Millionen Schilling.

Nun zum Stadtbad. Gegenüber dem Rechnungsjahr 1987 wurde im Bilanzjahr 1988 ebenfalls der Verlust von rund 5,1 Millionen auf 4,4 Millionen gesenkt. Bei den Tageseinnahmen im Frei- und Hallenbad konnte eine Steigerung - im Betrag gesehen - von 276.000 Schilling erzielt werden. Nur bei der Sauna gab es Verluste von 22.100 Schilling und bei den Pensionistenersätzen gab es auch einen Verlust. Dies führte natürlich zu einer Ertragsminderung von S 23.000,-. Bei den Pensionistenersätzen hängt das natürlich auch wieder damit zusammen, daß man bei den Sozialleistungen bei den Pensionisten gespart hat. Wenn ich um 1.000 weniger ausbebe, baden gehen sie ja auch nicht so viel, aber bitte schön, so schlägt sich das in irgend einer Form

nieder. Das ist sicherlich nicht die Schuld wiederum der Geschäftsführung und das möchte ich etwas anschaulicher darstellen. Zum Gaswerk. Es ist auch gesagt worden von Kollegen Steinmaß, daß der Ertrag beim Gasverkauf gegenüber 1987 um 5,278.706 Schilling sich verringerte. Also genau um diese Summe, um die der Gaspreis reduziert wurde, wurden freie Rücklagen um 1,4 Millionen auf 4 Millionen Schilling und ein Gewinn in Höhe von 138.338 Schilling ausgewiesen. Nun zum Teilbetrieb Wasserwerk. Im Bilanzjahr 1988 wurden um 2,2 Millionen Schilling mehr an Wassergebühren eingenommen als 1987. Sicherlich hat die Mehrheitsfraktion und auch die ÖVP einen Anteil, weil ja die Wasserpreise dementsprechend erhöht wurden. So konnten die freien Rücklagen - der Karl Holub sagt, das sind schöne versteckte Gewinne - von 1,7 Millionen auf 3,7 Millionen Schilling aufgestockt werden. In der Bilanz werden aber nur 20.431 Schilling an Gewinn ausgewiesen. Zum Schluß nun einige Bemerkungen zum Teilbetrieb städtische Bestattung. Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wissen genau so wie ich, daß im Bilanzjahr 1988 der Einäscherungssofen im Krematorium erneuert wurde, immerhin mit hohen Kosten, ich weiß nicht genau, aber so ungefähr von rund 6,7 Millionen Schilling. Damit, so glaube ich, wurde in einem Zug auch die Umweltbelastung am Tabor beseitigt. Das aufgenommene Darlehen natürlich in Form der Zinsen belastet die Bilanz der Stadtwerke und man kann das nachlesen - ich bin zwar nicht so gut, ich bin auch kein Finanzpolitiker - daß der Aufwand für Zinsen sich gerade bei den städtischen Bestattungen um 217.000 Schilling erhöhte. Ich war von allem Anfang an dafür, daß diese einmalige für viele Jahre getätigte Großinvestition eigentlich von der Stadt Steyr getragen hätte werden müssen. Es gibt sogar hier im Gemeinderat auch einen Wunsch, der bereits bei der Budgetdebatte 1988 deponiert wurde nach Teilprivatisierung der Stadtwerke. Nach dieser Ansicht sollen die städtischen Unternehmungen in Aktiengesellschaften umgewandelt und Aktien zum Verkauf angeboten werden analog jenen Privatisierungsmaßnahmen, die durch die Bundes- und Landesregierung bereits zum Zwecke der Sanierung der Haushalte gesetzt wurden. Dazu meine Stellungnahme erneut, ich spreche mich entschieden gegen jegliche Privatisierung von Kommunalbetrieben, so auch der städtischen Stadtwerke, aus. Bekanntlich wissen auch Sie, werden für die Privatisierung im allgemeinen, vor allem die lukrativen Bereiche, vorgeschlagen, während die defizitären aber für das allgemeine Wohl unumgänglich notwendig weiterhin der öffentlichen Hand verbleiben sollen. Durch eine Privatisierung der finanziell einträglichen Bereiche verliert aber die öffentliche Hand Deckungsbeiträge für die verbleibenden Aufgaben, was letztlich zu Belastungen durch Gebühren- und Tarifierhöhungen führen muß. Der vorliegenden Jahresbilanz, dem Ziffern- und Zahlenwerk, werde ich die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Nächster ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates,werte Herren Bürgermeister!
Es ist bereits sehr viel über die vorliegende Jahresbilanz der Stadtwerke von 1988 gesprochen worden. Erlauben Sie mir aber trotzdem - ich werde Ihnen versprechen, mich kurz zu fassen - daß ich aus Sicht der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion zu dieser Jahresbilanz 1988 einige Anmerkungen mache.
Die Jahresbilanz der Stadtwerke 1988 ist ja diesmal im besonderen Maß kein erfreuliches Ereignis, wenn man berücksichtigt, daß das Ergebnis des Wirtschaftsjahres 1988 das schlechteste seit 15 Jahren ist und auch direkte Auswirkungen auf die Liquidität dieses Unternehmens hatte. Nur unter Inanspruchnahme des gesamten Kreditrahmens von 15 Millionen Schilling konnte der laufende Aufwand während des Jahres 1988 gesichert werden. Im Wirtschaftsjahr 1989 hat sich diese finanzielle

Situation offensichtlich weiter verschärft.

Nun einige Vergleichszahlen aus den Vorjahren. 1985 Gesamtverlust aller Teilbereiche der Stadtwerke 12,263.235 Schilling, davon sind zu berücksichtigen freie Rücklagen und Gewinne 5,743.588 Schilling, die hinzukommen. 1986 Gesamtverlust S 12,253.545 Schilling, freie Rücklagen und Gewinne 4,753.760 Schilling. Erstmals im Jahre 1986 eine sogenannte Gasversorgungs-Förderungsrücklage in Höhe von S 4,118.000 Schilling. 1977 ein Gesamtverlust von 13,735.026 Schilling, freie Rücklagen und Gewinne S 4,388.210 sowie eine Gasversorgungs-Förderungsrücklage von S 10,023.000 Schilling.

Nun, meine Damen und Herren, zu den Zahlen der vorliegenden Bilanz für 1988. Verluste in den Betriebszweigen Verkehr, Krematorium und Leichenhalle sowie Stadtbad und Kunsteisbahn in Höhe von insgesamt S 15,265.887. Diesen Verlusten stehen lediglich Gewinne von 58.769 Schilling in den Bereichen Wasserwerk und Gaswerk gegenüber bzw. muß auch eine Rücklagenbildung beim Wasserwerk von 3,700.000 und beim Gaswerk von S 4 Millionen berücksichtigt werden. Aus diesem Vergleich ist eine deutliche Erhöhung der Gesamtverluste der Stadtwerke feststellbar, wobei der Verlustanstieg beim Verkehrsbetrieb auf nunmehr 9,104.577 Schilling besonders ins Auge fällt. Der zweite große Brocken ist das Stadtbad mit einem Verlust von S 4,414. 088, wobei der Verlust gegenüber 1987 um 765.283 Schilling zurückgegangen ist.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte auch heute feststellen, daß man bei Betrachtung dieser Zahlen und dieses Zahlenwerkes nicht vergessen darf, daß dahinter die Bediensteten der Stadtwerke stehen, die zweifelsohne bemüht sind, gute Dienstleistungen den Bürgern unserer Stadt anzubieten. Dienstleistungen, die nicht zur Gewinnerzielung heranzuziehen sind und die auch nicht immer kostendeckend sein können, weil sehr oft die notwendigen Rahmenbedingungen dazu fehlen. Aber gerade deswegen war und ist es angebracht, sich um eine Verbesserung der finanziellen Situation der Stadtwerke Gedanken zu machen, um die Rahmen- und finanziellen Bedingungen zu verbessern. So kann es sicherlich nicht weitergehen. Daher haben wir auch immer wieder Vorschläge eingebracht, wie z. B. die Einführung von Kurzstreckentarifen, von Familientarifen auch beim Stadtbad sowie generelle Verbesserungsmaßnahmen für den öffentlichen Verkehr, wie die Einführung von City-Bussen.

Auch den Verkehrsverbund möchte ich ansprechen, der bereits von Kollegen Holub ausreichend bedacht wurde. Ich bin auch der Auffassung, daß da die Initiativen in dieser Richtung, einem Verkehrsverbund anzugehören oder sich anzuschließen, zweifelloso von der Stadt ausgehen müßten, um eben unter anderem auch den öffentlichen Verkehr entsprechend zurückzudrängen. Oder überhaupt, meine Damen und Herren, ernsthaft zu überprüfen, welche Dienstleistungen man durch entsprechende Maßnahmen attraktiver gestalten kann, um eben zu Mehreinnahmen zu kommen. Dazu gehört auch eine verbesserte Werbung seitens der Stadtwerke sowie das Bemühen, mehr an den Bürger heranzutreten und Dienstleistungen anzubieten. Wie das Beispiel der gewünschten Gasanschlüsse in Münichholz es gezeigt hat. Zweifellos sind die Verbesserungen der Rahmenbedingungen, von denen ich mehrmals gesprochen habe, in erster Linie von den politischen Verantwortungsträgern zu schaffen. Nachdenklich stimmt mich auch diesmal wieder, daß auch 1988 der Verlust bei der Bestattung angestiegen ist und nunmehr bereits S 319.126 beträgt. Daher muß ich auch heute wieder feststellen, daß private Unternehmer mit gleichen Tarifen und deren Angestellte sowie ihre Familien davon leben. Das ist nur ein Beispiel und ein Grund dafür, warum wir die Forderung erhoben haben, zumindest ernsthaft zu überprüfen, wo und in welchen Bereichen Privatunternehmer effizienter als die öffentliche Hand Leistungen erbringen und anbieten können.

Beim Budget 1990 werden wir ja wieder näher auf Privatisierungsvorschläge eingehen.

Der Jahresbilanz der Stadtwerke, meine Damen und Herren des Gemeinderates, gebe ich aufgrund der exorbitanten Ausweitung der Verluste sowie vor allen Dingen der nicht berücksichtigten Vorschläge unserer Fraktion auf politischer Ebene schweren Herzens die Zustimmung. Diese Zustimmung sehe ich auch im Hinblick auf Betriebsförderungsmaßnahmen, die vorhin von Kollegen Tremml angezogen wurden. Ich darf aber nachdrücklich darum ersuchen, daß unsere Vorschläge ernsthafter beurteilt werden und vielleicht - das darf ich auch hoffen - kommt es doch einmal zu den Gesprächen, die vor Jahren der zuständige Referent, Kollege Steinmaßl, angekündigt hat.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Eichhübl. Nächster ist Kollege Wippersberger.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf Kollegen Gemeinderat Tremml für seine Ausführungen danken hinsichtlich der Stadtwerke. Ich darf ihm vollinhaltlich beipflichten. Ich danke ihm auch, daß er sich gegen die Verteufelungspolitik der Stadtwerke ausspricht. Ich glaube, das ist wirklich etwas, wogegen wir uns alle aussprechen müssen.

Kollege Holub hat namens der ÖVP-Fraktion erklärt, warum er der Bilanz nicht zustimmt. Er hat schwere Vorwürfe an die Geschäftsleitung der Stadtwerke gemacht und von Versäumnissen der Geschäftsleitung gesprochen. Kollege Eichhübl hat einige Vorschläge eingebracht, wie City-Busse und Verkehrsverbund. Kollege Eichhübl, City-Busse und Verkehrsverbund werden sicherlich dazu beitragen, daß das Defizit des Verkehrsbetriebes noch erheblich stärker anwachsen wird. Wenn ich denke, der Verkehrspapst von Österreich, ein gewisser Knoflacher, hat uns das ganz offen bei der Veranstaltung gesagt, er macht darauf aufmerksam auf die Erfahrungen in anderen Städten. Die Einrichtungen der City-Busse haben alle dazu beigetragen, daß es zu einer wesentlichen Erhöhung des Defizites bei diesen Unternehmungen gekommen ist. Werte Kolleginnen und Kollegen, die Jahresbilanz der Stadtwerke für das Jahr 1988 wurde durch das Kontrollamt überprüft und das gesamte Rechnungswerk zahlen- und ziffernmäßig als richtig erkannt.

Den Stadtwerken die Schuld zu geben, den Stadtwerken vorzuwerfen, sie hätten eben schlecht gewirtschaftet, ist aber doch zu simpel. Diesen Vorwurf muß ich zurückweisen und insbesondere diese Verteufelungskampagne der Stadtwerke. Es ist den Mitgliedern des Gemeinderates kein Geheimnis, daß ein Teilbereich der Stadtwerke, z. B. der städtische Verkehrsbetrieb, seit seinem Bestehen Verluste schreibt. Diese Verluste des Verkehrsbetriebes wurden halt durch viele Jahre hindurch aus den Überschüssen anderer Betriebszweige zur Gänze oder zumindest zu einem Großteil immer abgedeckt. Das Abdecken der Verluste des Verkehrsbetriebes durch andere Betriebszweige der Stadtwerke ist nun seit einigen Jahren nicht mehr möglich, einerseits bedingt durch das starke Ansteigen der Verluste des Verkehrsbetriebes und andererseits durch die starke Investitionstätigkeit jener Betriebszweige, die früher Überschüsse tätigten. Das ist ja heute bereits von Dir erwähnt worden. Die starke Investitionstätigkeit jener Betriebszweige, es handelt sich vor allem um das Wasser- und Gaswerk, hängt mit den forcierten Kanalbauten der letzten Jahre zusammen. Auch das ist ja kein Geheimnis. Es ist doch sicher sinnvoller, bei Verlegung eines neuen Kanals gleichzeitig auch schadhafte Wasser- oder Gasleitungen auszubauen und neue Leitungen mitzuverlegen, als vielleicht ein paar Monate oder ein Jahr später dann die Straße neu aufzureißen. Das starke Ansteigen der Verluste des Verkehrsbetriebes selbst hat mehrere Ursachen. Der Gemeinderat hat in den letzten Jahren mehrmals Beschlüsse gefaßt, die zu einer starken Ausweitung der Serviceleistungen des Verkehrsbetriebes führten. Auch darüber hat Kollege Tremml bereits gesprochen. So z. B. die Einführung neuer zusätzlicher Verkehrslinien, die letzte

beispielsweise vor 2 Jahren in Richtung Gleink, aber auch das Anfahren der Haltestellen nicht mehr stündlich, sondern halbstündlich bzw. viertelstündlich. Das alles sind Dinge, die natürlich sehr sehr kostenverteuernd wirken. Dazu kommen noch steigende Lohnkosten aufgrund kollektivvertraglicher Vereinbarungen und nicht zuletzt auch die laufende Fuhrparkserneuerung, auch darauf sei verwiesen, und damit in Verbindung auch auf die AFA, die stark zu Buche steht. Und das alles ohne eine Erhöhung der Tarife seit nunmehr 3 1/2 Jahren. Sicherlich schlägt sich auch die sinkende Fahrgastfrequenz zu Buche. Die echten Ursachen können wir eigentlich nur vermuten. Die noch immer stark zunehmende Motorisierung - auch darüber hat Kollege Tremml bereits gesprochen. Das Pkw-Aufkommen erhöht sich in unserer Stadt jährlich um ca. 500 - 700 Fahrzeuge, das Radfahren ist wieder modern geworden. Aber auch die Veränderungen im Fahrgastfluß durch die großen Veränderungen am Arbeitsmarkt - denken wir nur an die Steyr-Werke, die vor 13 oder 14 Jahren noch etwa doppelt so viele Leute beschäftigt haben wie heute und anderes mehr.

Das neue Fahrscheinentwertungssystem auf EDV-Basis - darüber soll ja im nächsten Antrag befunden werden - wird uns erstmals einen genauen Aufschluß über den Fahrgastfluß, über die einzelnen Frequenzen der verschiedenen Linien und der verschiedenen Zeiten geben, um damit entsprechende Überlegungen anstellen zu können, wie oder was man ändern und verbessern kann. Das neue Fahrscheinentwertungssystem wird den Stadtwerken, aber auch dem Gemeinderat eine große Hilfestellung bei künftigen Überlegungen geben. Schade, daß wir dieses System nicht schon haben.

Der Verkehrsbetrieb ist auch wie alle anderen Betriebszweige ein reiner Dienstleistungsbetrieb, er erbringt Leistungen für die Bevölkerung und auch kein Privatbetrieb könnte - das ist von den anderen Fraktionen schon bestätigt worden - auf Dauer Leistungen erbringen, die er nicht vergütet bekommt. Es liegt daher an uns, am Gemeinderat, den Stadtwerken für den Verkehrsbetrieb jene Mittel zu geben, die er zur Erfüllung seiner von uns an ihn übertragenen Aufgaben benötigt. Das ist bisher leider nicht geschehen. Nachdem eine Abdeckung der Verluste des Verkehrsbetriebes auch aus anderen Betriebszweigen, wie von mir schon geschildert, seit einigen Jahren nicht mehr möglich ist, ist das die Ursache der angespannten Finanzlage der Stadtwerke.

Auch die Kritik am Verkehrsbetrieb, er wird sehr schlecht geführt und dadurch der hohe Abgang, auch diese Kritik muß ich zurückweisen. Ein der Allgemeinheit dienender Verkehrsbetrieb kann nicht kostendeckend arbeiten. Schauen Sie sich in allen anderen Städten um. Es wurde heute auch das Beispiel Wels hier im Gemeinderat erwähnt. In Wels gibt es keinen städtischen Verkehrsbetrieb, in Wels übernimmt eine Privatfirma diese Aufgabe und bekommt dafür seitens der Stadt einen jährlichen Zuschuß von 12 oder gar 13 Millionen Schilling, obwohl die Fahrgastzahlen nicht einmal halb so hoch sind wie bei uns in Steyr. Vergleichen Sie dann auch noch die Serviceleistungen der Welser Firma - auch darüber habe ich mich erkundigt - mit denen unserer Stadtwerke. Das Defizit unserer städtischen Verkehrsbetriebe könnte wesentlich abgesenkt werden, wenn wir auf dieses Niveau hinsichtlich der Fahrzeiten zurückgehen würden. Aber damit wäre die Bevölkerung von Steyr sicherlich nicht einverstanden.

Zum Schluß kommend darf ich noch eine Feststellung bzw. eine Aussage treffen. Die Finanzlage der Stadtwerke ist aufgrund der gegebenen und von mir kurz skizzierten Tatsachen ernst, aber doch nicht so dramatisch, wie es in einigen Zeitungen zum Ausdruck kam. Erfreulich in diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache, daß aufgrund eines neuen Körperschafts-Steuergesetzes, Kollege Holub, aus dem Jahre 1988, wirksam ab dem 1. 1. 1989 ..

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ihr laßt Euch alles einreden.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

.. die Stadtwerke eine Steuerrückvergütung im kommenden Jahr für das heurige Jahr bekommen werden im Ausmaß von mehr als 3 Millionen Schilling. Darüber hinaus ist eine ähnliche Steuerersparnis für die Stadtwerke ab dem nächsten Jahr zu erwarten.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Früher hätte man das beantragen können.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Das Gesetz besitzt erst Gültigkeit ab dem 1. 1. 1989.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das Gesetz sieht es jetzt vor, früher war es auf Antrag möglich. Der Antrag ist unterblieben und das kritisiere ich.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Abschließend nochmals, die Stadtwerke befinden sich, wie schon von allen erwähnt, in einem schwierigen finanziellen Engpaß, den es zu überwinden gilt. Der nächstfolgende Antrag, den wir zu behandeln haben, der eine Kapitaleinlage zum Inhalt hat, ist eine solche Hilfestellung seitens der Stadt. Ich verrate Ihnen auch kein Geheimnis, daß die Stadt im kommenden Jahr im Budget 1990 - dieses wird in einigen Wochen hier behandelt werden - eine größere Summe als Hilfestellung für die Stadtwerke vorgesehen hat.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Zagler ist der Nächste.

GEMEINDERAT DIREKTOR DKFM. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren, ich habe zuerst schon auf der Kopie des Steyrer Zeitungs-Artikels eine Einfügung gemacht, Herr Schipek, vielleicht daß Sie das so zur Kenntnis nehmen. Aus meiner Sicht sind die Stadtwerke nicht konkursreif. Kollege Vizebürgermeister Holub hat uns das auch bestätigt, daß das auch seine Ansicht sei.

Ich darf meine Wortmeldung dazu benutzen, auch meinen neuen Sitznachbarn auf der rechten Seite, Herrn Gemeinderat Oskar Holub, hier zu begrüßen und ganz wenige Worte hier verlieren. Innerhalb von vier Jahren ist er der dritte von der Grünen Alternativen Liste, der neben mir sitzt. Ich möchte davon ableiten, daß die Grünen Alternativen nicht ein Typ sind, sondern verschiedene Typen hier schon da waren. Kollege Ramoser hat sich mit Blumen vorgestellt, Kollege Pragerstorfer mit einer Selbstdarstellung, Sie haben sich mit Krawatte hier eingefunden. Ich wünsche Ihnen, daß Sie nicht resignieren und einen guten Beitrag hier im Gemeinderat leisten oder daß Sie nicht resigniert werden.

Die Nervosität, die die ÖVP-Fraktion befallen hat, ist mir ein bißchen schleierhaft, höchstens es gibt Meinungsumfragen, über die er verfügt - da möchte ich aber gerne die Zahlen hören - daß es so schlecht wird, daß alle von Eurer Riege plötzlich auf die Beamten im Hause und in hausnahen Abteilungen hinhauen. Kollege Spöck auf die Umweltschutzbeamten, Kollege Vizebürgermeister Holub auf die Geschäftsführung der Stadtwerke, die jahrelang - zumindest die 10 Jahre, die ich hier im Gemeinderat Sitze - immer wieder Lob geerntet hat für die wirklich schwierige Aufgabe, solche Betriebe zu führen. Ich möchte nicht noch einmal das machen, was die Vorredner schon gemacht haben, nämlich auf die Bilanzzahlen und auf die Verlust- und Gewinnzahlen einzugehen. Ich möchte mich eigentlich nur befassen mit der für mich unverständlichen Ablehnung der Bilanz, des Jahresabschlusses, der Verlust- und Gewinnrechnung, des Geschäftsberichtes durch die ÖVP. Kollege Holub hat es in seinem

Schlußwort ja fast ad absurdum gestellt, wenn er gesagt hat, das ist ein Aufschrei, um für die Zukunft vielleicht manches zu gestalten. Als solchen habe ich das auch verstanden, daß wir und auch die anderen Debattenredner an die Zukunft dieser Betriebe denken sollen. Wir alle denken daran, wie wir die interne Organisation und die externe Organisation verbessern können. Die Struktur verbessern können, Verbundsystem, Anrufsammeltaxi und andere Dinge, wie wir den Tarif verbessern oder eben regulieren können. Wenn ich daran denke, die letzte Tarifregulierung liegt immerhin auch schon mehr als 3 Jahre zurück. Alle anderen Kosten sind in dieser Zeit gestiegen, nur die Tarife sind gleich geblieben. Diese Dinge liegen auch uns allen am Herzen. Aber eine Bilanz abzulehnen, deren Zahlen stimmen, die von jenen, die sich besonders genau mit der Bilanz befassen, auch leicht erkannt werden. Du selbst hast gesagt, dieses Rücklagen-"versteckerln" trifft Dich gar nicht hart, weil Du das ohnehin locker aus den Zahlen herausnimmst. Genau so hat auch Kollege Tremml argumentiert, er hat auch betont, kein Finanzgenie zu sein und trotzdem die wahren Zusammenhänge hier zu sehen. Wenn Du in Deinen Ausführungen auf die steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten hinweist, auf die vielleicht verzichtet worden ist, ich kann mich erinnern aus vielen Debatten, daß sehr viel gemacht wurde, um hier die Möglichkeit einer Vorsteuerabschreibung oder Absetzung zu erhalten oder ähnliches. Ich möchte mich aber da auch nicht verbreitern. Ich weiß schon, das hat mit der Körperschaftssteuer nichts zu tun, sondern mit der Umsatzsteuer. Ich möchte mich aber da auch nicht verbreitern. Nachdem das Spitzelwesen scheinbar bei Euch fröhliche Urstände feiert, daß da jetzt von mir etwas gesagt wird, was vielleicht anderswo verwendet wird.

Zur Bilanz selbst hast Du wenig gesagt, außer die Struktur mit der bist Du nicht einverstanden, mit dem Rücklagenverstecken. Die Milchmädchenrechnung, die Du selbst gebracht hast, ist also eine Milchmädchenrechnung und damit sind schon fast alle Punkte gewesen. Daß vom Hallenbad die Gebäudekosten von der Gemeinde bezahlt wurden und nicht in der Bilanz aufscheinen, das wissen wir alle, daß man vom Grund nicht abschreiben kann. Höchstens auf einen niedrigeren Teil, aber auch das wissen die Finanzexperten. Also kein Vorwurf an die Bilanz gerichtet, den ich jetzt hier erkennen könnte, damit ich sage, wenn die Bilanz so himmelschlecht ist, müssen wir alle dagegen sein. Nein im Gegenteil, die Bilanzzahlen sind in Ordnung, nur das Ergebnis, mit dem sind wir nicht zufrieden. Aber deswegen eine Bilanz abzulehnen, das übersteigt meine Logik. Der Aufschrei ist Dir gelungen. Ich hoffe auch, daß wir in diesem Sinne kooperativ weiter denken und weiter arbeiten können und daß die persönliche Ebene, die Du mit der Geschäftsführung von Deiner Seite aus verlassen hast, doch zumindest erlaubt, daß man in sachlicher Ebene konstruktiv weiter tut.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich möchte mich auch an der Debatte beteiligen und bitte Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seinen Beitrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es ist eigentlich selten, ich kann mich nicht erinnern, daß die zweitstärkste Fraktion einem Rechnungswerk nicht die Zustimmung gibt. Kollege Holub hat seine Begründungen hier angeführt. Kollege Steinmaßl hat einleitend in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß der Verkehrsbetrieb gegenüber dem Gesamtunternehmen rund 44 Millionen Schilling an Verbindlichkeiten hat. Es wurde heute schon mehrmals darauf hingewiesen, daß seit vielen Jahren, seit es die Unternehmungen oder den Verkehrsbetrieb gibt, diese Verbindlich-

keiten immer aus dem Gesamtbetrieb abgedeckt wurden und die Stadt Steyr eigentlich hier nie in Erscheinung getreten ist. Das muß ich sagen. Es mußten also im Betrieb diese 44 Millionen Schilling letztlich erwirtschaftet werden in anderen Bereichen.

Ich bin kein Fachmann, kein Finanzfachmann. Ich bilde mir nicht ein, daß ich von allem etwas verstehe, von diesem Gebiet sicher am allerwenigsten, ich bin eben kein Finanzfachmann, das möchte ich sagen. Ich muß mich daher verlassen, was mir die Fachleute in diesem Bereich sagen. Unser Kontrollamt hat die Bilanz geprüft und im wesentlichen für richtig befunden. Das ist für mich die Basis meiner Entscheidung in dieser Richtung. Es hat sich eine erhöhte Investitionstätigkeit in der letzten Zeit ergeben, was letztlich auch bessere Leistungen für die Bevölkerung in der Zukunft nach sich zieht.

Ich möchte einer Aussage entgegentreten, die Kollege Holub hier gemacht hat, nämlich die mangelhafte Information der Beschlußgremien seitens der Betriebsleitung der Stadtwerke. Jeder von uns weiß, daß alle Beschlüsse, die gefaßt werden, aufgrund von Anträgen erfolgen. Von Anträgen, die seitens der Betriebsleitung an uns herangebracht werden, kontinuierlich, je nach Bedürfnis. In vielen dieser Anträge wurde auf die Folgen, wenn wir anders entscheiden, hingewiesen. Das möchte ich sehr deutlich sagen. So abputzen möchte ich mich nicht, daß ich sage, ich bin nicht informiert worden. Im Gegenteil, es ist schon so, daß die Stadtwerke in vielen Bereichen auf die Notwendigkeit einer finanziellen Unterstützung immer wieder hingewiesen haben. Das haben alle Fraktionen immer wieder gewußt und es war in vielen Diskussionen, ob beim Budget oder bei Anträgen auf irgendwelche Tarifregulierungen, immer wieder zu lesen und ich glaube auch, daß sich weder der Kollege Wein, noch der Kollege Riedler jemals geweigert hätten, eine Information, wenn sie gebeten wurden, egal von welcher Fraktion, zu geben, wenn also hier etwas unklar ist. Wir haben in den Diskussionen und in den Fraktionen so manchen Beschluß gefaßt, der anders gelautet hat als der Vorschlag, der von den Stadtwerken gekommen ist. Das muß ich der Ehre halber hier sagen, so ist die Situation. Weil wir eben andere Überlegungen haben als wirtschaftliche in manchen Bereichen. Weil wir gesagt haben, dieser Tarif muß ein Sozialtarif bleiben, daher erhöhen wir ihn nicht um S 2,-, wie der Vorschlag war, sondern nur um S 1,- oder gar nicht. So ist doch die Situation, so diskutieren wir in den Fraktionen und hier im Gemeinderat. Ich glaube, daß wir das aus dem Grund heraus zurückweisen müssen und wir auch natürlich bereit sein müssen, die entsprechenden Mittel den Stadtwerken zur Verfügung zu stellen.

Nur eines muß ich auch sagen. Ich habe mich immer geweigert, so pauschal zu sagen, die Stadtwerke - das sage ich ganz offen - bekommen den oder den Betrag, weil ich glaube, daß man sich bemühen sollte seitens der Geschäftsleitung - das ist meine Auffassung - mit den Möglichkeiten, die vorhanden sind, bzw. alles zu tun, die Möglichkeiten, die vorhanden sind, auszuschöpfen. Den Auftrag darf ich jetzt auch geben. Aber wenn es trotz der Ausschöpfung aller Möglichkeiten nicht gelingt, den Erfordernissen nachzukommen, dann sind wir verpflichtet, die entsprechende Hilfestellung zu geben. Das werden wir künftighin selbstverständlich auch tun.

Der Vorschlag des Kollegen Holub bezüglich der Sammeltaxis, darüber sollte man, glaube ich, diskutieren. Das ist auch eine Frage der Rechnung, wie schaut das aus. Man kann sagen, da erspare ich mir einen Autobus, das ist richtig, da erspare ich mir 2,5 Millionen Schilling. Mit dem Betrag kann ich so und soviel erledigen. Es wäre aber bitte genau zu untersuchen. Soviel ich informiert bin, funktioniert das in großen Städten wie in Wien gut, aber in kleineren hat man schlechte Erfahrungen gemacht

Verschiedene Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das gehört genau geprüft und da gehört die Rechnung durchgeführt, wie das aussieht. . Wenn es die Möglichkeit der Verbesserung gibt, bin ich durchaus bereit, das nicht nur zu prüfen, sondern auch tatsächlich Veränderungen im Fuhrpark zu überlegen. Ob das kleinere Autobusse sind oder Sammeltaxis, welche Linien usw. Das gehört ja alles genau untersucht.

Ich möchte hier noch einmal sagen, daß ich die Beschuldigung der Bediensteten der Unternehmungen auf das schärfste zurückweise. Ich habe das Gefühl, daß sie nach ihren Möglichkeiten das Beste gemacht haben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Bürgermeister für seinen Beitrag und übergebe ihm wieder den Vorsitz. Wünscht noch jemand zu sprechen? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, ich anerkenne die Leistung der Bediensteten in den Stadtwerken. Ich habe kritisiert, was mir an der Geschäftsführung durchaus nicht gefällt und dabei bleibe ich auch. Das hat nichts damit zu tun, ob ich über Meinungsumfragen verfüge oder nicht. Ich kann durchaus den Kollegen Zagler beruhigen, ich verfüge nicht über Meinungsumfragen, sondern ich meine, daß wir ohne deutliches Signal der Unzufriedenheit hier im Gremium wahrscheinlich wieder beim "Drüberreden" bleiben. Daß wir nicht den Weg in die Zukunft gehen, daß wir nicht den Stadtwerken die Kapitalien geben, die dort notwendig sind. Ich habe niemals behauptet, daß die Geschäftsführer der Stadtwerke schuldhaft an diesem Kapitalmangel beteiligt sind, nie. Das sage ich ausdrücklich. Ich habe das auch in meiner ersten Wortmeldung gesagt. Ich habe auch erklärt, warum ich nach wie vor der Überzeugung bin, daß ich mit der Ablehnung nicht, weil ich meine, daß die Zahlen falsch wären, richtig liege, sondern weil ich meine, daß wir dieses deutliche Zeichen der Unzufriedenheit als Kollegialorgan brauchen. Beamte zu verteufeln war niemals meine Absicht, das tue ich nicht, ich wüßte auch nicht warum. Aber ich werde doch noch sagen dürfen, was mir nicht gefällt. Das hat mit verteufeln nichts zu tun, aber überhaupt nichts. Ob die persönliche Beziehungsebene mit der Geschäftsführung gestört ist oder nicht. Ich kann mich an sehr viele Gespräche mit 50 Prozent der Geschäftsführung erinnern, die jedenfalls in einem Ton abgelaufen sind, der niemals den Verdacht hat aufkommen lassen, daß hier eine besonders enge Beziehungsebene bestünde. Sollte ich das schmale Band verlassen haben, so muß ich sagen, als Mensch tut es mir leid, wenn ich Menschen kränke, aber wenn ich vor lauter Sorge auf Kränkung von anderen mich verschweige, mache ich mich schuldhaft. Daher erhebe ich die Vorwürfe, die meiner Meinung nach zutreffend sind und bitte Euch doch, ohne Animosität die Argumente in Ruhe zu überdenken, die ich eher auch in sehr gefaßter Ruhe vorgetragen habe.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Germeinderates!
Ich muß doch eines feststellen, die Aussage des Herrn Vizebürgermeisters Holub in der Steyrer Zeitung - ich weiß nicht, ob die Steyrer Zeitung selbst das so verfaßt hat. Die Überschrift hat auf jeden Fall gelautet: Die Stadtwerke Steyr sind konkursreif. Darüber kommen wir nicht hinweg, lieber Karl und ich muß dazu eines sagen, so mancher flüchtige Leser - ich will die Steyrer Zeitung nicht diskriminieren, daß sie nicht von vorne bis hinten gelesen wird - hat die Angewohnheit, daß er nur die Überschriften liest und vielleicht noch zwei Zeilen dazu und dann geht

er weiter und blättert um. Das wäre das eine, weil Du gesagt hast, Du hättest nur gemeint, wenn die Stadtwerke ein Privatbetrieb wären. Das hat aber der flüchtige Zeitungsleser gar nicht mehr mitbekommen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Aber Ehre wem Ehre gebührt. Auch die Steyrer Zeitung hat darüber berichtet, daß ich gesagt habe, wenn es ein Privatbetrieb wäre.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Das habe ich ja gerade gesagt.

Ich muß eines dazu sagen, Dein Ausspruch Geldvernichtungsmaschine - das ist auch in der Zeitung gestanden - ist beinahe in kaufmännischer Hinsicht eine Ehrabschneidung meines Direktors Kollegen Wein.

Bezüglich der Bemerkung der Sammeltaxis möchte ich vielleicht eines sagen. Die beiden Direktoren und ich haben einen Termin vereinbart mit dem Obmann der Taxivereinigung - ich will den Namen nicht nennen - um 19 Uhr in den Stadtwerken, weil er gesagt hat, er hätte früher nicht Zeit. Wir waren um 20.15 Uhr immer noch drüben und haben auf den Herrn gewartet, der aber ist nicht gekommen. Das zeigt doch, daß er kein Interesse hat, überhaupt einmal grundlegend eine Debatte zu führen, wie wir bzw. wie sich die Taxi-Leute das vorstellen könnten, ein Sammel-Taxi wie in Linz in die Wege zu leiten. Außerdem möchte ich noch dazusagen, daß man Steyr nicht vergleichen kann mit Linz bezüglich der Auslastung dieser Sammeltaxis und daß die Verluste - das hat der Herr Bürgermeister auch erwähnt - der Verkehrsbetriebe sicherlich noch größer werden würden.

Zu Kollegen Tremml darf ich sagen, daß ich so, wie Vizebürgermeister Wippersberger, danke sage für die richtige Verteidigung der Stadtwerke, der Geschäftsführung und ihrer Mitarbeiter.

Zu Kollegen Eichhübl bezüglich der Bestattung, daß Privatbetriebe auch nicht mit Verlusten arbeiten, kann ich nur eines sagen, Du warst ja selbst bei der Beschlußfassung dabei, das Krematorium hat ja einen neuen Veraschungssofen bekommen. Du hast auch heute gehört, daß wir dementsprechende Zinsen zahlen müssen. Solltest Du das nicht wissen ..

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe nicht vom Krematorium, sondern von der Bestattung gesprochen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Lasse mich bitte ausreden. Das Krematorium hat einen neuen Veraschungssofen bekommen und die Aufbahrungskojen in der Aufbahrungshalle sind auch neu gemacht worden. Das hat natürlich Geld gekostet und dadurch ist auch ein Verlust entstanden, der beim Privaten nicht entsteht, weil er das nicht investieren muß.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das ist doch ein eigener Posten Krematorium und Bestattung.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Herr Bürgermeister, ich darf bitten, die Abstimmung vorzunehmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer für den Antrag ist? Danke. Wer ist dagegen? Wer ist gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit 8 Gegenstimmen (ÖVP) und 1 Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Gewährung einer Kapitaleinlage zum Ankauf eines Stadtlinienbusses und zur Lieferung eines Fahrgelderhebungssystems mit Fahrscheinentwerter und deren Montage.

Ich möchte gleich vorweg nehmen, weil Herr Vizebürgermeister Holub erklärt hat, auch diesen Antrag wird die ÖVP-Fraktion ablehnen, obwohl mir das nicht ganz logisch erscheint. Ich darf dazu vielleicht nur eines sagen, daß ich mit Verwunderung zur Kenntnis nehme, daß die Vertreter der Wirtschaft - diesen Ausspruch will die ÖVP-Fraktion schon immer für sich erheben - gegen die Einführung und gegen den Ersatz eines solchen Systems auftritt. Das nur vorausgeschickt, weil in der Stadtsenatsitzung die ÖVP-Fraktion - Kollege Schloßgangl und Kollege Holub - bereits ein Nein gesagt haben zum Ankauf des Omnibusses und eines Fahrscheinentwertungssystems mit Fahrgeldentwerter. Zugestimmt haben sie in der Stadtsenatsfraktion zur 5,355.600,- S Kapitaleinlage. Ich darf Ihnen den Antrag des Stadtsenates zur Kenntnis bringen, welcher lautet:

16) ÖAG-5948/89

ÖAG-6083/89

Stadtwerke

Städtischer Verkehrsbetrieb - Ankauf eines Stadtlinienomnibusses sowie eines neuen Fahrgelderhebungssystems und Fahrscheinentwertungssystems - Gewährung einer Kapitaleinlage.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 27. 10. 1989 wird nachstehenden Auftragsvergaben für den städtischen Verkehrsbetrieb zugestimmt:

1. Lieferung eines Steyr Stadtlinienomnibusses SS 11 HU 240
an die Steyr-Bus GesmbH, Wien, zum Preise von S 2,262.910,- exkl.USt.
2. Lieferung eines Fahrgelderhebungssystems mit Fahrscheinentwerter
an die Fa. Elcom-Technik, Schlins, zum Preis von S 2,960.625,- exkl.USt
2. Montage von 12 Stück Fahrscheinentwertern in den Mercedes-Omnibussen sowie Verlegung des abgeschirmten Kabels zwischen Fahrscheinentwerter und Fahrscheindrucker einschließlich Montage von 10 Krauth-Zahltsichen
an die Steyr-Daimler-Puch AG, Steyr, zum Preise von ca. S 132.000,- exkl.USt.

Gleichzeitig wird zur Finanzierung dieser Ankäufe durch die Stadtwerke Steyr den Stadtwerken eine Kapitaleinlage in der Höhe von S 5,355.600,- gewährt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 5,355.600,-- (fünf Millionen dreihundertfünfundfünfzigtausendsechshundert)

bei der VA-Stelle 5/8790/779000.6 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich ersuche den Herrn Bürgermeister um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gemeldet hat sich dazu Kollege Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Vorweg einmal gleich, werte Kolleginnen und Kollegen, daß das Nein zum Autobus falsch zitiert wurde. Wenn wir uns die Stadtsenatsitzungen, an denen die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates nur teilnehmen konnten, wenn sie Stadtsenatsmitglieder sind, vor Auge führen, so habe ich dort den Vorschlag gemacht, daß wir aufgrund der Bilanzsituation der Stadtwerke - angedeutet habe ich es ohnehin schon - eine Kapitaleinlage von beispielsweise 6 Millionen, ich habe das im Stadtsenat noch aufgerundet, an die Stadtwerke ohne Zweckwidmung machen. Wir waren der Mei-

nung, daß, wenn die Ersatzbeschaffung des Linienbusses tatsächlich notwendig ist, und man wird es ja noch in der Diskussion bezweifeln dürfen, ob es tatsächlich notwendig ist. Aber wenn sie notwendig ist, daß im heurigen Jahr die Bestellung erfolgen sollte und im nächsten Jahr die Mittelfreigabe, und für die Freigabe wieder eine Bedeckung durch eine Bezuschussung der Stadt erfolgen sollte. Wir waren der Meinung, daß man auf das Fahrgelderhebungssystem, das sinnigerweise hier im Bericht Fahrgeldentwertungssystem heißt, zunächst einmal verzichten sollte, mit Notmaßnahmen versuchen sollte - nicht das, was immer zitiert wird mit nummerierten Zetteln, das wäre ja die letzte Stufe der Notmaßnahme - über das kommende Kalenderjahr mit dem bestehenden System drüberzukommen, bis wir in der Lage wären, ein neues, geordnetes Fahrschein- und Tarifsysteem zu entwickeln. Ich glaube, daß der Rat an sich nicht so falsch war. Weil damit erreicht worden wäre die Ersatzbeschaffung eines Autobusses und die Kapitalzufuhr an die Stadtwerke und die Vermeidung einer Ausgabe, deren volle Sinnhaftigkeit noch nicht ausreichend erscheint. Es fällt anderen wirklich zu den städtischen Tarifen mehr ein. Wenn man nur bedenkt, was andere Städte an Tarifen anbieten können, so ist das, was wir machen, doch sehr karg. Die Ideenfreudigkeit war sogar so weit, daß man gemeint hat, der 20-Karten-Vorverkauf über die Banken wäre nicht möglich. Der 20-Karten-Vorverkauf funktioniert über die Banken, die Geldinstitute machen sicher auch noch Intervention, aber doch diese Tätigkeit gratis. Warum denkt man nicht nach über Vorverkaufs-Vertriebswege, die auch zumutbar sind. Warum hält man sich nicht vor Augen, daß ein Fahrer, der einen Autobus im 1-Mann-Betrieb bedienen muß, eine riesige Verantwortung für Sache und Personen trägt? Ich betone und Personen trägt. Daß dieser Fahrer bestimmt überfordert ist, wenn er Vorverkaufstarife anbieten und verkaufen soll. Dazu brauchen wir, damit das möglich ist, dieses Fahrgelderhebungssystem, damit im Fahrzeug der Fahrer diesen Wünschen nach Vorverkaufskarten nachkommen kann. Im Amtsbericht wird darauf hingewiesen, daß die daraus entstehenden Verzögerungen ja wohl zumutbar wären. Ich behaupte, daß weder die Verzögerung zumutbar ist bei einer straffen Linienführung, noch daß es dem Fahrer zumutbar ist. Diese Burschen leisten eine großartige Arbeit, man muß sich einmal vorstellen, mit einem 12-Meter-Bus in der engen Stadt herumzukurven, auf die Fahrgeldgenauigkeit zu achten und dann womöglich noch Vorverkaufsberatung zu tätigen. Bei Wartezeiten, die nicht zur Verfügung stehen, sondern zwischen dem An- und Abfahren von einer Haltestelle. Das ist dem Menschen nicht zumutbar, diese Erkenntnis zieht sich durch weite Bereiche im öffentlichen Verkehr durch und daher werden die Fahrer eigentlich nur mit der Ausgabe von 1-Fahrten-Scheinen belastet in öffentlichen Verkehrsmitteln, und zwar weitem. Daher glaube ich, daß es unrichtig ist, ein Fahrgelderhebungssystem anzuschaffen, das von dieser Praxis abgeht. Es wäre vielmehr richtig, über Vorverkaufssysteme nachzudenken, es wäre vielmehr richtig, über Vertriebswege nachzudenken. Mit der Ausgabe von 3 Millionen und etwas für dieses Fahrgelderhebungssystem ist dieses Nachdenken auf einige Zeit abgeschoben bis sich neue alternative Möglichkeiten aus der Reinvestitionserfordernis wieder auftun. Das nenne ich Geldvernichten. Warum denken wir nicht nach über Streifenkarten-Systeme. Sie können beim Wiener Verkehrsbetrieb - ich habe da jetzt irgendwo das Prospekt verschmissen, ich hoffe, daß ich es wieder finde - übertragbare Tages-Netzkarten für 8 Tage im Vorverkauf kaufen, das kostet S 220,-. Sie können damit in ganz Wien herumfahren. Sie können in Wien, wenn Sie Schülerfreifahrt haben, auf diese Schüler-Freifahrtkarte eine Wertmarke von monatlich S 50,- kleben und können damit eine Netzkarte für das ganze Monat haben. Sie können, wenn Sie Student sind, auf die Studenten-Freifahrtkarte eine Wertmarke von S 50,- aufkleben und haben damit eine Netzkarte. Sie können ein Vorverkaufsticket für eine Monatsnetzkarte, die übertragbar ist, erwerben. Jetzt habe ich das Prospekt gefunden. Sie können eine Streifenkarte zum halben Preis unter bestimmten Bedingungen erwerben, Sie können eine Wochenkarte als Netzkarte erwerben. Das gibt es bei uns auch.

GEMEINDERAT EICHHÜBL VERLÄSST UM 17.45 UHR DIE SITZUNG

Sie können eine Monatskarte als Netzkarte erwerben, die aber übertragbar ist. Was das Faszinierende an den Mehrfahrtensystemen in Wien ist, z. B. bei der 8-Tage-Umweltstreifenkarte, wenn 3 Personen mit dieser Karte fahren, dann entwertet man 3 Fahrten und diese 3 Personen verfügen über eine Netzkarte. So steigert man Attraktivität von Verkehrsmitteln. Es kommt nicht darauf an, ob da ein computerunterstütztes Fahrscheindrucksystem drinnen ist, sondern es kommt darauf an, wieviel Hirnschmalz vorher investiert worden ist in die Vorverkaufssysteme. Man kann, wenn man über die Reduzierung des Individualverkehrs nachdenkt, überhaupt nicht daran umhin zu betonen, daß die Attraktivität des öffentlichen Verkehrsmittels in der bargeldlosen Verfügbarkeit gegeben sein muß. So wie ich in ein betanktes Auto einsteige und damit fahre, weil ich kein Kleingeld brauche, so muß ich mit Vorverkaufssystemkarten in das städtische Verkehrsnetz einsteigen können und komfortabel - nicht auf Polstersitzen, sondern mit richtiger Linienführung, mit richtigen Betriebszeiten, mit richtigen Alternativsystemen mein Reiseziel innerhalb der Stadt erreichen. Dann bin ich bereit, als Bürger auf meinen Pkw zu verzichten. Es wäre ein fataler Trugschluß anzunehmen, daß wir die Attraktivität uns wieder mit Fahrgelderhöhungen bezahlen lassen. Ich glaube, es wäre ein falscher Weg, wenn man - leider ist er nicht mehr da, ich hätte ihm das gerne selbst gesagt - Eichhübls Vorschlag folgt, Kurzstreckentarife einzuführen, wobei der Vorschlag unweigerlich so aussehen muß: Jetziger Tarif ist Kurztarif, nächster Weitstreckentarif ist Tarifierhöhung. Das wäre falsch. Ich glaube, wir müssen über Streifenkarten nachdenken. Der Vertriebsweg selbst bei Provisionierung, liebe Freunde, so denkt doch einmal nach, bis da in der Provisionierung 3 Millionen Schilling, die das Erhebungssystem kostet, abverdient sind oder abgearbeitet sind, vergeht wohl einige Zeit bei gut durchdachten Vorverkaufssystemen. Das ist bitte der Grund, warum ich auftrete gegen das Fahrgelderhebungssystem, nicht weil ich etwa den Stadtwerken die Spielerei mit der EDV neidig bin. Nein, noch einmal, weil ich glaube, daß der Fahrer nicht mit Vorverkauf von mehreren Systemkarten belastet werden darf. Und weil ich glaube, daß sich andere Vertriebswege finden lassen. Meine Appell an Euch, liebe Kollegen, folgt meinem Vorschlag. Kapitalisieren wir doch die Stadtwerke, die tatsächlich unverschuldet Not leiden in der Bilanz. Das wurde heute mehrfach betont auch von mir. Für das Minus in der Bilanz können sie wirklich nichts. Kapitalisieren wir doch wirklich die Stadtwerke, indem wir meinem Vorschlag folgen. Ich würde sagen 6 Millionen Schilling den Stadtwerken als Kapitalbeihilfe geben, die Bestellung des Autobusses jetzt bewilligen, in Aussicht stellen, was heißt in Aussicht stellen, betonen, daß nächstes Jahr eine Kapitaleinlage um den Kaufpreis erfolgt und bitten wir doch die Geschäftsführung der Stadtwerke, daß sie auf dieses Fahrgelderhebungssystem verzichten möge. Ich bin überzeugt, wenn wir alle wollen, wird das funktionieren. Meine Damen und Herren, das Nein zu diesem Antrag kommt nur dann, wenn Sie dieser Abänderung nicht Folge leisten. Die Abänderung, die ich Ihnen vorschlage nicht als Abänderungsantrag, sondern zum Bedenken jetzt noch einmal, machen wir das doch gemeinsam, kapitalisieren wir die Stadtwerke mit dem Geld, geben wir den Auftrag für den Autobus, verzichten wir auf das Erhebungssystem zunächst bis wir wissen, was wir können, was wir wollen und zahlen wir den Autobus nächstes Jahr mit einer Kapitaleinlage der Stadtwerke. Dann haben Sie unser begründetes Ja zum Antrag, wenn Sie dem nicht folgen können, habt Ihr auch ein begründestes Nein.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall, ich bitte um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte gleich betonen, mein Schlußwort wird etwas länger dauern. Als 1977 die Frage der Beschaffung eines neuen Fahrgeld-Erhebungssystems zur Diskussion stand, wurde durch die verantwortliche Geschäftsführung der Stadtwerke eine Erhebung bei den bei anderen Unternehmen angewandten Unternehmen durchgeführt. Bereits zum damaligen Zeitpunkt war zu erkennen, daß zu Beginn der 80iger Jahre die Technik der mechanischen Fahrscheinzählung und Ausgabe durch ein elektronisches System ersetzt werden wird. Da die Wirtschaft nicht in der Lage war, ein taugliches System anzubieten, und die Fahrgeldeinheber einschließlich Fahrscheinentwertung manuell nicht mehr tragbar war, wurden Geräte, über die eine fast 2 Jahrzehnte dauernde Einsatzerprobung vorliegt, beschafft. Seit etwa einem Jahr war jedoch festzustellen, daß das 1978 geschaffene Fahrschein-Erhebungssystem aufgrund des Alters und der angewandten Technik der seinerzeit vorgegebenen Verbesserung insofern nicht mehr zeitgerecht war, da die Aufwendungen zur Erwartung wesentlich angestiegen sind und die Beschaffung von Ersatzteilen zum Teil schwierig und unmöglich geworden ist. Da das Fahrgeld-Erhebungssystem nicht nur zur Verrechnung des durch den Fahrer eingehobenen Geldes, sondern auch zur Überwachung der von den Fahrgästen gelösten Fahrscheine dient, haben sich die Stadtwerke aufgrund der gewonnenen Erfahrungen mit dem bisherigen System um die Einführung eines kundengerechten Systems bemüht. Zielrichtung dabei war, daß die Fahrgelderhebung beim Omnibuslenker möglichst zurückgedrängt bzw. völlig aufgelassen wird. Da diese System und die dabei zu beschaffenden Geräte letztlich auch eine Verbesserung des betriebsinternen Organisationsablaufes herbeiführen sollten, hat man an die Beschaffung von ortsgebundenen Fahrscheinautomaten mit Banknoteneinsatz und Geldrückgabe gedacht. Diese Fahrscheinautomaten sind zwar erheblich teurer als fahrscheinbezogene Fahrscheingelderhebungsgeräte, würden aber auf längere Sicht den Bedürfnissen des Fahrgastes eher entsprechen, zumal die zeitaufwendige Fahrgelderhebung im Omnibus entfallen würde und darin geringere Aufenthaltszeiten bei Haltestellen gegeben sind. Im Hinblick darauf, daß auch die Stadt Steyr sich einem noch zu bildenden Verkehrsverbund nicht verschließen kann und für die Ausstattung des Fahrscheinautomaten das Tarifsysteem eines Verkehrsverbundes festgelegt sein muß, wurde zur Vermeidung von neuerlichen Kosten bei Einführung des Verkehrsverbundes auf die Beschaffung dieses Automaten vorerst verzichtet. Die Produzenten solcher Geräte haben die Auffassung vertreten, daß nur dann die Beschaffung von Fahrscheinautomaten sinnvoll ist, wenn das Gerüst des Tarifsystems für einen Verkehrsverbund feststeht. Da ein Verkehrsverbund Steyr nicht an den Landesgrenzen zum Nachbarland enden kann und daher auch die niederösterreichische Landesregierung in die verhandlungen einzubinden ist, ist bereits jetzt abzusehen, daß der zu gründende Verkehrsverbund einen nicht unbeträchtlichen Verhandlungszeitraum in Anspruch nehmen wird. Es war daher folgerichtig, daß die Geschäftsführung der Stadtwerke Überlegungen hinsichtlich der standortgebundenen Fahrscheinautomaten vorerst nicht weiter verfolgt hat und auf ein kostengünstigeres und dennoch im Verkehrsverbund einzusetzendes Gerät zur Fahrgelderhebung umgestiegen ist.

Dieses nunmehr zu beschaffende Fahrgelderhebungssystem deckt zwar einen großen Bereich verschiedenster Fahrscheinarten ab, wird aber vorerst nicht völlig ausgelastet, bietet aber dem Unternehmen die rasche und flexible Anpassung an Tarifsysteme innerhalb eines Verkehrsverbundes an. Unter Berücksichtigung dessen, daß den Stadtwerken auch in Zukunft die Abgabe von Einzelfahrscheinen durch den Omnibuslenker nicht erspart bleiben wird und auch in einem Verkehrsverbund eine Übergangsphase notwendig ist, müssen die Stadtwerke auf ein funktionstüchtiges Fahrgelderhebungssystem drängen. Da aber das bisherige System wegen der Störanfälligkeit und der zum Teil nicht mehr gegebenen Ersatzteilbeschaffungsmöglichkeit des Produzenten bzw. des betreffenden Wartungsvertrages und der damit verbundenen Risiken einer Untauglichkeit ersetzt werden muß, war die Geschäftsführung der Stadtwerke veranlaßt, ein möglichst preisgünstiges und dennoch späteren Anforderungen

gerechtfertigendes Fahrgelderhebungssystem zu beschaffen. Der Geschäftsführung der Stadtwerke ist bewußt, daß die Auslastung des neu zu beschaffenden Fahrgelderhebungssystems nie 100 prozentig sein wird, mußte aber zur Kenntnis nehmen, daß es kein Produkt gibt, das ausschließlich auf die spezifischen Tarifverhältnisse bei Verkehrsunternehmen ausgerichtet ist. Da die angewandte Technik auf den jahrzehntelangen Erfahrungen der elektronischen Datenverarbeitung aufbaut, ist es von der Produzentenseite her durchaus verständlich, ein Gerät, das große Bereiche verschiedener Tarifsysteme abdeckt, zu erzeugen. Letztlich war für die Auswahl eines Fahrgelderhebungssystems maßgebend, daß durch die Unternehmensleitung ein Tarifsystem angewandt werden soll, das möglichst rasch und kostengünstig den Fahrgastanforderungen entspricht.

Ein wesentliches Kriterium eines Fahrgeld-Erhebungssystems ist, daß der Unternehmensleitung rasch und möglichst umfangreich Informationen über den Fahrgastfluß zur Verfügung stehen. Die bisher angewandte Fahrgelderhebung war für die detaillierte Erhebung des Fahrgastflusses völlig unbrauchbar, so daß diesbezüglich die Daten letztlich nur auf Schätzungen aufgebaut waren.

Ich darf daher nochmals wiederholen, daß die bisherigen Geräte nur den Mindestanforderungen des derzeitigen Fahrgelderhebungssystems entsprechen und wegen ihrer fast 11jährigen Einsatzdauer zusehends störanfälliger werden und daher unbedingt ersetzt werden müssen. Daß die Geschäftsführung dabei letztlich auch auf die kostenmindernde Reorganisation der Fahrscheinabrechnung Bedacht nimmt, ist meiner Auffassung nach nicht nur legitim, sondern auch verpflichtend. Eine verantwortungsvolle Geschäftsführung darf keinesfalls die von der Wirtschaft angebotene Technik völlig außer acht lassen, da gerade in finanziell schwierigen Zeiten die kostenbewußte Organisation von eminenter Bedeutung ist.

Ich möchte daher die in der Presse wiedergegebene ÖVP-Meinung dahingehend interpretieren, daß nur jene Verantwortlichen eine Finanzmittelvergeudung betreiben, die sich einer Technik bedienen, die einerseits kostenaufwendig und andererseits unzureichend für die innere Organisation ist. Letztlich möge man bedenken, daß der Verkehrsbetrieb der Stadt Steyr ein Dienstleistungsunternehmen ist und zwar der Stadt und die Bevölkerung dieses auch an der Einsetzung moderner Techniken mißt. Es soll ein Linienunternehmen wie jenes der Stadt Steyr nicht mit Kleinunternehmen, die den Fahrgasttransport in schwach besiedelte Gebiete abdecken, verglichen werden.

Abschließend möchte ich noch einmal festhalten, daß die Stadtverwaltung bei einer im Stadtsenat getroffenen Entscheidung auf all die von mir erwähnten Gründe sorgfältigst achtete und daher keine den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit widersprechende Entscheidung traf.

Herr Bürgermeister ich bitte um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit 8 Gegenstimmen (ÖVP) und 1 Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein letzter Antrag lautet

17) ÖAG-6056/87

Stadtwerke

Städt. Gaswerk - Erdgasabgabepreis für Tarifabnehmer;
preisbehördliche Gutschrift für das Jahr 1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 19. 10. 1989 wird den Gaskunden einmalig für das Jahr 1989 eine Gutschrift auf die von ihnen bezogene Jahresmenge im Gesamtausmaß von S 700.000,- gewährt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jeman dzu sprechen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit 1 Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

Danke. Anstelle des Kollegen Zöchling bitte ich Kollegen Sablik um die Berichte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK (anstelle des abwesenden Stadtrates Zöchling):
Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen 3 Anträge vortragen. Der erste betrifft die Übernahme des Grundstückes 1757/7, KG. Steyr, in das öffentliche Gut. Im Bereich der Steiner Straße wurde bei der Straßenherstellung eine neue Straße geschaffen. Der Antrag lautet:

18) Bau2-85/70

Übernahme des Grundstückes 1757/7, KG.

Steyr, in das öffentliche Gut.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtesberichtes wird der Übernahme des Grundstückes 1757/7, KG. Steyr, in das öffentliche Gut als Ortschaftsweg zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es Wortmeldungen dazu? Das ist nicht der Fall. Gibt es eine Gegenstimme? Eine Enthaltung? Der Antrag mit 1 Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der zweite Antrag betrifft den Ankauf der Grundstücke 400/36, 400/37 und 400/38, KG. Hinterberg, für das Pumpwerk Forelle.

19) Bau6-5381/87

Ankauf der Grundstücke 400/36, 400/37 und

400/38, KG. Hinterberg, für das Pumpwerk Forelle.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion wird dem Ankauf der Grundstücke 400/36, 400/37 und 400/38, KG Hinterberg, im Gesamtausmaß von 836 m² zur Errichtung des Pumpwerkes Forelle in Münichholz zum Preis von S 200,- je m² von der Wohnungsanlagen GesmbH 4020 Linz, Stadlerstraße 3, zugestimmt. Die hierfür erforderlichen Mittel einschließlich der Grunderwerbsteuer im Ausmaß von S 173.052,- (einhundert-dreihund-siebenzigtausendnullzweiundfünfzig) werden bei der VA-Stelle 5(8110/050210.2 freigegeben.

Unter einem wird der Übernahme des Verbindungsweges zwischen der Kematmüllerstraße und dem Forellenweg in das öffentliche Gut als Ortschaftsweg zugestimmt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu sehe ich keine. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der letzte Antrag betrifft den Ankauf eines Gewerbegrundstückes hinter dem Gußwerkareal von der Steyr-Daimler-Puch AG. Es wurde heute schon darüber gesprochen und ich kann mir die Vorgeschichte ersparen. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

20) ÖAG-404/88

Ankauf eines Gewerbegrundstückes hinter dem
Gußwerkareal von der Steyr-Daimler-Puch AG.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Ankauf des Industrieareals aus EZ 11 Kat. Gem. Hinterberg, bestehend aus Grundstücken 16, 19, 24, 27, 28, 42 und Baufläche 2 im ungefähren Ausmaß von 62.000 m² von der Steyr-Daimler-Puch AG, zum Preise von S 300,-/m², laut Amtsbericht der Magistratsdirektion wird zugestimmt. Die Berechnung des genauen Kaufpreises erfolgt nach Vorliegen des definitiven Flächenausmaßes laut Geometerplan. Sämtliche Kosten und Gebühren des Vertrages werden von der Stadt getragen. Die Freigabe des Kaufpreises samt Kosten ist einem gesonderten Beschluß des Gemeinderates vorbehalten.

Ich ersuche auch hier um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Seit Jahren fordere ich namens der ÖVP-Fraktion sowohl den Ankauf der Gewerbe- und Industriegebiete in Hinterberg als auch den Erwerb der Reithoffergründe. Nunmehr hat sich die Mehrheitsfraktion unseres Gemeinderates bereitgefunden, die Gründe in Hinterberg zu erwerben. In letzter Minute sozusagen, denn private Interessenten, wie im gegenständlichen Fall der Schrot- und Altwarenhändler Gebeshuber, gaben letztlich den Anstoß dazu und zeigten auf, daß man, wenn man ernstlich bemüht ist, auch heute noch relativ günstig, zu relativ günstigen Bedingungen, von den Steyr-Werken Gründe erwerben kann. Es hätte aber aufgrund des langen Überlegens, bis der Entschluß zum Ankauf dieses Grundes gefaßt wurde, leicht sein können, daß noch andere private Interessenten oder Spekulanten aufgetreten wären, und dann der Stadt die Möglichkeit des Erwerbs dieses Grundstückes sowie der Einfluß auf die Verwertung und die Verbauung dieses Areals völlig entzogen worden wäre. So sehr ich den Ankauf der 62.000 Quadratmeter großen Grundfläche begrüße, so sehr bedaure ich, daß nicht die gesamten 77.000 Quadratmeter von der Stadt Steyr erworben werden, weil dadurch die Gesamtplanung und die optimale Verbauung bzw. Verwertung dieses Grundes nicht mehr uneingeschränkt gegeben ist.

Dasselbe gilt sinngemäß auch für die Reithoffergründe. Ich möchte daher einen diesbezüglichen Antrag neben unserem Dringlichkeitsantrag einbringen und darf Ihnen dessen Inhalt zur Kenntnis bringen:

"Antrag gemäß § 11 des Stadtstatutes in Entsprechung der Bestimmungen der Geschäftsordnung. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Hinblick auf die Wichtigkeit des Reithoffer-Areals schon infolge seiner einzigartigen Lage in der Stadt Steyr, ist eine besonders nachhaltige und zweckentsprechende Verwertung dieser Gründe im Sinne einer geordneten Stadtentwicklung unbedingt geboten. Die ÖVP-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Steyr stellt daher folgenden Antrag an den Gemeinderat: Der Gemeinderat wolle beschließen, die Stadt Steyr hat sich die Dispositionsmöglichkeiten über das gesamte Areal der Reithoffergründe in der Weise zu sichern, daß sie dieses entweder selbst käuflich erwirbt oder sich aber in zweckentsprechender Form an einer Verwertungs- und Finanzierungsgesellschaft beteiligt.

Der Magistrat der Stadt Steyr hat die zur Realisierung dieses Grundsatzbeschlusses notwendigen Maßnahmen umgehend zu ergreifen."

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der ÖVP-Fraktion um geschäftsordnungsmäßige Behandlung dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gemäß der Geschäftsordnung wird dieser Antrag in der nächsten Sitzung des Gemeinderates behandelt

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Darf ich zu dem Antrag jetzt Stellung nehmen? Danke.

Wir von der ÖVP-Fraktion sind uns bewußt, daß der Kaipitalbedarf für den Erwerb dieses 52.000 Quadratmeter großen Grundstückes kaum aus Budgetmitteln aufzubringen sein wird. Es sei denn, wie schon einmal geplant, daß verschiedene Wohnbauträger, GWG, Styria oder Erste Gemeinn. Wohnungsgesellschaft, diesen Grund erwerben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ist das schon der Dringlichkeitsantrag?

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Nein. Wir wissen auch, daß der Preis mittlerweile an den Verkehrswert angepaßt wurde. In konkreten Verhandlungen bei Ankauf des Gesamtareals wäre doch sicher ein noch immer akzeptabler Preis erzielbar. Unserer Meinung nach hat sich die Stadt Steyr unbedingt die Dispositionsmöglichkeiten über die Reithoffergründe zu sichern, entweder durch Kauf oder durch entsprechende Beteiligung an einer Verwertungs- oder Finanzierungsgesellschaft. Das sind die letzten zentrumsnahen Gründe, die derzeit zur Verfügung stehen und deren Wert auch in Zukunft steigen wird. Daher sind die von uns geforderten Maßnahmen mehr als gerechtfertigt.

Der Umbau und die Sanierung des Stadtbades zu einem Erlebnisbad soll 60 Millionen Schilling kosten. Das Projekt ist gefällig und findet auch unsere Zustimmung. Die Dringlichkeit Gefahr im Verzug scheint mir nach durchgeführtem Lokalausweis sicher nicht so dringlich, daß nicht noch 1 oder 2 Jahre zugewartet werden könnte. Leider ist dies bei den Reithoffergründen, nicht zuletzt wegen der unentschlossenen Haltung der Stadt Steyr, sonst hätten wir den Grund zum halben Preis bekommen. Der Herr Bürgermeister wird dementieren, nicht die zögernde Haltung, die übrigens von den Vertretern der Steyr-Daimler-Puch AG bestätigt wurde, sondern der Wechsel bei den CA-Direktoren sei für das Scheitern der Verkaufsverhandlungen verantwortlich,

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ja, so ist es.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Leider ist ein weiteres Zuwarten nicht möglich, so daß hier unbedingt rasch gehandelt werden muß und entsprechende Verhandlungen mit der Steyr-Daimler-Puch AG sind dringend geboten sind.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Der Antrag Reithoffer wird in der nächsten Sitzung laut Geschäftsordnung behandelt. Ich frage, ob zu dem Antrag, den Kollege Sablik vorgetragen hat, betreffend den Ankauf eines Gewerbegrundstückes hinter dem Gußwerk, jemand zu sprechen wünscht? Kollege Wippersberger bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich verahre mich dagegen, daß wir hier etwas versäumt haben. Es ist interessant, wenn die ÖVP auf den fahrenden Zug aufspringen will. Den Ankauf der Reithoffergründe haben wir schon vor Jahren behandelt, da habt Ihr noch gar nichts gewußt, da haben schon der Bürgermeister und ich mit dem damaligen CA-Chef darüber verhandelt. Ähnlich ist es auch beim Gußwerk II, bis vor 2 Jahren waren die Steyr-Werke überhaupt nicht verkaufsbereit. Erst später waren sie soweit und haben gesagt, ja wir wären unter Umständen bereit und man hat uns eine Option zugesagt für dieses Grundstück. Nachdem das ja auch allerhand Geld ist haben wir gesagt, wenn wir die Option haben, dann warten wir noch ein bißchen zu.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich möchte nur einen Satz dazusagen. Ich glaube, man sollte wirklich beherzigen, was im Amtsbericht angeführt ist, daß man den Ankauf der Hinterberger-Gründe jetzt zunächst einmal beschließen muß, damit man in ein konkretes Verhandlungsstadium mit den Steyr-Werken kommen kann und daß dieser Beschluß - ich glaube, das sollten wir wirklich protokollkundlich haben - nicht ausschließt, daß sich die Stadt an einer Finanzierungsgesellschaft auch nur beteiligt, die dann als Erwerber auftreten könnte, damit die optimalen Wege genutzt werden, die zur Beschaffung des Grundes nur denkmöglich sind. Natürlich werden wir dem Antrag unter diesem Licht zustimmen, weil damit ist das wirklich auch von unserer Seite offen und ich bitte wirklich darum, da weitere Verhandlungen zu führen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

In dem Zusammenhang darf ich sagen, solche Verhandlungen sind im Gange und wir hoffen, daß wir zu einem positiven Abschluß kommen. Aber es ist ja im Antrag enthalten, daß dazu ein eigener Gemeinderatsbeschluß erfolgen muß. Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Gegenteilige Auffassung? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke für die Berichte.

Wir kommen jetzt zum eingangs der Sitzung eingebrachten Dringlichkeitsantrag gemäß § 11 des Stadtstatutes von der Österr. Volkspartei. Hier darf ich Herrn Stadtrat Schloßgangl um die Berichterstattung bitten.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Dringlichkeitsantrag gemäß § 11 des Stadtstatutes und § 6 der Geschäftsordnung. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, da für die städtische Entwicklung eine nach Lage und Qualität entsprechende Bebauung bzw. Verwertung der Reithoffergründe, die derzeit noch im Eigentum der Steyr-Daimler-Puch AG stehen, notwendig ist, andererseits aber auch eine Entwicklung, die diesen Bestrebungen zuwiderläuft, nicht von vornherein ausgeschlossen werden kann, stellt die ÖVP-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Steyr nachfolgenden Dringlichkeitsantrag.

"Der Gemeinderat wolle beschließen: In Anbetracht des bereits eingeleiteten Verfahrens Bau2-820/89 zur Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 68, betreffend das Areal der Reithoffergründe, durch welche deren Umwidmung von Betriebsbaugelände in gemischtes Baugelände bzw. Wohngebiet vorgesehen ist, wird über dieses Gebiet der Reithoffergründe gemäß § 58/1 der Oö. Bauordnung im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung eine Bausperre verordnet."

Und nun kurz unsere Stellungnahme dazu. Die Reithoffergründe sind, wie schon ausgeführt, derzeit im Flächenwidmungsplan als Betriebsbaugelände ausgewiesen.

Vor einiger Zeit wurde seitens des Magistrates Steyr eine Abbruchgenehmigung erteilt und dem Vernehmen nach werden die Steyr-Daimler-Puch AG nach positiver Stellungnahme des Bundesdenkmalamtes - diese ist zu erwarten - den Großteil der Gebäude schleifen lassen und den Grund verkaufen.

Wir akzeptieren die Meinung des Denkmalamtes, trotzdem sollte vor dem Abbruch fast aller Gebäude eine entsprechende Umwidmung, die zur Zeit im Gange ist, sowie eine Generalplanung über die zukünftige Nutzung bzw. Verbauung abgewartet werden. Wir haben daher den von Herrn Bürgermeister verlesenen und von mir jetzt noch einmal zur Kenntnis gebrachten Dringlichkeitsantrag eingebracht, eine vorläufige Bausperre zu verhängen, um eine zweckmäßige und geordnete Bebauung zu gewährleisten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich darf den Vorsitz übergeben, denn ich möchte auch dazu Stellung nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seine Wortmeldung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, zu diesem Dringlichkeitsantrag möchte ich folgende Stellungnahme abgeben.

Es ist bekannt, daß das gesamte Areal der sogenannten Reithoffergründe nach wie vor im Besitz der Steyr-Daimler-Puch AG ist. Die Steyr-Daimler-Puch AG hat selbst die Umwidmung dieses Areals von der Kategorie Betriebsbaugelände in die Kategorie Wohngebiet angestrebt. Der Antrag liegt also vom jetzigen Eigentümer vor. Außerdem hat bekanntermaßen die Stadt schon sehr intensive Bemühungen - Kollege Wippersberger hat darauf hingewiesen - an den Tag gelegt, die Gründe selbst zu erwerben, um in Zukunft deren Verwertung in einem Maß vorzunehmen, die den öffentlichen Interessen am meisten entspricht. Aus diesem Grund hat die Stadt Überle-

gungen angestellt, in Zukunft eine Verwendung in der Form vorzunehmen, daß der stadtnähere Teil der Reithoffergründe im Anschluß an die GWG-Bauten der gewerblichen Nutzung verbleiben soll und der stadtauswärts gelegene Teil als Wohnbebauung gewidmet ist. In diesem Zusammenhang haben auch mit verschiedenen Steyrer Wohnbauträgern Vorverhandlungen stattgefunden. Bei der Fortsetzung des Flächenwidmungsverfahrens und dessen Abschluß mit einem zuständigen Gemeinderatsbeschluß wäre daher sichergestellt, daß diesen Intentionen entsprochen werden kann. Es liegen keine Anhaltspunkte für die Notwendigkeit der Erlassung einer Bausperre vor. Im übrigen kann der im Antrag bezeichneten Möglichkeit einer ungenützten Bebauung bzw. Verwertung des Areals der Reithoffergründe besser durch eine Rahmenplanung im Sinne einer Bebauungs- oder Flächenwidmungsplanung entgegengesteuert werden, weil dabei Richtlinien für eine Stadtentwicklung im positiven und vorausschauenden Sinn festgelegt werden. Das nur verhindernde Rechtsinstrument der Bausperre für sich allein ist meiner Meinung nach nicht geeignet, positive Stadtentwicklungstendenzen zu begründen. Ich glaube sogar, daß die Erlassung einer Bausperre dazu führen könnte, daß allfällige Interessenten ihr Interesse nicht mehr zum Ausdruck bringen. Ich möchte darauf hinweisen, daß eine Bausperre nicht den Abbruch beinhaltet, das möchte ich hier sehr deutlich sagen. Wenn das der Fall gewesen wäre, wäre die Situation eine andere auch aus unserer Sicht. Das ist rein eine sachliche Überlegung. Das Verfahren zur Flächenwidmungsplanänderung für das Werkareal der Reithoffergründe befindet sich derzeit im Stadium der öffentlichen Kundmachung und Auflage, wie dem Amtsblatt der Stadt Steyr vom Oktober 1989 zu entnehmen ist. Eine Beschlußfassung dieser Flächenwidmungsplanänderung ist dem Gemeinderat vorbehalten.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch darauf hinweisen, daß die Stadt natürlich größtes Interesse hat an der zukünftigen Gestaltung dieses Areals.

Aber bitte sehr, es kann doch nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sein, alle Bereiche, wo es Probleme gibt, anzukaufen. Das möchte ich sehr deutlich sagen. Wir wollen Einfluß nehmen darauf, das sage ich schon, aber hier nehme ich vielleicht eine Stellungnahme zum Antrag, der in der nächsten Sitzung behandelt wird, etwas vorweg. Wir können doch nicht alle Bereiche ankaufen, die für die private Hand unter Umständen uninteressant sind, weil sie zu teuer sind und weil sich das nicht rechnet. Hier soll die öffentliche Hand immer einspringen. Das kann ich nicht verstehen. Jeder ist in der Lage, morgen zu den Steyr-Werken zu gehen, jede Gemeinschaft, jede Gesellschaft, die Stadt, jeder. Und er bekommt diesen Grund, wie er ist, um den Preis, den sich das Werk vorstellt. Jeder, jeder Private, jede Gemeinschaft kann dort hingehen. Das ist so. Ich würde den Appell richten und kann darauf hinweisen, daß wir selbstverständlich in diesem Bereich sowieso zur Kasse gebeten werden. Ich darf daran erinnern, wenn dort eine Verbauung kommt, wird es uns ja gar nicht erspart bleiben, daß wir die notwendigen Infrastrukturen dort entsprechend errichten. Das heißt Straßenbau, Kanalanschlüsse und die sonstigen infrastrukturellen Maßnahmen, wie Platzgestaltung und ähnliches. Das ist eine Selbstverständlichkeit, daß sich die Stadt hier nicht verschließen wird. Aber es ist doch ausgeschlossen, daß die öffentliche Hand in Vorlage tritt für Dinge, für die rein dieses Unternehmen, die Steyr-Werke, derzeit zuständig sind. Das ist meine Auffassung und deswegen darf ich den Vorschlag machen, diesem Antrag auf Verhängung einer Bausperre nicht die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Bürgermeister für seinen Beitrag. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ein bißchen etwas haben wir uns schon gedacht dabei, wie wir mit der Dringlichkeit herbeiführen wollten, daß eine Bausperre verhängt wird. Bis vor kurzem war man ja der Meinung, daß das Bundesdenkmalamt Kriterien entwickeln wird, nach denen die Aufzoning im Gebiet der Reithofferfabrik vorgegeben wird. Durch eine Mitteilung des Landesdenkmalamtes an übergeordnete Stellen weiß man, daß die Absicht des Bundesdenkmalamtes in dieser Richtung keine sehr ausgeprägte ist. Es ist daher zu befürchten, daß ein allfälliger Kaufwerber, der uns als Stadt nicht bekannt ist, selbst sich Gedanken macht über einen Bebauungsplan, der uns in die Intentionen der Stadt-Entwicklungsplanung nicht hineinpaßt. Dieser Bebauungsplan, wenn er der Bauordnung entspräche, müßte jedenfalls dann geduldet werden.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Die Baubehörde sind wir als Stadt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf sagen, es kommt selbstverständlich jedes Bauwerk, das dort errichtet wird, in den Bauausschuß und wird dort beraten. Das darf ich sagen, das ist doch eine Selbstverständlichkeit in einem so sensiblen Gebiet. Ich habe es ja schon für selbstverständlich erachtet, was nicht als selbstverständlich aufgefaßt wurde, - ich möchte mich da nicht mehr verlieren - daß auch dieser Bescheid, der jetzt draußen ist, daß diese Problematik auch im Bauausschuß beraten wird. Das wird nicht mehr passieren, dafür stehe ich gerade, das darf ich sagen. Jedes Bauwerk, das dort errichtet wird, wird selbstverständlich im Bauausschuß für seine Genehmigung beraten und vorgebracht. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Damit erübrigt sich eine Bausperre, weil wir sowieso über jedes Bauwerk dort

reden. Ein Verkauf des Areals ist unter Umständen auch in Abschnitten denkbar und man würde durch eine Bausperre diese Möglichkeit verhindern.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Aber man würde jedenfalls, wenn ich in dem Satz gleich weiterfahren darf, einem allfälligen Planer dokumentieren, daß hier die Stadt selbst sehr dezidierte Planungsabsichten hat. Das ist der Zweck einer Bausperre, damit das deutlich ersichtlich gemacht ist und damit jedermann wissen kann, die Stadt hat hier deutliche Planungsabsichten. Es ist ja an sich nichts Vermessenes, wenn man sagt, bitte verhängt da eine Bausperre. Es wird ja im Grunde genommen überhaupt nichts von dem, was sich da jetzt so an Dimensionen auftut, verändert. Es ist die Verkaufbarkeit, die Veräußerbarkeit des Grundstückes gegeben, es ist die Verwertbarkeit des Grundstückes gegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Nur eine persönliche Frage. Würdest Du einen Grund kaufen, auf dem eine Bausperre ist? Ich bitte um eine ehrliche Antwort. Würdest Du ihn kaufen?

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Wenn ich die Möglichkeit hätte, die Finanzierung im Einvernehmen mit der Stadt herbeizuführen - genau um das geht es mir ja -

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Um das geht es auch uns, daß wir da nicht gebunden werden zu einer Finanzierung, zu der wir sowieso herangezogen werden.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich bin gefragt worden, ob ich den Grund kaufen würde. Ich habe gesagt, ich würde ihn unter der Bedingung kaufen, daß ich in eine Finanzierungs- und Planungseinheit mit der Stadt eintreten kann. Wenn ich mir jetzt vorstelle, ich bin die Stadt, dann mache ich die Bausperre in der Absicht, damit ein zukünftiger Erwerber das Planungseinvernehmen mit mir rechtzeitig herstellt, und zwar bevor er konkret gekauft hat. Sonst kommt wieder das ewige Unrecht daher, daß jemand gekauft hat und dann von der Stadt Erschwernisse bekommt. Alles das könnte man vermeiden durch die deutliche Dokumentation der Bausperre. Das ist ja noch, daß wir jemandem etwas zu Fleiß tun wollen, weder oder schon gar nicht der Stadt, noch den Steyr-Werken, vielleicht sogar irgend einem Erwerber, der das nur aus Spekulationsgründen erwirbt. Da sage ich ja, dem tun wir etwas zu Fleiß. Weil es nicht die Aufgabe der Stadt ist, Spekulation zu fördern, aber es sehr wohl die Aufgabe der Stadt ist, ein derart zentrumsnahes Gebiet in die eigene Planungshoheit zu nehmen. Und zwar sehr dringend und sehr schnell. Das ist der Sinn dieses Dringlichkeitsantrages. Und dringlich ist er weiß Gott, weil wenn die Bausperre nicht verhängt und verordnet wird, dann fährt der Bagger hinein und ein zukünftiger Erwerber kann dann planen wie er will. Wenn er aber weiß, daß er nicht planen kann, wie er will, bin ich überzeugt, daß nicht gleich der Bagger hineinfährt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Ich übergebe den Vorsitz wieder unserem Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht noch jemand zu sprechen zu diesem Antrag? Kollege Tremel bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich glaube, daß dieses Reithoffer-Areal für die Stadt Steyr eine entscheidende Bedeutung hat aufgrund der Stadtnähe und wir als GWG auch dort schon eine sehr schöne moderne Wohnanlage anbei errichtet haben. Ich glaube, im Gemeinderat haben wir schon einige Male auch über die Entwicklung unseres Wohnbaues gesprochen und in dieser Richtung waren auch die Intentionen, daß in diesem Gebiet auch eine Wohnverbauung erfolgt und es gab seit langem Gespräche mit der Steyr-Daimler-Puch darüber. Nur war damals offenbar der Kaufpreis zu hoch für die Stadt, nicht für den Gemeinderat, weil wir ja nicht einbezogen wurden. Ich glaube, gerade hier zeigt sich bei diesem Problem und dieser Dringlichkeitsantrag, daß auch derartige Fragen, die nicht immer für die Öffentlichkeit bestimmt sind, aber unbedingt meiner Meinung nach in den Finanz- und Rechtsausschuß gehören, wo eine bestimmte Schweigepflicht auch für die Vertreter der Minderheitsparteien gegeben ist, und nicht nur im Stadtsenat diese Probleme zu wälzen und dann in der Öffentlichkeit auch bestimmte Schwerpunkte setzt in der Richtung, wo man auch einem Verkäufer ganz klar und deutlich zum Ausdruck bringt, daß wir sehr interessiert sind und dadurch natürlich auch der Preis meist dann von diesem bestimmt wird. Bezüglich der Bausperre bin ich der Auffassung wie der Bürgermeister, daß das nicht notwendig ist. Aber ich bin der Auffassung, daß wir auch als Stadt in dieser Richtung nämlich der Verbauung der Reithoffergründe, die ja nur mehr zum Teil vorhanden sind - es ist nämlich ein Irrtum, daß die Steyr-Werke nicht bereit waren, sondern sie haben ja verkauft. Sie haben zwar nicht der Stadt Steyr verkauft, zumindest nach meinem Wissensstand, sondern sie haben sehr schöne Grundstücke, unverbaute Grundstücke an die Fahrschule Steininger verkauft. Der Abstellplatz dort gehört der Fahrschule Steininger, der wurde schon vor längerer Zeit verkauft und auch die Altwarenfirma Aigner besitzt dort einen wunderbaren Grund. Es ist eigentlich nur mehr der östliche Teil verblieben und hier wurde von unserer Seite aus vom Gemeinderat oder von mir aus besonders hingewiesen, man müßte das schon im Hinblick auf die Bewohner der neuen Wohnanlage der GWG tun, daß dort nicht Betriebe in diesem Ausmaß hinkommen, sondern eine Wohnverbauung erfolgt. Warum? Weil wir nicht immer auf das freie Land gehen sollen, wo man Infrastruktur herstellen müßte, Schulen usw., sondern daß wir Möglichkeiten, die wir im innerstädtischen Bereich haben, nützen sollen. Ich habe einige Vorschläge in dieser Richtung gemacht, darunter fällt auch gerade dieses Gebiet in Stadtnähe. Wir haben dort die ganzen Schulen, wir haben dort keine Aufschließungsarbeiten außer Straßen usw. zu errichten. Also es wäre sehr günstig für uns. Ich würde appellieren, daß man Verhandlungen mit den Steyr-Werken ehemöglichst führt, um hier einen günstigen Kaufpreis zu erzielen und dann die Verwertung über die notwendigen Gremien und auch im Gemeinderat festlegt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke.

Ich darf sagen, daß sich sicher die GWG der Stadt Steyr bei einer Wohnverbauung auch genau so beteiligen wird, wie alle anderen Wohnbaugesellschaften in Steyr gesagt haben, daß sie da mittun. Da werden die Verhandlungen über einen Ankauf sicher weitergeführt werden können.

Wünscht noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich darf somit den Antrag zur Abstimmung bringen. Wer dem Dringlichkeitsantrag der ÖVP auf Verhängung einer Bausperre die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist gegen den Antrag? 21 Gegenstimmen (20 SPÖ, 1 KPÖ); 1 Stimmenthaltung (GAL).

Damit findet dieser Antrag keine Mehrheit.

Ich danke. Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt und wir kommen damit zur Aktuellen Stunde. Ich frage die sozialistische Fraktion, ob ein Beitrag gewünscht wird?

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit, sage ich nein.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Österreichische Volkspartei? Nein. Kommunistische Partei? Nein. GAL?

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Darf ich vom Platz einen Satz sagen. Ich habe erst heute die Tagesordnung erhalten und habe mich deshalb nicht zu Wort melden können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das wird künftighin sicher rechtzeitig zugestellt.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich darf der Ordnung halber noch mitteilen, daß Beschlüsse des Stadtsenates im Ausmaß von 2,598.400,- zur Kenntnis genommen wurden und in den Verhandlungsgegenständen Beträge von S 30,575.600,- freigegeben wurden.

Ich darf noch mitteilen, daß ich gestern ein Schreiben der Architektenkammer erhalten habe und die Vorschläge der Namen für unseren Gestaltungsbeirat. Wir haben nächste Woche eine Fraktionsobmännerbesprechung und in dieser Fraktionsobmännerbesprechung wird das Thema Gestaltungsbeirat behandelt werden. Das ist am Donnerstag, 30. November, um 16 Uhr. Vielleicht ist es möglich, daß wir die Beschlüsse im Gemeinderat in der Budgetsitzung schon fassen. Aber das hängt vom Ergebnis der Fraktionsobmännerbesprechung ab.

Damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich schließe die Sitzung und danke allen für die Mitarbeit.

Ende der Sitzung: 19.35 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.

Dr. Gerhard Alphasamer e. h.

Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Mag. Gerhard Klausberger e.h.

Wilhelm Spöck e. h.

